

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Nachtritter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7120.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Veretn-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kurze Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Adressen: Amt 1, Nr. 1504.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 12. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Plötzliche Weltwende.

Mit der Etatsberatung sollte der Reichstag die Lösung seiner eigentlichen Winteraufgabe beginnen. Aber die Kritik des Etats, der Kampf wider die volksverderbliche Art der Ausbringung und der Verausgabung des Reichsvermögens wird völlig zurückgedrängt durch die Notwendigkeit, ein neues Unternehmen schwerster Volksbelastung und verhängnisreichster Reichsgefährdung abzuwehren. Das neue Flottengesetz beherrscht die politische Situation.

Noch am 24. Oktober erklärte die „Nordd. Allgem. Zig.“ für dieses Jahr sei keine neue Forderung für die Marine geplant. Wenige Tage später aber veröffentlichte dasselbe Regierungsorgan einen alle früheren Flottenforderungen weit überragenden Flottenplan. Zwischen beiden Veröffentlichungen lag die bekannte Hamburger Kaiserrede: Bitter not thut uns eine große Flotte.

Witterweile haben auch die Bundesregierungen zu dem neuen Plan ihre Zustimmung erklärt. Zwar liegt noch kein fertiger Gesetzesentwurf vor, aber der Reichskanzler konnte ihn bereits in großen Umrissen dem Reichstage vorführen. Nun soll sich der Reichstag zu dem wunderbar schnell geborenen Plan in gleicher Eilfertigkeit des Anschauungswechsels bekehren.

Nach den Andeutungen des Reichskanzlers übertrifft das zu erwartende Gesetz noch die früheren Ankündigungen der offiziellen Blätter. Es wird nicht nur die Verdoppelung des gesamten Kriegsschiffsbestandes, wie er sich nach Durchführung des jetzigen Flottengesetzes gestaltet haben wird, gefordert, sondern diese Verdoppelung wird innerhalb einer weit kürzeren Frist geplant als bisher angenommen wurde. Herr Tirpitz sprach bereits von einer Durchführung der Verdoppelung binnen 10-12 Jahren! Da die Frist aber nicht gesetzlich festgelegt werden soll, so wird die Regierung ein noch schnelleres Tempo vom Reichstag ertrotzen können, sobald dieser einmal die Verdoppelung der Flotte selbst bewilligt haben würde.

Gründe für jede beliebig hohe Forderung von Kriegsschiffen und für ein Baitempo von beliebiger Schnelligkeit sind reichlich vorhanden, wenn das, was sich in den vereinten Besprechungen und Redeleistungen des Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Auswärtigen, des Marine- und Schatzsekretärs andot, eine Begründung der neuen Forderungen bedeuten soll. Mit denselben Argumenten könnten die Herren Minister das Dreifache und Fünffache fordern, was sie jetzt fordern.

Herr v. Bülow sieht einen plötzlichen Umschwung aller Weltverhältnisse. Sein Marinekollege beugt sich dieser „gesunden Realpolitik“, die eine neue „Aufteilung der Erde“ vorschreibt. Aber welches sind denn die gewaltigen Änderungen auf dem politischen Erdball? Die Herrn sprechen von den Lehren des Krieges der Vereinigten Staaten mit Spanien. Doch diese Lehren hinderten weder Herrn v. Bülow noch Herrn Tirpitz, noch zu Beginn dieses Jahres die Absicht eines neuen Flottengesetzes vor Durchführung des Gesetzes von 1898 zurückzuweisen. Und tatsächlich konnten die Erfolge der Vereinigten Staaten mindestens nicht zur Nachahmung reizen; Kuba hat den Amerikanern bisher wenig Freude bereitet und mit den Philippinos werden sie trotz bereits Jahre dauernder Kämpfe überhaupt nicht fertig. Nun ist aber neu das Ereignis in Südafrika, der Krieg Englands gegen die Freistaaten-Boeren. Ein unglückseligeres Argument für eine Flottenvermehrung konnte Herr v. Bülow nicht vorbringen. Die größte Seemacht, der es nachzugehen das höchste Streben unserer „Weltpolitiker“ ist, vergeht in Ohnmacht vor der Freiheitsbegeisterung eines winzigen Völkchens. Sollen wir dazu eine Weltmachtflotte bauen, daß wir eine ähnliche Schmach auf uns laden, wie sie jetzt von den Chamberlains des „greater Britania“ auf ihre Nation gewälzt wird? Sieht so das „größere Deutschland“ aus, das der Staatssekretär des Auswärtigen uns verheißt?

Herr v. Bülow hat sich mit einer eminent eiligen Geschwindigkeit auch Geschäftskennntnisse erworben, um die ein Fachhistoriker ihn beneiden darf. In jedem Jahrhundert eine Neuaufteilung des Erdballs, also wird eine solche Neuaufteilung auch im neuen Jahrhundert wieder eintreten, und da soll Deutschland nicht „beiseite treten“. Würde Herr v. Bülow weniger plöglich die Weltereignisse studieren, so könnte er finden, daß die moderne Kolonialgeschichte stets unverkennbar auf die Positiven der Kolonialreiche vom Mutterlande, auf ihre Verfestigung und auf ihre Verfestigung weist. Freilich, Kamerun und Kiautschou werden uns nicht verloren gehen; niemand neidet sie uns und eine Kultur, die nach Unabhängigkeit verlangt, kann da nicht gedeihen.

Die alldeutsche Thorheit, die gestern noch jedermann verachtete, ist heute regierungsfähig geworden. Ueber Nacht ist Herr v. Bülow die Erläuterung der neuen Weltwende gekommen, wie dem Grafen Potjomkin, da er noch social-reformerisch strebte, plötzlich die Erläuterung des Zuchthausgesetzes gekommen war. Mit virtuoser Eilfertigkeit wechselt ein deutscher Leiter der auswärtigen Angelegenheiten die Grundzüge seiner Politik. Gestern

als Weisheit Bismarckscher Realpolitik, die deutschen Kräfte inmitten der europäischen Schwierigkeiten fest zusammen zu halten, so verkündet man heute das Evangelium des „Eintreffens an möglichst vielen Punkten“ draußen auf dem weiten Erdenrund, so taumelt man in den Phantasien eines „größeren Deutschlands“, das zusammengerafft wird aus allerhand Länderstücken und Inseln, das dem deutschen Steuerzahler mehr Geld kostet als der ganze Handels- und Verkehrsumsatz auf alle absehbare Zeit ausmacht.

Die Kostenfrage ist das einzig Klare im wogenden Nebel der weltwendenden Marinepläne. Die ungeheuren Summen, welche vorläufig zur Schaffung der Weltmachtflotte nötig sind, sollen, wie der Reichskanzler ankündigte, durch neue Anleihen aufgebracht werden. Während der Reichstag schon bei der Verwilligung des 1898er Flottengesetzes die Forderung im Gesetz aussprach, daß die Kosten jedenfalls nicht durch Vermehrung der indirekten Steuern herbeigeschafft werden dürfen, ist jetzt die Regierung bereit, die Schulden des Reiches wieder gewaltig zu vermehren, für deren Zinslast das „elende Volk der Steuerzahler“ fein täglich Brot verteuern lassen muß. Herr v. Zhielmann veranschlagt selbst die Kosten des neu zu bauenden Panzer-Doppelgeschwaders und der Verdoppelung der Auslandskreuzer auf 783 Millionen Mark. Aber wer glaubt, daß diese Summe zureichen wird? Kommt man nicht jetzt schon mit Nachforderungen für das vorjährige Flottengesetz, da die in ihm angelegten Summen nicht genügen? Werden nicht die Panzerflotte fast von Jahr zu Jahr kostspieliger? Weiter aber sind in der Summe, die Herr v. Zhielmann angab, weder die mit dem Wachstum der Kriegsslotte wachsenden Kosten der Marine-Anlagen auf dem Lande, noch die Kosten für die Ersatzbauten, noch endlich die gesamten fortdauernden Ausgaben des Marine-Etats einbezogen.

Und warum diese Rüstungs-ungeheuerlichkeiten? Herr v. Bülow erklärt, wir leben in trefflichen Beziehungen zu den anderen Staaten. In gleichem Atemzug aber erklärte er auch, wir müssen rüsten, weil der Nachbar Hammer uns als Amboss gebrauchen will. Herr v. Bülow vergißt nur die uralte Selbstverständlichkeit, die aber eine Regierung der Weltwende nicht zu jeßen verpflichtet ist, daß der Nachbar sich gerade so auf unser böses Beispiel beruft, wie wir auf das seine, daß unser geiales Flottengesetz bei den Staatsmännern Australiens und Frankreichs, Englands und Amerikas die gleiche Genialität entfesselt: Wir müssen mehr Schiffe schaffen!

Dem Reichstag ist die Aufgabe gestellt, in den Trunfheiten der gepanzerten Weltpolitik klaren Kopf zu bewahren. Erfährt der Reichstag seine Pflicht recht, so behandelt er die Möglichkeiten des Zuchthausstrafes. Jene sind nicht minder gefährlich für das deutsche Volk als diese es waren!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Dezember.

#### Eine Komödie in drei Akten

mit einem Vorspiel und einem Nachspiel kann man den ersten Tag der Budgetberatung nennen.

Ort der Komödie: der deutsche Reichstag.

Gegenstand der Komödie: die Zukunft Deutschlands im Wasser.

Vorspiel: eine Finanzrede des Staatssekretärs für Finanzen über den Etat und einiges andere.

Interessanteste Stelle des Vorspiels: Die Kolonien im allgemeinen und Australien im besonderen entwickeln sich auf das Gesundeste — kosten aber immer mehr Geld.

Erster Akt der Komödie: Der Reichskanzler erscheint als „Gott aus der Maschine“ und verkündet feierlich, daß die neue Flottenvorlage unmittelbar kommen wird, so daß der Reichstag sie gleich nach den Christferien in Beratung nehmen kann. Es handelt sich nur um eine Verdoppelung der vor 2 Jahren vom Reichstag bewilligten Flotte; auch wird keine Festlegung auf eine längere Reihe von Jahren gefordert, dem Reichstag soll jedes Jahr die Pistole auf die Brust gesetzt werden.

Zweiter Akt der Komödie. Rede des Staatssekretärs fürs Aeußere, des Herrn v. Bülow, über die ulerlose Welt- und Flottenpolitik. Vom Inhalt der Rede ist nichts zu sagen. Er kann bei Schweinburg nachgesehen werden, der das alles schon hundertmal geschrieben hat. Aber das Wie der Rede war ein künstlerisches Meisterstück. Unzweifelhaft der Glanzpunkt der Komödie. Ein Augur, der das Lachen nicht verbeszen kann und es mit feierlicher Grabesstimme gewaltig erstickt — das ist ein Schauspiel, welches man nicht jeden Tag genießt. Der Reichstag konnte sich der Komik des Moments auch nicht verschließen, und als der poetische Herr Staatssekretär das „größere Deutschland“ ins Feld führte und damit eine in Nationalliberalen, dem Alldeutschen Haffe, ein Brädd entlockte, brach der Reichstag in ein homerisches Gelächter aus.

Herr v. Bülow kann auf seine Lorbeeren stolz sein. Ihm winkt eine Zukunft, jedoch nicht auf dem Wasser. Aus der Rolle fiel er nur einmal, als er von der „Plötzlichkeit“ des neuesten Flottenplans sprach, was mißdeutet werden konnte

und auch wurde, wenigstens so gedeutet, daß es der Wirkung der Komödie Abbruch that. Die Redebühnen vom „Hammer und Amboss“, vom „steigenden Wohlstand“ machten dem nationalen Rüstermenschen Schweinburg aus Galizien, Verfasser des Librettos, alle Ehre. Er teilt mit Herrn v. Bülow die Ehre des Tages.

Dritter Akt der Komödie. Der Sekretär des Marine-Amts, Admiral Tirpitz, hält eine Rede. Er hat nicht das Talent seines Kollegen Bülow, und da er bei jedem Wort über seine früheren Versprechungen stolperte, so wurde der Anallekt der zwei ersten Akte etwas unkonventionell abgeschwächt.

Nachspiel der Komödie. Eine zweite Finanzrede des Herrn Sekretärs der Reichsfinanzen, um das Fiasco des biedereren — zu seinem Glück noch nicht „alten“ Seemanns —, der weder zur höheren noch niederen Komödie sich eignet, mit einer Wolke von Jiffen zu umhüllen. Herr von Zhielmann ann von der Komik seines Auftretens in diesem Nachspiel so durchdrungen, daß er selbst lachen mußte.

Und das war das würdigste Ende dieser Komödie, die auf den anspruchsvollen Reichstag leider nicht den erwünschten Eindruck gemacht und die Ansichten der ulerlosen Flottenpläne sicherlich nicht verbessert hat.

Daß der Reichstag, statt mit patriotischem Hurra! in die Etatsdebatten hineinzuspringen und mit patriotischem Hurra sich für die Bewilligung zu verpflichten, die Sitzung aufhob und erst Dienstag die Budget-Debatte beginnen wird, das war gewiß kein gutes Vorzeichen für unser Zuchthaus- und Wasserpolitiker.

#### Miquels Selbstreinigung.

Von allen Seiten bedrängt hat der Finanzminister v. Miquel, offenbar unter der Einwirkung höheren Zwanges, ein letztes, in der preussisch-deutschen Regierungstradition unerhörtes Mittel versucht, um seinen Sturz zu verhindern.

Heute mittag überraschte die „Berliner Korrespondenz“ die politische Welt mit folgender Erklärung:

„In letzter Zeit sind so viele unwahre und zu einem ganz bestimmten Zwecke einfach erfundene Verdächtigungen gegen mich in einem großen Teile der Presse gebracht, daß ich mir vorgenommen hatte, dieselben persönlich und öffentlich im Landtage als solche zu bezeichnen. Dahin gehören u. a. die Erzählungen von einem Diner im Monat Mai d. Js., bei welchem ich mich so entschieden gegen die Kanalvorlage ausgesprochen hätte, daß Herr v. Schnerer abmohnen dazwischen getreten sei, was selbst immer noch wiederholt wird, obwohl Herr v. Schnerer öffentlich erklärt hat, daß ihm davon nichts bekannt sei; sowie von einem „andern“ Diner, wo etwas Befehliches vorgekommen sei;

ferner die Behauptung, daß mir bekannt gewesen sei, aus dessen Feder anonyme Artikel in der „Post“ gegen die Kanalvorlage herrührten;

oder daß ich Abgesandte nach der Redaktion der „Stenz-Zeitung“ gesandt hätte, um einen in derselben erschienenen, irriren Angaben enthaltenden Artikel zu dementieren und einen Sonderfrieden mit den Konservativen zu schließen;

oder daß ich die Flottenfrage mit den Kornzöllen in der Presse habe in Verbindung bringen lassen.

Mit der Charakterisierung dieser und ähnlicher Behauptungen hätte ich warten können, wenn nicht die „Freisinnige Zeitung“ nunmehr detaillierte, den Schein der Richtigkeit äußerlich an sich tragende Mitteilungen von diskreten Vorgängen in Wilhelmshöhe, sogar aus einer Kronratsitzung, in Bezug auf mein Verhalten in Betreff der Jurisdispositionsstellung von politischen Beamten brächte.

Dies nötigt mich, zu erklären, daß diese Mitteilungen absolut falsch und unwahr sind, daß ich mich aber als Minister nicht berechtigt halte, die wirklichen Vorgänge in die Oeffentlichkeit zu bringen.

v. Miquel, Staats- und Finanzminister.

Wir verdanken dem Umstande, daß der Finanzminister in seiner höchsten Not sich zu diesem Schritte entschließen mußte, der auf ein herrliches Entweder-Oder zurückzuführen ist, eine dankenswerte Rennerung in unseren politischen Verhältnissen. Es ist sicher ein Fortschritt, daß ein Minister mit Namenunterchrift seine Erklärungen abgibt, anstatt, wie sonst üblich, sich hinter anonymen offiziellen Kundgebungen zu verschützen. Vor Jahr und Tag ereignete sich einmal etwas Ähnliches. Damals kam der Minister v. Bötticher ins Gerede, weil sein finanziell bedrängter Schwiegervater aus dem Belsenfonds unterstützt worden war, und das Gesamtministerium stellte deshalb Herrn v. Bötticher öffentlich ein Meinungsäußerung aus. Für Herrn v. Miquel rührten sich nicht die lieben Kollegen, obwohl sie doch auch bei dem Kronrat zugegen gewesen sind und also am besten der verfochtene Anschuld aus dem Kostantienwäldchen bezeugen könnten, daß die Behauptungen der „Freisinnigen Zeitung“ unwahre Verdächtigungen seien.

Herr von Miquel mußte mutterseelenallein in die Oeffentlichkeit flüchten, nur gewappnet mit seinem durch die wunderbaren Erfolge seines Lebens siebartig zerlöcheren Namen. Niemand hat es gewagt, seine Ableugnungen gegenanzuzeichnen, und eigentlich wäre es doch die Anstandsrichtig Hobenlohes und der übrigen Minister gewesen, aus ihrer Kenntnis der Dinge heraus dem verleumdeten Kollegen seine Reinheit zu attestieren. Unter der redaktionellen Verantwortlichkeit des Dr. jur. H. Poggenhefer muß der vereinsamte Miquel seine Beteuerungen der Welt vortragen.



Dies Verfahren ist um so auffälliger, als er doch Gelegenheit gehabt hätte, bei Gelegenheit der Stadtdenke im Reichstag sich zu rechtfertigen, da die gegen ihn erhobenen Vorwürfe keine persönliche Angelegenheit sind, sondern die Behauptung einer schweren Korruption der Gesamtpolitik enthalten. Aber Herr v. Miquel erscheint niemals im Reichstag, er hat keine Reue, dort mit seinen alten Freunden zusammenzutreten; der einflussreiche Bauernaufwiegler fühlt sich wohl bei seinen Junkern im Landtag. Und so wagt er denn nur noch unter der Verantwortlichkeit des Dr. jur. Hegemeister zu reden, der in der „Berliner Korrespondenz“ dem Staatsanwalt hafter, daß sein Organ nicht etwa „nicht erweislich wahre Thatsachen“ verbreite.

Inhaltlich nun ist die Verächtlichkeit ebenso gewöhnlich wie die Form des ministeriellen Vorgehens originell ist. Sie gehört durchaus zu der Seite der landesüblichen Generalablenkungsversuche, die unter der Parole: „Ich dementiere mir!“ vergeblich um Kredit betteln. Insbesondere ähnelt die Kundgebung aufs Haar jenem „Post“-Dementi, mit dem Herr v. Belding sich vor der Wirkung unserer Veröffentlichung seiner Honorarrechnungen zu schützen suchte: „Der „Vorwärts“ bringt einen Sensationsartikel, der in einer Reihe von Punkten mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir es ablehnen, uns in eine Polemik mit dem „Vorwärts“ einzulassen, und darauf verzichten, seine falschen Angaben richtig zu stellen.“

Ganz in derselben Weise wie sein Untergebener, der ohne des harmlosen Miquel Wissen dessen Ansichten journalistisch vertrat, berichtet jetzt der Finanzminister. Und doch retteten unsere „falschen“ Angaben den Reichstag v. Belding nicht vor seinem Untergang. Sie belasteten nur sein moralisches Schuldkonto. So vernachlässigt Miquel auch nicht die Behauptungen der „Freisinnigen Zeitung“ zu entkräften, die zu gleicher Zeit mit der „Frankf. Ztg.“, augenscheinlich aus derselben Quelle, die gleiche Darstellung brachte; für Herrn v. Miquel, auf den sich die Mitteilungen berufen, ist ja von den Seiten der Hammerstein-Affaire her der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ ein gern benutzter Vertrauensmann.

Für die innere Lage ist der Fall Miquel von erheblicher Bedeutung. Die Konservativen verlieren mit ihm ihre Stütze in der Regierung. Die heutige Regierungspolitik ist, wie deutsche Zeichen vertragen, von dem Zug nach dem Westen beiseite. Sie ist bemüht, von der Unterherrschaft unter die Begierden der ewig hungrigen ostelbischen Agrierer loszukommen, um sich der kapitalkräftigen, durch die wirtschaftliche Entwicklung geborenen wirtlichen exportierenden Industrieklasse zu nähern. Stürzt Herr v. Miquel, der es mit dem gesellschaftlich allmächtigen Junkertum bei all seiner Zweideutigkeit treulich hielt, so sind die Konservativen führerlos. Dann fordert die „Kreuz-Zeitung“ dringend die baldigste Einberufung eines konservativen Delegiertentages „wegen der Erörterung der politischen Lage im allgemeinen und der Lage der Partei im besonderen“.

Wir wissen nicht und es ist auch gleichgültig, ob Herr v. Miquel sich durch seine Verächtlichkeit zu retten vermag. Schließlich ist er doch nur das Opfer einer Utopie geworden, das Opfer seiner Politik, die unter dem Vorwand des „Sammelns“, ohne die Interessen der Nation zu berücksichtigen, das Geschäft des Stundensangs schlechthin betreibt, jener Politik, der er sein Amt, seinen erblichen Adel und seine scheinbare Unabwundbarkeit verdankt hat. Die von ihm angewandten Mittel entsprechen nur den Unmöglichkeiten dieses Systems.

Die Ursache seines Aufstiegs ist nun auch die Ursache seines Falles. Miquel hat ein stehendes System mit jugendlicher Stärke belegen wollen und erleidet nun das Schicksal des Greises, der an dem probierten Verjüngungsmittel nach ausdauernder Scheinkraft stirbt.

Die Pressebehandlung Miquels' Erklärung natürlich mit der gefährlichen Ungläubigkeit. Die „Freisinnige Zeitung“ versichert, daß die Konservativen ihre Darstellung in allen wesentlichen Stellen für vollkommen zutreffend halten.

Die „Germania“ schreibt, mit seinem allgemeinen Dementi werde Herr v. Miquel schwerlich den politischen Grund der Darstellung der „Freisinnigen Zeitung“ vertuschen. Sein Dementi treffe auch historische Thatsachen, die er nicht leugnen könne. Alle Mitteilungen könne Herr v. Miquel unumwunden als „absolut falsch und unwahr“ hinstellen wollen; es hätte ihm also, wenn er nicht gerade den „wärtlichen Vorgang“ positiv an die Öffentlichkeit bringen wollte, mindestens eine Erklärung darüber obzulegen, was im einzelnen an den Mitteilungen der „Freis. Ztg.“ „falsch und unwahr“ sei.

## Deutsches Reich.

### Aus unserer chinesischen Prachtkolonie

meldet die „Frankfurter Zeitung“ schlimme Dinge. Die Kolonie stehe jetzt unter den ungünstigsten Leib und Seele niederdrückenden Einflüssen schwerer Regenzeit. Das Leben der Besatzung zeige eine lange Kette von Beschwerden, Gefahren, Krankheiten und Todesfällen.

So richtig gesund ist der Deutsche in Kiautschow infolge der klimatischen Verhältnisse überhaupt nie. Kopfschmerz, Schwindel, Magen- und Darmbeschwerden, das giebt es immer, selbst im Herbst und Winter, den gesunden Jahreszeiten hier zu Lande. Aber das alles sind bloß kleinere Uebel. Wenn dagegen etwa Mitte Juni die leidige Regenzeit ihren Anfang nimmt, dann bricht unter der Besatzung von Kiautschow ein Ungemach los, von dem man sich in der deutschen Heimat keinen Begriff macht. Regengüsse von großer Heftigkeit strömen herab. Da verschimmelt alles; in einem Tage ist alles grün, besonders das Leberzeug. Weiter erweichen die Regengüsse den Boden zu einem unergieblichen Lehmteufel. Da sinken dann die Mannschaften tief in den Lehm ein. Brennt dann die Sonne wieder drein, so kann man vor Staub nicht gehen. Dazu kommt die abnorme Hitze. Schon Ende April laufenden Jahres herrschte hier eine Hitze, wie dahem bloß im heißesten Hochsommer. Am 13. Juni bereits zeigte das Thermometer 41 Grad Celsius im Schatten, und diese Temperatur steigerte sich in der heißesten Zeit auf 50 Grad Celsius und darüber. Dabei unterliegt die Temperatur großen, schnell aufeinanderfolgenden Schwankungen.

Dazu ist in der Regenzeit der Genuß von Obst und ungekochtem Wasser geradezu lebensgefährlich. Unter so ungünstigen Verhältnissen brechen unter der deutschen Besatzung Kiautschows **wasserkranke Erkrankungen** aus, vor allem Unterleibskrankheiten gefährlichster Art. Wässrige Durchfälle, Malariafieber, Typhus, Brechruhr etc. füllen das Militärhospital in erschreckendem Maße. Mancher Todesfall ist zu beklagen. Eben noch kühlte sich der junge Soldat verhältnismäßig gesund und wohl, und fünf Minuten darauf schüttelt ihn das heftigste Fieber. Schon im Juni beherbergte das Lazarett eine Menge Kranke, und am 30. Juni wurde ein an Brechruhr verstorbenen Feldwebel des Seebataillons beerdigt, nachdem ihm ein Kollege am 24. Juni bereits in das Grab vorgegangen war. Am 8. Juli mußte ein Feldwebel der Matrosenartillerie wegen schwerer Erkrankung in das Marinehospital nach Potosoma verbracht werden. Gegen Ende Juli lagen von den **150 Mann des im April angekommenen Matrosen-Artillerie-Regiments bereits 50 Mann im Lazarett**, die Rekruten nicht gerechnet; in dieser Zeit starb auch ein Seesoldat am Malariafieber. Am 1. August wurden wieder drei Malariafieber, ein Oberfeuerwerker und zwei Matrosen-Artilleristen, in das Lazarett geliefert. Der massenhaften Erkrankungen und der übermäßigen Hitze halber mußten die Schich-

tungen der Matrosenartillerie um einen Monat verlegt werden. Am 9. August starb ein Matrosenartillerist am Unterleibstypus. Ihm folgten am 21. August ein Matrosenartillerist und ein Seesoldat. Um diese Zeit lagen im Lazarett noch 93 Schwerkranke, die sonstigen Kranken ungerchnet. Am 6. September starb ein Seesoldat und am 9. und 10. September je ein Matrosenartillerist. Am 18. September wurden wieder fünf Matrosenartilleristen in das Lazarett verbracht. In der ersten Hälfte des Oktober waren ferner folgende Todesfälle zu verzeichnen: die Seesoldaten Franz Hötter, Rud. Hiegl, Wendel, Schweizer, Rud. Schröter, Karl Rohweber, Wilh. Schymann, sowie Aug. Heim und Vicewachtmeister Herr. Bogmann von der Matrosenartillerie.

Welch traurigen Eindruck aber diese zahlreichen Krankheits- und Todesfälle auf die noch leidlich wohl gekleideten Mannschaften machen müssen, läßt sich denken. Auf der andern Seite aber häuft sich mit der Zahl der Erkrankungen natürlich auch das Maß des Dienstes für den verstorbenen. Und der Dienst hier zu Lande, wo die Besatzung sozusagen fortwährend auf Kriegsfuß steht, ist an und für sich unter normalen Verhältnissen schon etwas ganz anderes als der Militärdienst der Friedensgarnisonen in der deutschen Heimat. Entweder gehen die Mannschaften schon um acht Uhr morgens in Schweiß auf, oder sie sind den ganzen Tag über nah und fern im Erdboden. Infolge der durch die zahlreichen Erkrankungen bedingten Häufung des Dienstes aber muß der Mann allein alle zwei oder drei Tage Wache stehen und dieses Wachgehen ist ein ganz anderes Ding als in der Heimat. — Und selbst die Zeit notwendiger Ruhe wird den armen Soldaten in der heißen Jahreszeit verpaßt; denn da ist die Insassenplage schrecklich. Tagsüber werden die Leute gepeinigt von ungeheuren Mengen Mücken, Wägen etc. etc., nachts aber von den Moskitos, die schon im Juni ihre Vorläufer senden.

Der Artikel der „Frankf. Ztg.“ mündet in einem Klageruf um rechtzeitige Ablösung der bedrängten Mannschaften.

Nur getrost! Haben wir erst die verdoppelte Schlachtflotte, so werden wir auch diesen herrlichen Punkt so schon bewachen, daß alle Beschwerden ein Ende nehmen werden.

„Die Ermannung der Konservativen.“ Die „Hamburger Nachrichten“ zitieren den Geist Bismarcks aus dem Grabe und rufen die Konservativen zu hellem Aufbruch gegen die Regierung auf. Die Junkevolte wegen des Mittelhand-Kanals erscheint dem Blatte als ein hoffnungsvoller Anfang konservativer Ermannung:

„Wir wollen den Ursprung der erfreulichen Ermannung der Konservativen nicht genauer untersuchen, aber wir glauben, daß der eingetretene Umsturz, das Bestimmen auf sich selbst, auf Pflicht und Gewissen zum Teil wenigstens ein Ergebnis der Behandlung ist, welche die Regierung in ihrer Verbindung der konservativen Partei in der Kanalfrage hat zu teil werden lassen. Nach dieser Behandlung blieb ihnen tatsächlich keine andere Wahl, als entweder die Segel als selbständige Partei zu streichen, oder eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Die Entscheidung über die ihnen dadurch sehr erleichtert worden, daß, während die Regierung gegen sie wegen ihrer „Fronde“, obwohl sie auf rein sachlichen Gründen beruhte, mit Feuer und Schwert losging, sie vor dem Centrum und der Sozialdemokratie einfach kniff, sich nicht dazu ermannen konnte, diese Parteien, wie es sich gebührte, an die Wand zu drücken, sondern sich ihren Ansprüchen in Schamheit und Unsicherheit fügte. Diese Kamer, nur bequeme Gegner zu bekämpfen, unbenommen aber auszuweichen, diejenige Partei, aus deren Haut der König schlimmstenfalls Niemen schneiden kann, wenn er oder das Land in Not ist, zu brüskieren, dagegen diejenigen Elemente, die unter dem Ärmel Bismarck als reichsfeindlich gelten, zu schonen und zu verjagen“, mußte den Konservativen die Augen über die Wege öffnen, welche diese Regierung wandelt, mußte sie dazu bringen, sich zu jagen: Entweder wir setzen den Fuß quer und suchen dem weiteren Laufe des Unheils Einhalt zu thun, oder wir treiben ohne ein Hindernis zu finden, der schlimmsten Parlamentswirtschaft zu.“

Man kann der Regierung alle möglichen Vorwürfe machen, nur nicht den, daß sie gegen die Konservativen mit Feuer und Schwert vorgegangen sei. Ach nein; sie kniff, um mit dem alten Bismarck vorzugehen, vor dem Junkertum in der Kanalfrage weit angänglicher als gelegentlich der Zuchtensvorlage vor der Opposition. Sie hat den Konservativen umgeben viel geduldet und schließlich gar nichts gethan, wenigstens nichts Politisches. Denn die Wortgeplänkel, die sie ein paar Landräte spielen ließ, war nicht als politische Maßnahme zu betrachten, sondern als rein persönliche Angelegenheit. Also in der geduldrigen Hinnahme ihrer Niederlagen hat die löbliche Regierung das Junkertum und die „Reichsfeinde“ durchaus paritätisch behandelt.

Immerhin ist den Konservativen eine „Ermannung“ wohl zu ginnen, sollen sie einmal auf eigenen Füßen stehen. Bei der Flottenvorlage, die ihnen innerlich ebenso sehr zuwider ist wie der Kanal, bietet sich ihnen ja die schönste Gelegenheit, sich gegenüber der Regierung abermals zu ermannen. Oder werden sie es vorziehen, der Regierung ihre Haut zum Niemenschneiden zur Verfügung zu stellen? —

Der geadelte Freisinn. Der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Georg Siemens, der Direktor der Deutschen Post, ist dem Adelstand verfallen. Seine Verdienste um den Bau der anatolischen Eisenbahn sollen diese Entfremdung aus dem Bürgertum veranlaßt haben.

Für den Ausfall, der durch die Hofacht der Konservativen Kanalschiffe entstanden ist, wird so, wie man sieht, allmählich Ersatz geschafft. Uebrigens ist Herr Siemens, das Finanzgenie, nun bereits dem Finanzminister Miquel ebenbürtig, ohne daß er bisher sein Nachfolger geworden ist.

Im Dienst der heiligen Sache scheuen unsere Flottenprofessoren keine Mühe. Wie die „Volks-Zeitung“ mittelt, hat Prof. Schmolzer am Sonnabend in seiner Vorlesung den Studenten mitgeteilt, er habe 100 Billets für den nächsten Flottenvortrag, die er unter seine Hörer verteilen wolle.

Mit solcher Opferwilligkeit ist allerdings Schweinburg weit überholt. Wenn uns demnach an einer Straßenecke ein Fettelverteiler eine Einladung zu Flottenvorträgen distret in die Hand drückt, so werden wir nicht übersehen, einen Universitätsprofessor in dem gütigen Spender zu erkennen.

Der Organisator des Flottenrums, Victor Schweinburg, ist nicht mehr — Sekretär des Flottenvereins. Der geschäftsführende Ausschuss hat seinem Wunsch, von dem Ehrenamte zurückzutreten, nachgegeben, unter dem Ausdruck des größten Bedauerns und unter voller Anerkennung der von Herrn Schweinburg für den Flottenverein in selbstloser Weise durchgeführten vorzüglichen Leistungen.

Wir zweifeln nicht, daß Herr Schweinburg auch hinfort, wenn auch bescheiden hinter den Kulissen zurückgezogen, seine unerfährliche Gewandtheit anboten wird, um den Marineministerialen Milliarden-aufträge zu sichern.

Die Sechnacht nach der Mahregelung. Prof. Adolf Wagner hielt neulich einen Vortrag über Kathedersocialismus, in dem er sich mit dem Straf-Professor der Stummischen Nationalökonomie, Julius Wolff, auseinandersetzte. Von Interesse ist eine Bemerkung Wagners, wie man gegen ihn selbst als „Kathedersocialist“ alle Hebel in Bewegung gesetzt und am liebsten eine Disziplinaruntersuchung beantragt hätte. Nun, fügte er hinzu, was nicht ist, kann ja noch werden.

Wir verstehen es sehr wohl, daß in den gegenwärtigen Zeitläuften jeder Gelehrte, der auf seine Bestimmung hält, das Streben hat, ein höchsten diszipliniert zu werden. Jedoch scheint uns der Weg der Wasserpropaganda, den Wagner neuerdings mit besonderer Vorliebe wandelt, nicht gerade geeignet, die sonst so ehrenvolle Uingnade des Ministeriums zu erwecken.

Das Organ der Fälschungen, die „Post“, nimmt unsere neuerliche Feststellung ihrer Verlogenheit mit schweigender Würde hin.

Dafür bemitleidet sie andauernd die armen Arbeiter, die durch die neuen Bestimmungen über den Vadenfluß verhindert würden, ihre Einkäufe in später Abendstunde zu besorgen. Diese ganze Sorge um das Wohl der Arbeiter ist hoffentlich die Scharmacher ein Einfluß, durch Einführung des Kaufmännertages den Arbeitern es zu ermöglichen, in früherer Stunde ihre Besorgungen zu erledigen.

Ein Gesichtskalender hat die Aufgabe, nach Objektivität mindestens zu streben. In dem oben erschienenen ersten Teil des bekannten Bippmannschen „Deutschen Gesichtskalenders für 1899“ finden sich Angaben über die sozialdemokratische Partei, die große Unwahrheiten enthalten und durchaus tendenziös sind. So heißt es dort auf Seite 40:

Im Februar. Die Parteipresse versucht, ein in Dresden unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefälltes gerichtliches Urteil als ungerecht hinzustellen. Es waren dadurch neun sozialdemokratische Arbeiter zu sehr schweren Strafen verurteilt, weil sie sich in Lößtau im Juli v. J. die größten, bis zum Todschatz eines Arbeiters gehenden Ausschreitungen in Ausübung eines Zwanges gegen Arbeitswillige hatten zu schulden kommen lassen. Die Verurteilten werden nun als „Martyrer der Klassenjustiz“ hingestellt, und das Urteil wird als eine Ungehörigkeit bezeichnet, die sich bald als eine Kette von Gesichtswunden herausstellen werde, bis durch Veröffentlichung des Urteilsurteils in amtlichen „Dress. Journ.“ sich die Unwahrheit dieser Behauptungen herausstellt.

Wer die hier behandelten Vorgänge verfolgt hat, weiß, daß die Darstellung von größtmöglicher Unrichtigkeit wimmelt. Der Unparteilichkeit vorgehende Gesichtskalender hat selbst die „Post“ in Schanden gestellt.

Preisgekrönte Monarchen. Unter diesem Stichwort meldet das „Kleine Journal“: Bei der Preisverteilung der Breslauer Gewerbe- und Schöner-Ausstellung erhielt der Kaiser ein Kollektivdiplom für Rothirische und für Reihronen; außerdem eine Medaille für einen Zweijährigen und zwei Medaillen für Rehböde. Der König von Sachsen erhielt ein Kollektivdiplom und zwei Medaillen. Der König von Württemberg ein Kollektivdiplom und eine Medaille.

Die Junischlacht und die Kommune in seiner Aufschrift an den Parteien Einigungslongreeh verberstlich zu haben, wird jetzt von unseren Reaktionsblättern dem Parteivorstand als schweres Verbrechen angedreht. In fraglichen Schreiben werden die beiden Kämpfe unter den Großhuten des französischen Proletariats obenan gestellt. Vielleicht sind die Reaktionsblätter so freundlich, uns zu belehren, wann das in socialistischen Kreisen niemals nicht geschah ist? Allerdings die schändlichen Lügen, welche die Reaktionspresse über die Junischlacht und Kommune verbreitet hat, dürfen nicht mit jenen glorreichen geschichtlichen Ereignissen verwechselt werden. Die Junischlacht so wenig wie die Kommune waren Verläufe, das socialistische Programm mit Gewalt durchzuführen. Die Junischlacht war ein furchtbarer Klassenkampf, zu dem die Arbeiter von der republikanischen Bourgeoisregierung Frankreichs gezwungen wurden, und die Kommune war ein Kampf zur Rettung der von der kapitalistischen Bourgeoisie bedrohten Republik. In beiden Kämpfen bewiesen sich die Arbeiter ebenso heldenhaft und human, wie ihre Feinde heimtückisch, brutal und grausam. Und das internationale Proletariat hat deshalb allen Grund, auf diese zwei Großthaten stolz zu sein, so wenig aus jenen Tragikstoffen die Lehren zu ziehen sind, die unsere Gegner behaupten, daß sie nämlich den Weg darstellten, von dem wir abgezogen seien, daß er die einzige Möglichkeit zur Erreichung des socialistischen Endziels bilde. Das Mittel der Umgestaltung ist im wesentlichen durch das Verhalten der reaktionären Umstürzer bedingt.

Danzig, 8. Dezember. (Eig. Ber.) Von der heftigen kaiserlichen Werk konnten schon mehrfach Mitteilungen gemacht werden, die diesen „Musterbetrieb“ in recht eigenartigem Lichte erscheinen ließen.

Die Werkarbeiter mitteilen, ist es den Arbeitern der Werk seit ungefähr drei Wochen verboten, mehr wie 80 Proz. über den Tagelohn zu verdienen. Vor dem konnte jeder Arbeiter 50 Proz. über den Tagelohn verdienen. Außerdem erhalten die Leute den Accordlohn jezt erst drei Wochen nach dem Abschluß der Arbeit ausgezahlt, ja viele müssen gar noch länger auf den schwer verdienten Lohn warten. Aufsehen darf sich niemand, denn wer in diesem Musterbetrieb auch nur ein Wort des Mißfallens äußerte, könnte darauf rechnen, als Socialdemokrat angesehen zu werden und flühe ohne die geringste Gnade hinaus. Ein anderes Beispiel von der Arbeiterfürsorge, die auf der Werk gelebt wird: Seit einigen Wochen werden die Schiffplatten vor der Befestigung mittels Sandstrahlgebläse gereinigt, um Fehler im Material festzustellen. Die Arbeit wird in geschlossenen Räumen vorgenommen und ist wegen des vom Gebläse mit hohem Druck herausgeschleuderten feinen Sandes allgemein gesundheitsgefährlich. Trotzdem der betreffende Arbeiter einen Schutzmantel vor dem Flusse trägt, findet der feine Sand doch seinen Weg in die Lunge. Kein Arbeiter hält es bei der Arbeit lange aus. Statt ein wirksames Schutzmittel ausfindig zu machen, wird ein Arbeiter nach dem andern als krank nach Hause geschickt. Kürzlich wurde nun einem Arbeiter, der krank geworden war, bei Wiederaufnahme der Arbeit erklärt, daß er statt 80 Pf. pro Quadratmeter nur noch 27 Pf. erhalten werde, weil sein Ertragmann noch Zeit gefunden habe, später zu gehen. Der Arbeiter war gelegentlich in die frische Luft gegangen, um sich gegen die schädliche Wirkung der Arbeit wenigstens etwas zu schützen.

Aus dem wicmarischen Landtage. Gelegentlich der Beratung über ein Gesetz über eine Ausdehnung der Fänge an Sonnabenden über 12 Uhr nachts offenbart die agrarisch-konservative Mehrheit des Landtages wiederum ihre Streben, das Gegenteil von dem zu thun, was man im Volke für selbstverständlich hält. So konnte man hören, daß „das Christentum so viel innere Befriedigung schafft, daß man auf Tanzveranstaltungen überhaupt verzichten kann“; ferner: „unsere Bauernburschen können sich an 6 Tagen genug ausarbeiten, die haben nicht nötig, zu tanzen“.

Solche Keuferungen vergeht die Bevölkerung nicht leicht! —

Dresden, 9. Dezember. (Eig. Ber.) Die Umsatzsteuerfrage wird im Landtage bestimmt zur Erörterung kommen. Die Konservativen haben bereits derartige Anträge zur „Hebung des Mittelstandes“ in Aussicht gestellt, während eine vorliegende Petition Leipziger Kaufleute eine landesgesetzliche Regelung der gewerblichen Sonderbesteuerung anstrebt. Dazu wird noch eine andere Petition von 17 sächsischen Kaufmannvereinen kommen, die von der Umsatzsteuer zur Zeit betroffen sind. Diefelbe zielt natürlich auf eine gänzliche Befreiung dieser mehrheit einseitigen und ungerechten Steuer hin. Es wird der Petition zahlreiches Material beigegeben werden, was auch dem verhöhrtesten Mittelstandstretter die Ungerechtigkeit dieser Doppelbesteuerung der Arbeiter-Kaufmannvereine erweisen möchte.

Der Landtag wird am 20. Dezember bis zum 8. Januar in die Weihnachtsferien geben.

Die die Innungsbrüder mit den Arbeitern umspringen müchten, darüber hat die Zwangsinnung der Barbier und Friseur in Meissen ein nettes Bräbchen geliefert. Sie hatte eine Bestimmung in ihr Statut aufgenommen, wonach Gesellen, die bei einem Innungsgewerbet außer Arbeit gehen, unter 12 Monaten bei einem andern nicht in Arbeit treten dürfen. Das Ministerium hat jetzt angeordnet, daß diese famose, ungeschickliche Bestimmung entfernt wird. Welt nun die biederen Meister diese Bestimmung für die wichtigste des ganzen Statuts (!) hielten, sind sie so böse, daß sie in einer Innungsversammlung beschließen zu beantragen, die Zwangsinnung aufzulösen. — Schade ist es sicher nicht darum.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Dezember. Das Vorgehen der Junggehehen im Ausgleichsausschuß, sowie die geheime Unterstützung, welche die Rechte der Obstruktion der Junggehehen angehehen läßt, wird heute



In sämtlichen liberalen Blättern aufs schärfste verurteilt. Allgemein ist man der Ansicht, daß unter solchen Umständen an eine Erledigung der Ausgleichsfrage nicht zu denken ist und man in Oestreich einer **ernsten parlamentarischen Krise** entgegengeht. Wie in parlamentarischen Kreisen verläuft, wird der Kaiser, falls das Uebereinkommen auf parlamentarischen Wege nicht zu Stande kommt, die Quoten vorläufig auf drei Monate bestimmen. —

### Frankreich.

#### Deputiertenkammer.

**Paris, 11. Dezember.** Bei der Beratung des Kolonial-Etats erklärt der Kolonialminister Decrais, das französische Kolonialreich, das vollständig organisiert und groß genug sei, werde Frankreich von niemand freigestellt und neue militärische Expeditionen seien in keiner Weise nötig. Frankreichs Aufgabe müsse sich darauf beschränken, sein weites Kolonialreich zu kultivieren und zu verwalten. (Beifall auf vielen Banken.) Decrais bespricht hierauf die Situation der verschiedenen Kolonien, die er als befriedigend bezeichnet. —

#### Komplottprozess.

**Paris, 11. Dezember.** In der heutigen Sitzung werden zunächst mehrere Zeugen vernommen, welche der Kundgebung in Autenil beizuhören Graf de Dion will seine Ausführungen vor Ableistung des Eides machen. Der Präsident unterläßt ihm das und befiehlt, als Graf de Dion nichts desto weniger dabei beharrt, ihn aus dem Saale zu entfernen. Während der Auslassungen des Präsidenten wird derselbe von den Anwesenden, namentlich von Caillix und Dubuc, mehrfach unterbrochen; es entsteht Tumult. Der Staatsanwalt beantragt die Entfernung Caillixs und Dubucs. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung über diesen Antrag zurück. Die Sitzung wird unterbrochen. —

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung verliest Präsident Fallières den Beschluß des Gerichtshofes, nach welchem **Caillix zu drei Monaten Gefängnis verurteilt** und bis zum Beginn der Klagefrist von den Sitzungen ausgeschlossen, **Brunet acht Tage** und **Dubuc zwei Tage** von den Sitzungen ausgeschlossen sind. Die Sitzung wird dann geschlossen.

### Italien.

**Die Gemeinderatswahlen in Mailand** haben mit dem Sieg der verbündeten Sozialisten, Republikaner und Radikalen geendet. Seit 40 Jahren war die Stadtverwaltung der politisch regsamsten Stadt Italiens in den Händen der Konservativen und Pfaffen.

Alles war daher gespannt auf den letzten Sonntag, den Tag der Wahl — die italienische Verfassung, so mangelhaft sie sonst ist, hat verschiedene sehr demokratische Einrichtungen, darunter auch die, daß die Wahlen am Sonntag stattfinden haben. Die Pfaffen und konservativ-liberalen gingen getrennt vor. Abgegeben wurden im ganzen 81 000 Stimmen. Davon entfielen auf die sozialistisch-republikanische Liste 18 000, auf die der Pfaffen 8000 und die konservativ-liberalen 7000 Stimmen. Also ein glänzender Sieg. Und ein wichtiger Protest gegen die reaktionäre Politik im allgemeinen, und die Maßregelung Duratis im besonderen. —

### Sien.

**Chinesisch-französischer Konflikt.** Aus Peking wird vom 10. Dezember gemeldet: Frankreich hat seine Forderungen in der Kuang-tschow-wan-Angelegenheit gesteigert; es verlangt nunmehr **Abkehrung des Bistums von Canton**. Man glaubt, dies sei veranlaßt durch die offensichtliche Abneigung der chinesischen Behörden, die Forderung bezüglich der Einrichtung des für die Ermordung der französischen Offiziere in der Nähe von Montau verantwortlichen Beamten zu erfüllen. Dem Vernehmen nach crachtet das **Szung-li-Pamen** diese neue Forderung als zu weit gehend; es werde höchstwahrscheinlich seine Einwilligung verweigern. —

## Parlamentarisches.

**Der Senatorenkonvent** des Reichstages hat gestern verabschiedet, außer der ersten Beratung des Etats vor den Weihnachtsferien nur noch die dritte Beratung des Telegraphen-Gesetzes zu erledigen. Man hofft bestimmt, am Donnerstag dieser Woche die Weihnachtspause eintreten lassen zu können. Die Ferien sollen bis zum 9. Januar dauern.

## Der französische Einigungskongreß.

Paris, 8. Dezember.

Zur **Nachmittagsitzung** vom Freitag muß ich noch nachtragen, die verheißentlich fortgefallene Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung (der an die dritte und letzte Stelle versetzt war): „Die Stellungnahme der sozialistischen Partei zu den Konflikten innerhalb der bürgerlichen Fraktionen“ — den Punkt, der die Dreifus-Frage einschließt. Die Debatte war kurz aber höchst bemerkenswert.

**Géront-Richard**, Chefredakteur der „Petite République“, der als erster Redner eingeschrieben war, erklärte, aufs Wort verzichtet zu wollen, nicht nur wegen der vorgehenden Zeit, sondern namentlich auch deshalb, weil es nach dem vollbrachten Einigungswerk nicht angängig wäre, die Erinnerungen an die Streitigkeiten wachzurufen, die die Partei gespalten hatten. Es genügt, daß wir nunmehr alle übereinstimmen, daß die revolutionäre Aktion den ständigen, ununterbrochenen Kampf verlangt. (Beifall.)

**Charles Longuet**, Unabhängiger (ehemaliges Kommunitätsmitglied, Schwiegerohn von Karl Marx) verlangt dagegen eindringlich die Eröffnung der Debatte. Unsere Mandanten haben und beantragen, über die hochwichtige Frage zu beraten. Dreifus-Affären können sich wiederholen.

Redner wird fortwährend unterbrochen von Guesdisten und Blanquisten, die heftig gegen die Eröffnung der Debatte protestieren, während man rechts lebhaft applaudiert.

**Géront-Richard** verweist nochmals auf die vorgehende Zeit und bemerkt: es verzieht sich von selbst, daß wir nicht aus Rücksicht auf Nationalisten und Antisemiten die Debatte vermeiden. Um aber das ausdrücklich auszusprechen, unterlasse ich die von Brundière-Kantés beantragte Resolution, die die Nationalisten und Antisemiten brandmarkt. Darauf wurde die von uns bereits mitgeteilte Resolution einstimmig votiert.

### Erste und letzte Sitzung.

Freitagabend 8 Uhr.

Zum Vorsitzenden wird wieder **Seibat** gewählt, und zwar einstimmig.

Die einzelnen Organisationen hatten bereits die Einigungsbeschlüsse einstimmig votiert. Die Schlußsitzung gestaltete sich daher zu einer

### Apothekose der Einigung.

Es ist keine Beratung, es ist eine **Schlussfeier** auf der Höhe des vollbrachten großen historischen Aktes, des größten seit dem Entstehen der modernen Arbeiterbewegung in Frankreich, des größten nach der Pariser Kommune. Es wäre die Feder eines historischen Historikers, wie Michelet, nötig, um die Ganzheit der Schlussfeier zu schildern. Und es gehört das französische Temperament dazu, um in einer Zeitstunde von anderthalb Stunden immer und immer glühender auflebende Flammen der Begeisterung zu entwickeln, ununterbrochen und unerschütterlich.

Am Anfang der modernen Arbeiterbewegung Frankreichs steht die Pariser Kommune, ihre nennste und höchste Krönung ist die Einigung. Es war daher ein sinnreicher Gedanke, oder richtiger, ein tiefstimmiges intuitives Gefühl, daß das Präsidium gleich am Beginn der Feier vorschlug,

alle am Kongreß beteiligten ehemaligen Kommunitäten auf dem Podium Platz nehmen zu lassen. Eine Beifallsstürme zur Bestätigung des Vorschlages und fortwährende Beifallsstürme, während die Kommunitäten das Podium einnehmen. Da sind sie alle — die alten, bereits ergrauten Kämpfer, die glorieichen Zeugen und Akteure der gewaltigsten Erhebung des Proletariats: Baisant, Allemane, Fabrot, Longuet, Jaclard, Camélinat, Champy, Dereure, Renon, Ray, Plöce, Paule Min. Ihr Gesicht strahlt vor Freude. Sie sind glücklich, den herrlichen Moment der Einigung miterleben zu haben.

**Géront-Richard** schlägt vor, den ausländischen sozialistischen Parteien, die den Kongreß begrüßt haben, die Einigungsbeschlüsse offiziell mitzuteilen. (Reclamation.)

**Dubreilh**, der einzige Vertreter der einstimmigen Kommission, verliest folgende einstimmige

#### Einigungsbeschlüsse:

**Zusammensetzung der Partei.** Die sozialistische Partei ist begründet auf der Basis der in der Einigungsformel des Kongresses enthaltenen Prinzipien.

Sie besteht: 1. Aus den fünf im ganzen Lande (national) konstituierten Organisationen.

2. Aus den autonomen (einer der fünf Organisationen angehörenden) regionalen und departementalen Föderationen.

3. Aus den (einzelnen) Gruppen, die vom weiter unten zu definierenden Generalkomitee die Angliederung an die Partei verlangen würden, unter der Bedingung, daß diese Gruppen seit mindestens einem Jahre existieren und fünfzig zahlende Mitglieder zählen und daß im betreffenden Departement keine Föderation besteht. Diese Gruppen werden aus der Partei gestrichen werden, falls sie nicht binnen einem Jahre eine departementale Föderation geschaffen haben. Sie können nur durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder des Generalkomitees zugelassen werden.

4. Aus Arbeitergewerkschaften, die ausdrücklich die Formel der sozialistischen Prinzipien anerkennen, welche die Grundlage zur Einberufung des ersten allgemeinen Parteitagess geliefert hat.

5. Aus Genossenschaften, die dieselben Prinzipien anerkennen und einen Teil ihres Gewinnes der sogenannten Propaganda widmen.

**Der allgemeine Kongreß.** Die Partei wird alljährlich einen allgemeinen Kongreß abhalten. Jeder Kongreß bestimmt den Tagungsort des nächsten Kongresses; jedoch steht es fest, daß angenommen das nächste Jahr wegen der Welt-Ausstellung, der Kongreß jedes Jahr in einer anderen Region tagen wird.

**Statut des Generalkomitees.** Binnen höchstens acht Tagen wird ein Generalkomitee der Partei eingerichtet, dessen Vollmachten bis zum nächsten Kongreß dauern werden.

Jede einzelne Organisation wird im Generalkomitee vertreten sein durch Delegierte, die sie selbst ernannt, im Verhältnis zur Zahl ihrer Kongreßmandate, und zwar durch je einen Delegierten pro 50 Mandate oder einen Bruchteil von 50.

Die autonomen Föderationen hören auf, in Bezug auf ihre Vertretung im Generalkomitee als eine einzige Organisation betrachtet zu werden. Sie werden fortan sieben verschiedene Organisationen bilden: Ardennes, Côte d'Or, Doubs, Vendée, Nord-du-Maine, Seine-et-Oise, Saône-et-Loire, deren Vertreterzahl durch die obige Regel bestimmt wird. Dasselbe gilt für die kommunistische Alliance.

Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, erhält jede der auf dem Kongreß vertretenen Organisationen einen weiteren Delegierten.

Die Beschlüsse des Generalkomitees werden mit **Stimmeneinheit** gefaßt.

Jede Organisation ist verpflichtet, dem Generalkomitee einen von diesem zu bestimmenden Beitrag zu entrichten im Verhältnis zur jeweiligen Mandatenzahl.

**Kontrolle über die Presse.** Der Kongreß erklärt, daß in der gegenwärtigen Lage der Dinge keine der bestehenden sozialistischen Zeitungen das offizielle Parteiorgan ist. (Wider wurde die Verteilung der Beschlüsse mit unbedingter Aufmerksamkeit, ohne einen Laut, ohne einen Laut angeordnet. An der Stelle aber brachen Guesdisten und Blanquisten in tosenden Beifall aus.)

Jedoch haben die sich zum Sozialismus bekennenden Zeitungen bestimmte Verpflichtungen, die mit der Bedeutung der Zeitung wachsen, sowie mit der Unterfütterung, die ihr seitens der Genossen (milliards) des ganzen Landes zu teil wird.

Die Freiheit der Diskussion bleibt vollständig gewahrt in bezug auf alle theoretischen und taktischen Fragen (questions de doctrine et de méthode) (Auf: Vortrefflich); in bezug auf die Aktion müssen sich die Zeitungen strikte nach den Kongreßbeschlüssen richten, wie diese vom Generalkomitee interpretiert werden.

Kußerdem haben sich die Zeitungen jeder Solemnität und jeder Veröffentlichung zu enthalten, die geeignet wären, eine der Organisationen zu verlegen. (Beifall links und rechts.)

Die Zeitungen sind verpflichtet, die offiziellen Mitteilungen des Generalkomitees und der beigetretenen Organisationen zu veröffentlichen.

Erachtet das Generalkomitee, daß diese oder jene Zeitung die Parteibeschlüsse verletzt und dem Proletariat einen Schaden zufügt, so ladet es die verantwortlichen (im realen Sinne des Wortes, der Berichtshalter), Redakteure vor. Nach Anhörung derselben macht ihnen das Komitee vorkommenden Falles durch eine öffentliche Verwarnung bekannt, daß er gegen sie einen Tadel, den Ausschluß aus der Partei oder den Boykott (mise en Interdit) verhängen wird. (Heftiger Beifall links und teilweise rechts.)

Diese Maßregeln werden dem nächsten Kongreß unterbreitet.

**Die Kontrolle über die Erwählten.** In der Deputiertenkammer wird eine einzige parlamentarische Fraktion konstituiert werden (allgemeiner Beifall) auf der theoretischen Grundlage der Einberufung des Kongresses, die unter die direkte Kontrolle des Generalkomitees gestellt wird, welches den Erwählten die Kongreßbeschlüsse in Erinnerung zu bringen und sie so weit als möglich zu einer einheitlichen Abstimmung zu bestimmen haben wird. (Allgemeiner Beifall.)

**Die Wahlen.** Niemand kann als sozialistischer Kandidat betrachtet werden, wenn er nicht in seinem Wahlprogramm die Prinzipien anführt, die zur Grundlage der Einberufung des gegenwärtigen Kongresses gedient.

Zur Wahlzeit darf das Generalkomitee keinen Kandidaten ernennt, welche Investitur verleiht. Entsteht in der Stichwahl ein Konflikt (zwischen sozialistischen Kandidaten verschiedener Richtungen), so ist das Komitee der natürliche Schiedsrichter.

Kaum ist der Bericht zu Ende gelesen, als alle Delegierten sich von den Plätzen wie ein Mann erheben und in donnerndem, nicht endenwollendem Beifall ausbrechen. Die hochgedrängten Galerien steigern noch durch ihre Beteiligung den Beifallsdonner.

Man beifällt das Podium

**Delory** und gibt namens der Guesdistischen Arbeiterpartei folgende Erklärung ab: „In Gemäßheit des Beschlusses unseres Kongresses von Evreux, wonach in der Partei bei der Abstimmung (auf dem Einigungskongreß) keine Majorität und keine Minorität sein darf, stimmt die Arbeiterpartei einstimmig den Einigungsbeschlüssen zu.“ (Stürmischer Beifall.)

**Vandrieu** giebt die gleiche Erklärung betreffs des einstimmigen Votums namens der Blanquisten ab und unter dem gleichen Beifallssturm: „Wir hoffen, daß dieser Kongreß eine neue Aera eröffnen wird für das gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfende Proletariat.“

**Jaurès**, mit Beifall begrüßt, erklärt: „Die Konföderation der unabhängigen Sozialisten hat einstimmig und mit tiefer Freude die Konmissionsbeschlüsse angenommen.“ (Stürmischer Beifall.)

Die gleichen kurzen einstimmigen Erklärungen und unter dem gleichen Beifall geben nacheinander ab: **Wagnol** namens der Allemanisten, **Moré** namens der Possibilisten (beide hoffen auf die Realisation der vollständigen Verschmelzung der Organisationen

\*) Alle sozialistischen Parteien des Auslandes, mit Ausnahme des englischen, haben dem Kongreß begrüßt.

auf dem nächsten Kongreß): **Brunellière** namens der autonomen Föderationen, die die Beschlüsse „mit Begeisterung“ annehmen; **Chaujeprat** namens der Gewerkschaften, **Paulelin** namens der Genossenschaften.

**Géront-Richard** erklärt im Namen der „Petite République“. „Das einzige Streben der Redaktion wird sein, die Kongreßbeschlüsse zu verbreiten und ihnen Geltung zu verschaffen.“ (Beifall.)

**Viviani** namens des Arbeiterblattes „Lanterne“ und der sozialistischen parlamentarischen Presse: „Wir sagen uns den Kongreßbeschlüssen.“ (Beifall.) Desgleichen **Élie Ray** namens des neugegründeten Blattes: „Sozialistische Municipal-Chronik.“

**Abg. Jévaès** namens der Kammerfraktion der Guesdisten und Blanquisten erklärt seine freudige Unterordnung unter die Kongreßbeschlüsse. (Beifall.) Desgleichen **Abg. Gourrière** namens der unabhängigen Kammerfraktion; und er sagt unter brausenden Reclamationen hinzu, daß demgemäß die **Abg. Déjeante**, **Jévaès** und **Gourrière** die sozialistischen Deputierten zu einer gemeinsamen Sitzung auf den nächsten Dienstag einberufen.

**Navarre** tritt den Kongreßbeschlüssen bei namens der — stets einig gebliebenen — sozialistischen Fraktion des Pariser Gemeinderats. (Stürmischer Beifall.)

Der **Vorsitzende** fragt nun an, ob jemand das Votum nach Mandanten verlange. Anstatt jeder Antwort wiederholte Beifallsstürme. Alle Delegierten erheben sich von den Plätzen und schwenken in der hoch erhabenen Rechten die roten Mandatskarten. Sie beharren in dieser Stellung minutenlang unter Jubelrufen des Publikums. Und kaum haben sich die Arme der Delegierten gefenkt, stimmen sie im Chor die Hymne der „Internationale“ an. Beifallsstürme und wieder Beifallsstürme ohne Ende! . . .

Der **Vorsitzende** proklamiert das einstimmige Votum und sagt: „Keine Reden mehr! Hoch die Social! Hoch die Kommune! Hoch die sozialistische Partei! Ich erkläre den Kongreß für geschlossen.“

Wieder erheben sich alle Delegierten wie ein Mann. Wieder und wieder Beifallsstürme, die immer stürmischer und stürmischer werden! . . . Da auf einmal werden die roten Fahnen der einzelnen Organisationen aus allen Ecken des Saales nach dem Podium zusammengetragen. Die Fahnenträger nehmen Stellung in Reih und Glied auf der oberen Stufe des breiten Eingangs zum Podium. Sie schwenken die Fahnen über der elektrifizierten Menschenmenge. . . In der tragischen Abendstimmung vom Mittwoch wehten die roten Fahnen der auf den Tischen stehenden Rechten in der Richtung nach der schon abgegrenzten Linken, sie wehten maßgebend und stürmisch. . . Jetzt giebt es kein rechts und kein links mehr! Die roten Fahnen wehen der Gesamtheit der Delegierten zu, sie wehen siegesgewiß friedlich und freudig. . .

Zumittern der an Ekstase streifenden Begeisterung erschallt es aus dem jubelnden Menschenmeer: „Guesde und Lafargue auf das Podium!“ (Die anderen Führer waren bereits dort: **Jaurès** als Ehrenmitglied, **Vaillant** und **Allemane** als Kommunitäten). Man gruppieren sie sich alle unter den roten Fahnen und wechseln fremdliche Worte. **Lafargue** drückt **Jaurès** die Hand und sagt: „So kräftig ich Sie bekämpft habe, so feurig werde ich nun an Ihrer Seite kämpfen. . .“

Der Enthusiasmus wächst und wächst. Man verlangt das Absingen der Internationale durch **Guesde** und **Ville**. Dieser stimmt nun die feierlich langsame Melodie an, während Delegierte und Publikum nach jeder Strophe in den Refrain einstimmen: „Es ist der letzte Kampf! Vereinigen wir uns! Morgen wird die Internationale das Menschengeschlecht sein!“

Aber die „Internationale“ genügt noch immer dem glühenden Enthusiasmus nicht. Es werden nun die fröhlichen, im Sturmtempo gesungenen Lieder der „Carmagnole“ von der ganzen Versammlung angestimmt.

Es wird 1/2 11 Uhr, als der historische Kongreß mit der ergebenden, einzig dastehenden Apotheose der Einigung schließt.

Man geht nun auseinander. Die guesdistischen Delegierten versuchen, in Masse auf dem Boulevard Voltaire eine Kundgebung mit der roten Fahne zu veranstalten. Die Polizei, die zahlreich aufgeboten war, verhindert die Kundgebung mit üblicher Brutalität. . .

Eine Stunde später kam es zu einer ungehinderten Kundgebung von einigen Hundert Delegierten, die unter dem Gesang der „Carmagnole“ den Weg vom Boulevard Voltaire bis zur Place de la République zurücklegten, um hier um das Standbild der Republik den „Carmagnole“-Tanz aufzuführen.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** Bei der gestern vorgenommenen Wahl in **München** wurden, wie ein Privattelegramm meldet, 2 Sozialdemokraten, 1 Demokrat, 6 Ultramontane und 11 Liberale gewählt. Unsere Stimmzahl stieg gegen die letzte Wahl um 1165 und beträgt danach 4405.

In **Wergob Landshut** und **Koch a. S.**, beide in Bayern, wurden gleichfalls je 2 Sozialdemokraten gewählt. In **Speyer** stieg die gemeinsame sozialdemokratisch-ultramontane Liste gegen die Liberalen.

In **Zuttlingen** (Württemberg) wurden 3 von den 5 aufgestellten Sozialdemokraten gewählt.

In **Dölschen** bei Dresden wurde der bisherige sozialdemokratische Vertreter der Unzufriedenen mit allen gegen 3 Stimmen wiedergewählt.

**Zwei Redacteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung“** bezogen in voriger Woche das Gesangs-; Genosse Hänsch auf einen Monat und Genosse Bloch auf vier Monate. Beide sollen beteiligt haben. Bloch war übrigens erst am Donnerstag aus dem Dresdener Gefängnis entlassen worden, um Sonnabend zur Bereicherung seiner Kenntnisse auf diesem Gebiete nach Götting zu reisen. Die Verurteilung der vier Monate in Dresden war ihm nicht gestattet worden.

**Gegen das Urteil im Straßburger Puttkamer-Prozess**, durch welches unsere Parteigenossen Böhle und Schulze wegen Verleumdung des Ministeriums für Elsaß-Lothringen zu 100 bzw. 250 M. Geldstrafe verurteilt worden sind, ist seitens der Angeklagten die Revision angemeldet worden. Derselbe schlägt sich auf in der Hauptverhandlung erfolgte Ablehnung einer ganzen Reihe von Beweisfragen über zahlreiche Begünstigungen der reichsständischen Polizei- und Verwaltungsbehörden. Vor allem aber wendet sich die Revision begründet gegen die durch Beschluß der Straßburger Strafkammer erfolgte Verwerfung eines Antrages der Verteidigung, wonach der vom Staatssekretär v. Puttkamer gestellte Strafantrag wegen Verleumdung des Ministeriums als unzulässig anzusehen sei, weil der Staatssekretär gegenüber dem Ministerium nicht als „amtlich Vorgesetzter“ im Sinne des § 190 des Reichs-Strafgesetzbuches betrachtet werden könne. Die Verteidigung vertut in dieser Hinsicht die Auffassung, daß das Ministerium für Elsaß-Lothringen als Kollegialbehörde angesehen werden müsse, innerhalb deren alle einzelnen Mitglieder koordiniert, keines dem anderen übergeordnet sei. Als amtlicher Vorgesetzter könne danach nur der Statthalter in Betracht, von dem aber ein Strafantrag nicht vorliegt. An Gegensatz hierzu waren die Straßburger Richter der Ansicht, der Staatssekretär v. Puttkamer sei als „Spitze“ des Ministeriums anzusehen und deshalb wohl berechtigt, einen endgültigen Strafantrag wegen Verleumdung desselben zu stellen.

**Totenliste der Partei.** In der Ausübung seines Berufes starb am Freitag in Mannheim der Parteigenosse **L. H. Häfner**. Er stürzte beim Anfechten einer Wirtshaus so unglücklich ab, daß er bald danach verstarb. Der Verstorbene hat verschiedene Vertrauensämter in der Partei bekleidet.



Wegen Uebertretung der Meldebefehle des Vereins... gefesselt wurde die Vorsitzende des Bildungsbereichs für Frauen und Mädchen in Kiel, Genossin Kujin, vom Schöffengericht zu 15 W. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Im Berliner Bauerverband ist es zu einem Konflikt gekommen, der demnächst vor dem Einigungsamt zum Austrag gebracht werden soll. Es handelt sich um die Frage, ob die Arbeiter über einen Bau die Sperre verhängen haben, wozu sie nach der Meinung der Unternehmer nicht berechtigt waren.

Die von Herrn K. Entlassenen sähe die Organisation als Genossenschaft an und unterstütze sie deshalb, das sei ihr Recht und ihre Pflicht. Im übrigen sei der Konflikt ausgebrochen zu einer Zeit, da Herr K. noch gar nicht Bundesmitglied gewesen sei.

Deutsches Reich.

Die Haken-Maurer haben den Unternehmern schon jetzt für das kommende Jahr eine Reihe Forderungen unterbreitet. Die wichtigsten sind: Der Lohn muß den Vereinbarungen bei Beendigung des Streiks im Juli d. J. entsprechen.

Gewerbegerichtswahlen. In München siegte bei der Wahl der Arbeitgebervertreter, die am Sonntag vorgenommen wurde, die Liste des Gewerbevereins über die der Gewerkschaften mit 1054 gegen 578 Stimmen.

Ausland.

1500 Prager Badergelehen beschlossen am vergangenen Sonntag so lange im Auslande zu verharren, bis ihre Forderungen um Lohnerhöhung und Einführung des Festsundentages erfüllt sind.

In Jägerndorf (Böhmen), wo, wie bereits mitgeteilt, etwa 2000 Textilarbeiter streiken, haben zwar Verhandlungen stattgefunden, die Bedingungen, welche die Unternehmer stellten, waren aber für die Arbeiter unannehmbar.

Eine allgemeine Aussperrung droht den Steinhauser-Arbeitern in Schweden, weil der Steinhauser-Arbeiter-Verband eine geringere Lohnregulierung verlangt hatte. Es handelt sich um die Steinbrucharbeiter - etwa 3000 - wozu noch 3000 Steinarbeiter hinzukommen.

Die Arbeiter des Kopenhagener Eisenarbeiterverbandes haben die Arbeit niedergelegt, weil Direktor Thiesen von der freien-Gesellschaft eine mit dem Verband geschlossene Uebereinkunft nicht halten will.

Sociales.

Eine Bäckereiverordnung ist für Ostfriesland a. M. erlassen worden. Nach derselben muß in den Geschäftsräumen die größte Reinlichkeit herrschen, die Backstuben und Räume, welche zur Aufbewahrung von Mehl und Backwaren dienen, dürfen unter keinen Umständen zum Schlafen benutzt werden.

Gerichts-Beitrag.

Das Verhalten eines Arbeitswilligen hat wieder einmal durch eine bei der Strafkammer in Potsdam anhängig gewesene Strafsache eine grelle Beleuchtung erfahren.

Rieledob leitete den letzten Metallarbeiterstreik in Rathenow. Ein ebenfalls mitstreikender Arbeiter Paul Siebert in Rathenow erhielt am 2. September sein Streikgeld im Betrage von 11 M. ausgezahlt, nachdem er seinen Kollegen sein Ehrenwort gegeben hatte.

Zwei Urteile.

I. Wegen eines Altes der Selbsthilfe unter Anwendung der Keitpeitsche wurde gestern der Verlagsbuchhändler Richard Silenthal vor dem Schöffengericht zur Verantwortung gezogen. Er wurde der Körperverletzung und des hinterlistigen Uebertretens beschuldigt.

II. Wieder war es eine Enllage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, die gestern das Schöffengericht beschäftigte. Angeklagt waren die Tischler Spillmann, Glas und Panke, welche in ungeschicklicher Weise auf Dritte eingewirkt haben sollen.

Neue englische Niederlagen.

Seit Wochen sind größere Boerenabteilungen über den Oranjerivier in die nördlichen Distrikte des Kaplandes eingedrungen und befehligen eine ganze Anzahl der dortigen Ortschaften.

man daselbst am Sonntag zum ersten größeren Zusammenstoß der beiden Gegner gekommen und die Engländer sind wiederum die Besiegten. Die Niederlage ist so unglücklich, daß selbst die Londoner Schönfärber sie nicht verhehlen können.

Depesche vom General Gatacre.

„Bedaure sehr mitteilen zu müssen, daß Angriff auf Stormberg morgens schwer zurückgeschlagen. Durch Führer war ich über feindliche Stellung falsch unterrichtet, außer dem fand ich Terrain ungeeignet.“

Schlachtberichte.

Der Hergang der Schlacht bei Stormberg wird in nachstehenden Depeschen geschildert: Aus Moltens (Eisenbahnnotenpunkt) meldet das Reuter-Bureau: General Gatacre machte mit 2000 Mann und zwei Batterien einen Gewaltmarsch nach Stormberg.

Nach weiteren Meldungen über das Gefecht bei Stormberg haben von General Gatacres Truppen die irischen Schützen und die Northumberland-Regimenter am schwersten gelitten.

Ein weiterer Bericht des „Reuter'schen Bureaus“ giebt aus Moltens folgenden Schlachtbericht: Gatacres Kolonne, die in Reihen zu je vier Mann marschierte, wurde bei Tagesanbruch durch ein heftiges Feuer der Boeren überrascht.

London, 11. Dezember. Die „Times“ melden aus Kapstadt: Die englischen Truppen des Generals Gatacre seien vollständig erschöpft am Kriegsschauplatz eingetroffen. Dieselben hatten einen 16stündigen Marsch hinter sich gehabt, als der Kampf begann.

Kämpfe am Kimberley.

Das Reuter'sche Bureau veröffentlicht folgende Depesche aus Robber River vom Sonnabend: Eine Flottenabteilung mit einem 47 Zoll-Geschütz beschloß heute früh eine in der Anlage befindliche feindliche Geschützstellung.

General White

räumt sich gleichfalls eines Erfolges. Ein amtliches Telegramm, das am 8. d. M. aus Ladysmith kam, besagt: Letzte Nacht sandte ich den General Hunter mit 500 Kaval.-Freiwilligen und 100 Mann leichter Reiterei ab, um die feindliche Stellung auf dem Lombardskop zu überraschen.

Trohende Afrikaner-Erhebung.

„Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm, wonach der allgemeine Aufstand im Kapland unmittelbar bevorsteht. Die Korrespondenten im Kapland berichten zwar keine näheren Einzelheiten, aber sie sagen offen, daß die fortdauernden Niederlagen der Engländer unbedingt zu einer Revolte führen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Königsberg i. Pr., 11. Dezember. (B. Z. B.) Dem Eisbrecher-Verichte zufolge hatte das Eis des Haffes gestern bereits eine Stärke bis zu 5 Zoll. Es gelang indessen den beiden Dampfern „Pauline Haubig“ und „Burg“ ohne Hilfe heranzukommen.

Hamburg, 11. Dezember. (B. Z. B.) In der heutigen Bürgermeister-Wahl wurde für den vorerwähnten Bürgermeister Dr. Veronemann der bisherige Leiter der Polizei, Senator Dr. Haschmann zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Frankfurt a. M., 11. Dezember. (B. Z. B.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Bagdad: In hiesigen Kreisen, welche mit den Vorgängen am persischen Golf sehr vertraut sind, hält man die Annahme für ein sicheres Symptom dafür, daß England sich den Golf von Kuwait an der Ostküste Arabiens sichern wolle.

Dresden, 11. Dezember. (B. Z. B.) Bei 6 Grad Reaumur unter 0 herrscht hier starker Schneefall. Die Schifffahrt auf der Elbe ist wegen Treibeises eingestellt.

Die 2. Beilage und Unterhaltungsblatt.



Reichstag.

119. Sitzung vom 11. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Fürst Hohenlohe, Graf Bülow, Graf Posadowsky, Hr. v. Thielmann, Tirpitz, Rieberding, v. Gohler, Hr. v. Rheinbaben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Staatssekretär Graf Bülow dem Hause Mitteilung von den schon bekannten Verträgen über die Samoa-Inseln, die zwischen Deutschland, England und Amerika abgeschlossen sind. Deutschland erhält danach Savaii und Upolu, Amerika Tutuila. England die Tonga- und einen Teil der Salomons-Inseln. Dem Reichstage wird der Text der Verträge mitgeteilt und dem Hause wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats eine entsprechende Gesetzesvorlage zugeben. Der Staatssekretär erklärt, er würde es mit besonderem Danke anerkennen, wenn bis dahin von einer Besprechung dieser Frage im Reichstage Abstand genommen würde, und erklärt ferner, daß sich Mehrforderungen für den nächsten Reichshaushalts-Etat aus den Verträgen nicht ergeben würden.

Auf der Tagesordnung steht die Erste Beratung des Etats.

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Thielmann:

Meine Herren, die Betrachtung des Etats hat in drei Teilen zu geschehen, im Hinblick auf das verfloffene Rechnungsjahr, in der Mitteilung über die Rechnungsergebnisse des letzten Geschäftsjahres und in der Entwicklung des Etats des kommenden Geschäftsjahres. Die Ergebnisse des Vorjahres sind ja seit dem Sommer bekannt. Nur einige Hauptziffern will ich anführen, die Rückschlüsse auf das kommende Jahr zulassen. Der Etatsanfang bei den eigenen Reichseinnahmen ist 1898 um fast 36 Millionen überschritten worden und bei den Zöllen und Ueberweisungssteuern um rund 69 Millionen, wovon etwas über 42 Millionen zur Schuldenentlastung verwendet werden können. Die günstigen Einnahme-Ergebnisse haben es ermöglicht, daß die 5 Millionen, welche als erster Betrag für die Kosten in Klautschou ausgeworfen sind, sich bei den Matritularbeiträgen nicht bemerkbar machen. Der Ueberschuß, der für das Rechnungsjahr 1900 vorzutragen ist, beläuft sich auf rund 30 1/2 Millionen. Nun komme ich zum laufenden Jahre 1899. Auch hier sind die Mehrerinnahmen recht erheblich. Sie betragen bei den eigenen Einnahmen des Reichs 32 Millionen, bei den Zöllen und Ueberweisungssteuern 38 Millionen. Das zeigt deutlich, daß der Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht überschritten ist. Allerdings haben die Einnahmen aus den Getreidezöllen nachgelassen. Das ist aber wirtschaftlich ein sehr erfreuliches Ergebnis, denn es beweist, daß die Ernteverhältnisse besonders günstig waren, so daß natürlich die Getreide-Einfuhr vermindert wurde. In einzelnen gestiegen sind nach den Schätzungen das laufende Jahr wie folgt: Bei der Zuckerversteuer sind 11 Millionen, bei der Salzsteuer 1 Million, ebensolche bei der Branntweinsteuer, bei der Trauener 2 Millionen, bei der Stempelsteuer 1 1/2 Millionen, bei der Post 9 Millionen, bei der Panknotensteuer 2 Millionen mehr zu verzeichnen. Dazu kommen noch 2 Millionen an Ausgleichsbeträgen für Reichspost und Branntwein von den Einzelstaaten. Es giebt das einen Mehrbetrag gegen den Etatsanfang bei den eigenen Reichseinnahmen von zusammen 32 Millionen. An Mehrausgaben sind 4 Millionen zu erwarten. — Bei den Zöllen wird gegen den Etat auf ein Mehr von 25 Millionen gerechnet, bei der Branntweinverbrauchsteuer auf 8 1/2 Millionen, bei den Stempelabgaben auf 4 1/2 Millionen, das macht bei der Ueberweisungssteuer ein Mehr von 38 Millionen. An Reichseinnahmen findet sich im Etat für 1900 herablich wenig. Vor allem der Etat für das neue Reichs-Militärgerichte und ferner eine wirtschaftlich sehr wichtige Reueinrichtung: Der Postdienstverleiher. — Die Gehälter der Kolonialbeamten sollen im Anschluß an das im Reich geltende Gehaltssystem neu geregelt und erhöht werden. Außerdem findet sich zum erstenmal ein specialisierter Etat für Klautschou. Diese Kolonie entwickelt sich schneller, als in Aussicht genommen. Für Ostafrika sind 120 000 Mark mehr ausgeworfen und zwar für Vorarbeiten zu dem dortigen Bahnbau. Wenn die Kostenanschläge für den Bahnbau fertig vorliegen, wird sich wohl daraus noch eine Ergänzungserfordernis ergeben. — Es soll Ihnen weiter ein Ueberweisungsgezet vorgelegt werden. Die Ueberweisungen steigen häufig so, daß sie in einem Jahre das Zweieinhalbfache des vorigen betragen. Im gleichen Verhältnis verändern sich die Matritularbeiträge. Es soll nun eine Erleichterung in der Weise herbeigeführt werden, daß zwar die Verrechnung bleibt, aber die Auszahlungen vermindert werden. Es soll so gehandhabt werden, wie bei zwei Kaufleuten, die im Laufe eines Jahres ihre Forderungen ausgleichen, aber einige Monate hindurch muß der eine an den andern Zahlungen leisten, die er von diesem nach einiger Zeit zurückerhält. Gerade so, wie diese Kaufleute wünschen werden, eine einfachere Verrechnungsmethode einzuführen, wünscht auch das Reich seine Verrechnung mit den Einzelstaaten zu vereinfachen, und ein Mittel dazu ist die in Aussicht gestellte Vorlage. Es werden Ihnen aber zu diesem Zwecke noch mehrere Vorlagen zugehen. So gehen z. B. die Vorstöße, welche nach dem Invalidenversicherungsgesetz die Selbstverwaltung an die einzelnen Versicherungsanstalten zu leisten hat, weit über das hinaus, was wohl die Oeffentlichkeit darüber annimmt. Sie betragen im letzten Jahre 85 Millionen. Auch diese Vorstöße zum Teil abzustoßen, liegt in der Absicht einer Vorlage, welche Ihnen noch in dieser Session vorgelegt werden soll.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst:

M. H.! Ehe Sie in die Beratung des Reichshaushalts für das kommende Rechnungsjahr eintreten, glaube ich Sie über die Absichten der verbündeten Regierungen in einer Frage unterrichten zu sollen, die in den letzten Wochen den Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse gebildet hat, und die ohne Zweifel auch bei der Beratung des Etats in den Vordergrund treten wird.

Wenn auch der vorliegende Etatsentwurf den Bestimmungen des Flottengesetzes vom 10. April 1895 entsprechend aufgestellt ist, so darf ich doch nicht verhehlen, daß die verbündeten Regierungen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die damals festgelegte Sollstärke der Flotte einer Vermehrung bedarf. (Hört! hört!) Die seit Annahme jenes Gesetzes eingetretenen Veränderungen aller für die deutschen See-Interessen in Betracht kommenden politischen Verhältnisse, denen Deutschland bei der Entwicklung seiner Seemacht Rechnung tragen muß, stellen uns vor die erste Frage, ob wir allen Eventualitäten gegenüber ausreichend gerüstet sind. Die verbündeten Regierungen können diese Frage nicht bejahen. Ich habe daher im Namen der verbündeten Regierungen dem hohen Hause nachfolgende Erklärung abzugeben:

Bei der großen Bedeutung, welche die Flottenfrage besitzt, halten sich die verbündeten Regierungen für verpflichtet, dem Reichstage mitzutheilen, daß sich eine Novelle zum Flottengesetz in Vorbereitung befindet, die auf eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte abzielt.

Dabei ist, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Bundesrats über die Vorlage, in Aussicht genommen, eine Verdoppelung der Schlachtschiffe und der großen Ausländerschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Mittelgeschwaders.

Eine Beschaffungsfrist für die Vermehrung des Sollbestandes soll gesetzlich nicht festgelegt werden, vielmehr wird die Zahl der jährlich in den Etat einzustellenden Schiffsbauten der etatsmäßigen Feststellung überlassen bleiben. Die verbündeten Regierungen geben dabei von der Annahme aus, daß den bei der Finanzierung des Etats im allgemeinen festgehaltenen Grundgrundsätzen entsprechend die zur Erreichung des erhöhten Sollbestandes bestimmten Schiffe aus Anleihenmitteln bezahlt werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Bülow:

Die Notwendigkeit der von den verbündeten Regierungen in Aussicht genommenen Ergänzung und Erweiterung des Flottengesetzes von 1895 geht hervor aus der gegenwärtigen Weltlage und aus den Bedürfnissen unserer überseeischen Politik. Ich werde mich deshalb zunächst zu unserer überseeischen Politik und zu unserer Haltung in überseeischen Fragen. In dieser Beziehung ist die Stellung der Regierung nicht gerade eine leichte. (Weiterleit.) Von der einen Seite werden wir in skandinavischer Weise ermahnt, unsere überseeischen Interessen eifriger wahrzunehmen, auf der andern Seite heißt es, daß wir uns schon zu weit engagiert hätten und abenteuerliche Bahnen einschlagen wollten. Ich werde mich bemühen, nachzuweisen, daß wir weder in das eine noch in das andere Extrem verfallen sind, noch verfallen werden, sondern daß wir die ruhige Mittellinie einhalten werden, welche gleich weit entfernt ist von einer Vernachlässigung wie von einer Ueberspannung unserer überseeischen Interessen. Ueber einen Punkt kann freilich ein Zweifel nicht obwalten, nämlich darüber, daß die Dinge in der Welt in einer Weise in Fluß geraten sind, die noch vor zwei Jahren niemand voraussehen konnte. (Oh! links.) Man hat gesagt, daß in jedem Jahrhundert eine allgemeine Auseinandersetzung, eine große Liquidation, stattfindet, um die Erde neu zu verteilen. Im 16. Jahrhundert teilten sich die Spanier und Portugiesen in die neue Welt, im 17. Jahrhundert traten die Holländer, Franzosen und Engländer in Konkurrenz, während wir uns untereinander die Köpfe einschlugen. (Stenkerleit.) Im 18. Jahrhundert verloren die Holländer und Franzosen das meiste von dem, was sie erworben hatten, wieder an die Engländer, und in unserem 19. Jahrhundert hat England ein Kolonialreich geschaffen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat und ebenso hat Frankreich bedeutende koloniale Erwerbungen gemacht. Vor 4 Jahren hat der sinesisch-japanische Krieg, vor 2 Jahren hat der spanisch-amerikanische Krieg den Stein ins Rollen gebracht, große, tiefenschnittende Entscheidungen herbeigeführt, alle Reiche erschüttert. Niemand kann sagen, welche Folgen der Krieg haben kann, der seit einigen Wochen in Südamerika geführt wird. Der englische Premierminister hat vor längerer Zeit gesagt, daß der Starke immer stärker, der Schwache immer schwächer werden würde. Sorgen wir also dafür, daß wir nicht zu den Schwachen müssen gerechnet werden. Stehen wir vor einer neuen Teilung der Erde, wie sie vor gerade 100 Jahren veranfaßt wurde? Ich glaube es noch nicht. Wir wollen keine Macht zu nahe treten, wollen uns aber auch von keiner fremden Macht auf die Höhe treten oder beiseite schieben lassen (Weisfall rechts), weder politisch noch wirtschaftlich. (Erneuter Weisfall.) Es ist Zeit, daß wir uns gegenüber der veränderten Weltlage klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben. Wir wollen nicht mehr beiseite stehen wie früher, und wir können es auch nicht, weil wir jetzt Interessen in allen Weltteilen haben. Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung und der gewaltige Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens hat uns in die Weltwirtschaft verflochten. Wie die Engländer, die Russen, die Franzosen ihre Herrschaft erweitern, so haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland. (Weisfall und Laugen links.) Wir bedürfen einer größeren Zahl von Stützpunkten. Ihre (nach links) Weiterleit macht mich nicht einen Augenblick irre. Wir werden nicht dulden, daß man zur Tagesordnung übergeht über das deutsche Volk. (Weisfall rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Wir haben die besten Beziehungen zu allen Staaten. Mit Frankreich haben wir uns bisher in allen Fällen immer leicht verständigt. Bei Rußland haben wir freundschaftliches Entgegenkommen gefunden, das wir erwidern. (Weisfall rechts.) Die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns hat erst vor wenigen Tagen der Präsident der Vereinigten Staaten hervorgehoben. Und was England angeht, so sind wir gern bereit, auf der Basis voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit in Frieden und Eintracht mit ihm zu leben.

Aber gerade obwohl die gegenwärtige Lage günstig ist, müssen wir sie benutzen, um uns für die Zukunft zu sichern. Daß die Zukunft friedlich sein möge, wünschen wir alle. (Weisfall.) Ob die Zukunft aber eine friedliche sein wird, kann Ihnen niemand sagen. Es ist eine Eigentümlichkeit unserer Zeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, daß plötzlich neue Einflüsse sich geltend machen. (Sehr richtig! rechts und Laugen links.) In früheren Zeiten lebte die Diplomatie in der Regel von einer einzigen Beziehungssphäre. Jetzt tauchen unvermutet neue Fragen auf, die zuweilen ebenso schnell verschwinden, wie sie gekommen sind, zuweilen aber auch zu altem Komplikationen werden. Darum müssen wir gegen Ueberraschungen gesichert sein. Wir müssen eine Flotte schaffen, stark genug, um den Angriff jeder Macht abzuwehren. Was wir jetzt veräumen, werden wir nicht wieder einbringen können. (Weisfall rechts.)

Die deutsche auswärtige Politik ist weder abenteuerlich, noch phantastisch. Sie wagt überall die deutschen Interessen, ist aber weit davon entfernt, berechtigten Interessen anderer entgegenzutreten zu wollen. Wenn in der fremden Presse Stimmen hervorgerufen sind, die eine andere Tonart anschlagen, so waren dieselben von keiner maßgebenden Seite ausgegangen. Aber der Kreis und Umfang unserer überseeischen Interessen hat sich viel rascher entwickelt, als wir unsere maritimen Machtmittel zu fördern für nötig gehalten haben.

Anmittelbar nach der Annahme der Flottenvorlage kam es zum spanisch-amerikanischen Kriege, vor wenigen Wochen zum Kriege in Afrika. Daß diese Kriege auch für unsere überseeischen Beziehungen nicht ohne Einfluß geblieben sind, liegt auf der Hand. In meiner amtlichen Stellung darf ich freilich nicht alles sagen, was ich weiß. Ich darf nicht auf jedes i einen Punkt setzen. Die Entwicklung der Weltlage aber hat gezeigt, wie dringend die Verstärkung unserer Flotte war, und die inzwischen eingetretenen Ereignisse lehren uns, wie unerlässlich der Ausbau des Flottengesetzes von 1895 ist.

Wir treiben eine gesunde Realpolitik. Bei allem Eifer für die Entwicklung unserer Kolonien vergessen wir nicht, daß unser Centrum in Europa liegt. Aber hier brauchen wir für unsere Interessen nicht zu fürchten im Hinblick auf den Dreieck und unsere Beziehungen zu Rußland. (Weisfall rechts und im Centrum.)

Aber warum verstärken alle andern Staaten ihre Flotte? Italien ist trotz der finanziellen Schwierigkeiten zu Opfern für die Flotte bereit. In Frankreich kann die Regierung dem Volk in der Vermehrung der Flotte nicht genug thun. Rußland hat sein Tempo im Bau neuer Schiffe verdoppelt, Amerika und Japan machen ungeheure Anstrengungen, und England ist unausgesetzt bemüht, seine Seemacht zu erhöhen.

Ohne eine wesentliche Erhöhung der Flotte können wir neben Frankreich und England nicht existieren, können wir unsere Stellung in der Welt nicht behaupten. Ehen so wenig, wie wir unsere Stellung in Europa ohne starkes Heer wahren können, vermögen wir ohne Vermehrung unserer Seemacht unsere Weltstellung zu behaupten. Ich erlaube mir mein Amt, wenn ich dies hier in aller Ruhe und ohne jede Polemik, aber mit voller Ueberzeugung ausspreche. Wenn wir nicht eine Flotte schaffen, welche genügt, um unsere überseeischen Unternehmungen, unsere Landeute in der Ferne und unsre Missionen (Aha! links.) zu sichern, so gefährden wir die vitalen Interessen des Landes. Eine solche Flotte zu schaffen, ist der feste Entschluß der verbündeten Regierungen.

Die letzten Jahrzehnte haben viel Glück und Macht und Wohlstand über Deutschland gebracht. Das kann leicht Reiz erwecken. Der Reich spielt ja im Leben des Einzelnen wie der Völler eine große Rolle, und zwar politischer und wirtschaftlicher Reiz. Es giebt Interessengruppen und Strömungen und vielleicht auch Völler, die finden, daß der Deutsche in früheren Tagen für seine Nachbarn angenehm war, wo die Fremden auf uns herabsahen wie hochnüstige Kavaliere auf bescheidene Hauslehrer. (Große Steiterleit.) Die Zeit

soll nicht wiederkehren. (Bravo! rechts.) Aber ohne starkes Heer und starke Flotte keine Wohlfahrt, kein Ansehen vor anderen Völlern. (Auf links: Ra! Ra!) Ja, meine Herren, das Mittel, auf dieser Welt den Kampf um Dasein ohne starkes Heer und starke Flotte durchzuführen, ist noch nicht gefunden. Im kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Ambos sein.

Darum bitte ich Sie, bringen Sie der Flottenvorlage Wohlwollen entgegen. Unsere auswärtige Politik ist friedlich, aufrichtig, selbständig. Ob und wann wir genötigt sein können, zur Wahrung unserer Weltstellung aus unserer Reserve herauszutreten, hängt vom Gang der Ereignisse ab, den keine Macht vorherzusehen kann. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß, wenn wir bestrebt sind, in einer gärenden Zeit, unter schwierigen Verhältnissen den Frieden, die Ehre, die Wohlfahrt des Reichs zu wahren, diese Politik getragen sein werde von der Unterstützung dieses hohen Hauses, von der Zustimmung der Volksvertretung. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Reichs-Marineamts Vice-Admiral Tirpitz:

Wir müssen unsere Marine so einrichten, daß die höchste kriegerische Leistung in einem Verteidigungskriege auf der Nordsee sich zeigen kann. Bei der plammäßigen Ausgestaltung unserer Marine müssen wir so viel Schiffe vorsehen, daß wir unsere Interessen im Frieden ausreichend vertreten können und anderenfalls jociel zur Hand haben, um gegen alle noch in der Entwicklung begriffenen Staaten ausreichende Seekräfte zur Hand zu haben. Das waren die Gesichtspunkte, welche für die Ausarbeitung des Flottengesetzes von 1897 maßgebend gewesen waren. Als es sich vor zweiundneunzig Jahren darum handelte, die Gesichtspunkte der Aufstellung eines Flottengesetzes zu normieren, ist von mir selbst eine Denkschrift verfaßt worden. Ich glaube, daß es zur Aufklärung über die gesamte Flottenfrage beitragen möchte, wenn ich den wesentlichen Inhalt hier kurz wiederhole. Die Denkschrift führt aus, zur Bestimmung des Umfangs und der Zusammenlegung der deutschen Marine müßte die schwierigste Kriegslage zu Grunde gelegt werden. Die schwierigste Kriegslage wird für uns eintreten, wenn wir den größten Gegner gegenüber haben. Wir werden uns freilich darauf beschränken müssen, nur im Notfall zur Verteidigung in den Krieg einzutreten. Die Flottenvorlage ging von der Annahme aus, daß zwei Geschwader von Ulinenschiffen in den nächsten 10 Jahren zu beschaffen sein würden und daß wir auch nicht in der Lage sein würden, mehr zu beschaffen. Dabei mußten wir mit dem Mittelgeschwader als mit einer vorhandenen Größe rechnen.

Ich kann nicht leugnen, daß ich bei der Ausarbeitung und Verfertigung der damaligen Marinevorlage mir darüber nicht im klaren gewesen bin, daß ein endgültiger Abschluß mit diesem Sollbestand der Flotte nicht erreicht wird, weil er für die beiden gefährlichsten Fälle eines Seekrieges nicht ausreichen würde. Mein Einfluß durch die Ueberzeugung, daß damals die Erkenntnis von der vitalen Bedeutung einer starken deutschen Seemacht im deutschen Volke nicht ausreichend entwickelt war, haben wir im Flottengesetz nicht mehr fordern können, als tatsächlich gefordert worden ist.

Die besondere Bedeutung des Flottengesetzes lag darin, daß es gesetzlich die Organisation und Methode der Flottenentwicklung festlegte. Insofern habe ich schon damals der Möglichkeit einer Verstärkung der Flotte Rechnung getragen, als ich sagte: Die unbegrenzte Gültigkeitsdauer des Gesetzes sei für die Regierung keine vitale Frage.

Es kam der spanisch-amerikanische Krieg, der mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, welche Gefahr eine Nation mit auswärtigem Besitz ohne starke Flotte laufen kann. Aus dieser Erkenntnis entstand naturgemäß ein Drängen auf stärkere Entwicklung unserer Flotte. Im Dezember vorigen Jahres hielt ich einen Vortrag an maßgebender Stelle und die Entscheidung wurde getroffen, daß wir nach Beendigung des Segetemats die Vermehrung der Flotte ins Auge zu fassen hätten, daß wir zunächst aber den Versuch zu machen hätten, mit der Limitierung auszukommen. Das war der entscheidende Grund für meine Erklärung in der Budgetkommission, daß bei allen in Betracht kommenden Stellen der feste Entschluß bestehe, an der „Limitierung“ festzuhalten. Inzwischen ging die historische Entwicklung ihren Gang weiter und zeigte immer drängender und ernsthafter, welche Bedeutung es hat, wenn unsere Wehrkraft zur See solche Läden aufweist, wie sie unsere Flotte auch nach der Durchführung des neuen Flottengesetzes aufweisen würde.

Die Durchführung des Flottengesetzes gestaltet sich nun folgendermaßen: Nach Bewilligung des vorliegenden Etats würden sämtliche Neubauten von 1897 auf Stapel gesetzt sein, damit ist die Vermehrung der Marine für drei Jahre abgeschlossen. Für die nächsten drei Jahre kommen nur Ersatzbauten in Frage, und zwar ist für große Schiffe die geringe Summe von 35 Millionen in Aussicht genommen. Bei der enormen Preissteigerung aller Materialien und bei der Notwendigkeit, unsere Munitionsvorräte erheblich zu vermehren, liegt es mit der Ausführung der Limitierung so, daß, wenn wir die Ersatzbauten kleinerer Kreuzer vornehmen, wir große Schiffe überhaupt nicht auf Stapel geben können. Wollen wir aber die Ersatzbauten der völlig veralteten kleinen Kreuzer aufgeben, so können wir vielleicht zwei bis drei große Schiffe auf Stapel geben. Die Limitierung zwingt uns, drei Jahre unbenutzt für die Vermehrung der Flotte vorübergehen zu lassen. Wir stehen nun vor der Frage, ob sich die Verstärkung der Flotte nicht in kürzerer Zeit bewerkstelligen läßt. Ich habe persönliche Informationen bei den Werften eingezogen und mich davon überzeugt, daß meine frühere Schätzung ihrer Leistungsfähigkeit zu eng genommen war. Die Entwicklung der Industrie ist so rasch vorwärts geschritten, daß keine Schwierigkeiten auf diesem Gebiet mehr vorhanden ist. Ich habe ein Projekt über die Erweiterung der Werftanlagen ausarbeiten lassen und es geht aus den Ermittlungen hervor, daß auch in diesem Punkte keine Schwierigkeiten vorhanden sind, zumal wir hier den weiteren Ausbau der Flotte 10—12 Jahre zur Verfügung haben. Auch die Art der Stellung der Offiziersaspiranten und Chargen bewies mir, daß Schwierigkeiten auf formellem Gebiet nicht vorhanden sind. Die gesetzliche Besetzung unseres Sollbestandes hat unsere Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen so gesteigert, wie man es vor zwei Jahren noch nicht ahnen konnte. Wenn das neue Flottenprogramm gesetzlich festgelegt ist, dann werden wir alle diese Schwierigkeiten auf materiellem und personellem Gebiet leicht überwinden können.

Ich reformiere mich dahin: Vor zwei Jahren war ich der Ansicht, daß wir für die nächsten sechs Jahre weder mehr leisten, noch mehr bewilligt erhalten könnten. Ich war aber nicht der Ansicht, daß der Flottenbestand ausreicht für die gefährlichsten Fälle. Wenn das neue Flottenprogramm festgelegt wird, so drückt damit die Nation ihren Willen aus, eine starke Seemacht zu schaffen, dann ist eine schnellere Entwicklung, als ich vor zwei Jahren angenommen habe, wohl möglich.

Sie werden glauben, daß es mir persönlich sehr schwer geworden ist, schon jetzt an die Bearbeitung einer Novelle zum Flottengesetz heranzutreten, aber die bittere Notwendigkeit der Flottenvermehrung und die Gefahren, die darin liegen, daß drei Jahre unbenutzt bleiben sollen, haben für mich den Ausschlag gegeben. Bei der großen Verantwortlichkeit, die mir als Chef des Reichs-Marineamts obliegt, konnte meine Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Ich hoffe, daß das hohe Haus diesen Verhältnissen Rechnung tragen wird. — Wenn die Vorlage dem hohen Hause zugegangen sein wird, wird es sich überzeugen, daß es im Interesse des Vaterlandes, dessen Sicherheit und Gedeihen uns allen am Herzen liegt, notwendig ist, nicht lösbare Zeit zu verlieren, sondern zu handeln.

Staatssekretär der Reichs-Schatzamt Hr. v. Thielmann:

Ich erregte nochmals das Wort, weil das hohe Haus jedenfalls die Ziffern hören wollen wird, die die Flottenvermehrung im Gefolge haben muß. Ich kann sie natürlich nur in Umrissen geben, da das Gesetz noch nicht zur Vorlage reif ist. Soweit eine Verdoppelung



der Schlachtflootte und der großen Auslandschiffe in Frage kommt, wird sie nicht aus den laufenden Mitteln erfolgen können, sondern ebenso wie das sonst immer und auch zum Beispiel bei der Anlage größerer Schiffswerften der Fall gewesen ist, aus Anleihen beschafft werden müssen. An der bisherigen Finanzierung soll also nichts geändert werden. Die Gesamtkosten der Flottenvermehrung, auf 10 Jahre verteilt, werden 783 Millionen betragen. Die laufenden Ausgaben werden insgesamt 153 1/2 Millionen betragen, das macht auf 10 Jahre verteilt, in jedem Jahre eine Erhöhung von 9 1/2 Millionen der fort-dauernden Ausgaben. Die Entwicklung der Einnahmen hat sich so gestaltet, daß nach den letzten Jahresdurchschnitten ein Zugang von ca. 51 Millionen zu verzeichnen war. Ob das in den folgenden Jahren so weiter gehen wird, bin ich heute nicht im Stande vorherzusagen. (Hört, hört im Centrum und links.) Aber wenn wir bloß die Hälfte dieser 51 Millionen rechnen, so wären das über 25 Millionen und die Kosten der Flottenvermehrung würden ja noch nicht die Hälfte dieser Hälfte ausmachen. Daß die Entwicklung der Einnahmen einen so ungünstigen Verlauf nehmen sollte, daß diese Hälfte nicht einmal erreicht werden sollte, dazu liegt nicht die mindeste Ver-sorgung vor.

**Abg. Lieber (C., zur Geschäftsordnung):**  
Herr Präsident, ich beantrage die Vertagung der Sitzung. Es ist ein völlig außerordentlicher Vorgang, daß die erste Staatsberatung in diesem Hause in den Schatten einer einzigen Gesetzesvorlage gerückt wird. Die noch nicht einmal ihren Urnichten nach dem Hause bekannt ist. (Sehr richtig im Centrum und links.) Nach dem üblichen Finanzprospekt des Reichssekretärs, wie nun einmal der schöne deutsche Ausdruck lautet (Heiterkeit), haben Ihre Bundesbevollmächtigte über eine Vorlage gesprochen, von der anerkannt werden muß, daß sie lebens-wichtige Interessen des Vaterlandes behandelt, von der aber andererseits ebenso anerkannt werden muß, daß sie mit diesem Etat in keinem Zusammenhang steht, denn in dem ganzen Etat wird nicht ein Pfennig für die heute angekündigte Flottenvorlage ge-fordert. Ich glaube, es liegt im Interesse aller Parteien des Reichstages, wenn sie nicht sofort zu dem eben Gehörten Stellung nehmen müssen. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein und so bleibt meines Erachtens nichts anderes übrig, als die weitere Erörterung auf morgen zu vertagen.

**Abg. Bebel (SoC.):**  
Ich stimme dem Abg. Dr. Lieber Wort für Wort zu. Ich möchte nur mit der Bitte um Vertagung noch einen anderen Wunsch verknüpfen. Die wichtigste Rede, die wir heute gehört haben, war unstrittig diejenige des Herrn Grafen Bülow. Es ist nun sehr wesentlich, den genauen Wortlaut der Rede vor Augen zu haben, denn auf die mehr oder minder gekürzten Zeitungsberichte kann man sich nicht voll verlassen. Es ist unter Umständen sehr wichtig, nicht nur zu wissen, was Herr von Bülow gesagt hat, sondern auch, was er hat sagen wollen. (Große Heiterkeit.) Ich richte also an den Herrn Präsidenten die Bitte, die Rede des Herrn Staatssekretärs wenn möglich noch heute abend den Abgeord-neten im genauen Wortlaut zugänglich zu machen. (Sehr richtig! links.)

**Präsident Graf v. Ballestrem:**  
Noch ehe der Herr Abg. Bebel seinen Wunsch ausgesprochen hat, hatte ich die Absicht, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Rede des Herrn Staatssekretärs Grafen Bülow, sondern der stenog-raphische Bericht der ganzen Sitzung noch heute abend den Abgeordneten zugestellt werde. Ich kann das aber nur mit Unter-scheidung der Herren vom Bundesrat, die heute das Wort ergriffen haben, bewerkstelligen. Ich bitte deshalb die geehrten Herren höflichst, die Korrektur der Stenogramme möglichst zu beschleunigen. Was nun den Antrag des Herrn Abg. Lieber betrifft, so höre ich gegen ihn kein Widerspruch. Auch ich kann mich den von Herrn Abg. Dr. Lieber angeführten Gründen nicht verschließen und willige in die Vertagung. Ich nehme an, daß das Haus einverstanden ist. Das Haus vertagt sich.  
Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Erste Lesung des Stats.)  
Schluß 3 1/2 Uhr.

### Gewerkschaftliches.

**Von der Gruppe 12 des Evangelischen Arbeitervereins zu Berlin** geht uns nachstehendes Schreiben zu: Aus Nr. 13 des „Evangelischen Arbeitervereins“ ersehe ich, daß der „Vorwärts“ in Nr. 270 unter dem Titel „Evangelischer Arbeiterfang“ in Artikel „Gewerkschaftliches“ eine völlig unwahre und verkehrte Darstellung einer, die von mir geleiteten Gruppe 12 betreffenden, Angelegenheit veröffentlicht hat. Ich erlaube Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes diese Verächtlichkeit abzurufen.  
Es ist un wahr, daß ich einen Brief an den Vorsitzenden der Sektion II des Centralverbandes der Elektromonteur, mit der Auf-forderung, sich dem Evangelischen Arbeiterverein, Gruppe 12, an-zuschließen, geschrieben habe.  
Thatsache ist, daß der Vorsitzende der Sektion II des Central-verbandes der Elektromonteur ein Schreiben im obigen ent-sprechenden Sinne, also eine Aufforderung an Gruppe 12, sich dem Centralverband der Elektromonteur anzuschließen, an mich als Vorsitzenden der Gruppe 12 gerichtet hat. Dieses Schreiben habe ich abschlägig beantwortet.  
Es ist ferner un wahr, daß ich oder der Vorstand der Gruppe 12 hektographierte Briefe an die Mitglieder der Sektion II des Central-verbandes der Elektromonteur gerichtet habe.  
Thatsache ist, daß die Mitglieder der Gruppe 12 des Evangelischen Arbeitervereins folgenden hektographierten Brief erhielten:

Berlin, den 24. Oktober 1890.  
Herrn . . . . . hier.  
Wie mir von H. Stabl mitgeteilt wurde, ist der „Evangelische Arbeiterverein Gruppe 12“ in seiner letzten Sitzung vom 18. d. M. mit überwiegender Majorität einig geworden, dem Centralverband der Elektromonteur und Berufsgeosenen Sekt. II\* beizutreten.  
Ich lade Sie daher zu der am 27. Oktober 1890, abends 8 1/2 Uhr, bei Immendorfer, Sophienstr. 5, tagenden Versammlung ein.  
Heber etwaige gewünschte Auskünfte ist der Unterzeichnete gern bereit.  
B. Gerlach  
1. Schriftführer  
Luisen- ufer 56.

Dies ist die Darstellung des wahren Sachverhalts.  
Der Inhalt des Briefes, soweit derselbe sich auf die Gruppe 12 des Evangelischen Arbeitervereins und dessen Beschlüsse bezieht, ist pure Unwahrheit.  
Mit dem vernichtenden Urteil des „Vorwärts“ über solchen mehrfachen Mitgliederfang, den in diesem Falle die Sektion II des Centralverbandes der Elektromonteur betrieben hat, erkläre ich mich ganz einverstanden.  
Gochachtungsvoll  
Swilling, Vorsitzender.

Die in dem Schreiben des „Evangelischen Arbeitervereins“ ent-haltene Angaben lehnen die von uns gegebene Darstellung in ihr genaues Gegenteil um. Nicht der Evangelische Arbeiterverein hat den von uns gerügten „Mitgliederfang“ getrieben, sondern der „Centralverband der Elektromonteur“. Unsere Ermittlungen haben dies bestätigt; der Vorstand des betreffenden Vereins macht aber geltend, daß der Uebertritt der Evangelischen in der Versammlung in der That mit Majorität beschlossen worden sei. Vorausgesetzt, daß dies zutrifft, wäre dem auch die weitere Agitation, die von dem Vorstand für den Anschluß der einzelnen Mitglieder in Scene gesetzt worden ist, schon verständlich. Anderenfalls würde unser Urteil selbstverständlich auch auf den Verband der Elektromonteur, dessen Tendenzen und Absichten unbekannt sind, anzuwenden sein.  
Ferner haben unsere Nachforschungen ergeben, daß wir von dem Entsender, der sich C. Wolf, Kamlerstr. 4, II zeichnete, dort aber nicht auffindbar war, in der unverständlichen Weise dupliert worden sind. Der betreffende hat, um uns hincuzulegen, sein Verlei-hreiben auf ein Zettelchen geschrieben, das den Stempel des Ver-

bandes der Elektromonteur enthielt. Das Zettelchen war abgetrennt von dem hektographierten Schreiben des genannten Verbandes. Da dies nur ein Mitglied des „Evangelischen Arbeitervereins“ gesandt wurde, könnten uns die Herren vom Vorstand vielleicht auf die rechte Fährte leiten.  
Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Zu einem schon e r e n M i s t a n d e wird der nunmehr bereits mehrere Monate dauernde Arbeitsmangel in der Waggonfabrik der Königsbrücke, in der ungefähr 600 meist gelernte Arbeiter, Schmiede, Schlosser, Tischler, Stell-macher, Maler und Lackierer, beschäftigt sind. Schon einmal durch-lief diese Nachricht die Presse, sie wurde von der Direktion der Hütte demontiert. Sie ist trotzdem richtig. Ein Teil der Arbeiter hat bereits die Arbeit gekündigt, ein anderer schlägt sich bei Feierschichten und schlechten Löhnen mit allerhand Nebenarbeiten durch. Die Hüttenverwaltung thut zwar alles Mögliche, die Arbeiter zu be-schäftigen; in der Erwartung, daß in kurzer Zeit Eisen ankommen würde, hat sie noch vor kurzem neue Arbeiter angenommen. Diese Erwartung ist indes fehlgeschlagen, sie kann sich aber nicht dazu ent-schließen, den angenommenen Leuten ihren Lohnausfall zu ersetzen. In Arbeit stehen Eisenbahnwagen für die kaiserliche Regierung, für die das Eisen zum Oberbau aus Sachsen kommen soll. Eine eigen-tümliche Erscheinung: Arbeitslosigkeit wegen Ueberhäufung mit Ar-beit; denn der Eisenmangel ist doch wohl auf Ueberhäufung mit Arbeit und Bestellungen an anderen Orten zurückzuführen.

Die streikenden Stockbrechler in Wien haben diese Tage mit den Unternehmern Unterhandlungen gepflogen, zu einer Einigung ist es aber nicht gekommen. Die Unternehmer wollen in eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht willigen; sie wollten höchstens eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit, aber mit Hinweglassen der Pausen bewilligen, was im Grunde auf die frühere 10 stündige Arbeitszeit hinausläuft.

### Versammlungen.

Eine öffentliche Formerversammlung, die am Sonntag stattfand, nahm ein Referat des Kollegen Sellrich aus Leipzig über den beendeten Leipziger Formertreik entgegen. Der Redner gab der Ansicht Ausdruck, daß der Streik trotz seiner langen Dauer die beteiligten Formner durchaus nicht entnützt, und auch die Organi-sation nicht geschwächt habe. In der Diskussion wurde unter anderem bemerkt, die Verweigerung der Streitarbeit habe den Streikenden wenig genützt, man werde in künftigen Fällen sorgfältig erwägen müssen, ob Streitarbeit zu verweigern sei. — Hierauf be-sprach Plath in längerer Ausführungen die Mißstände in ver-schiedenen Gewerke. Seinen Darstellungen zufolge haben sich in letzter Zeit in allen Betrieben die Verhältnisse für die Arbeiter verschlechtert. Die Unternehmer drücken die Accordlöhne herab, suchen die Arbeitszeit zu verlängern, und das Benehmen der Meister den Arbeitern gegenüber sei ein derartiges, daß man sagen könne, die Meister stehen auf der Seite der Unternehmer und helfen denselben, die Formner auf alle mögliche Art zu drücken und zu hincuzulegen. Jetzt sei es mehr wie je nötig, nach einer einheitlichen Organisation der Formner zu streben, damit man die gefährdeten Mißstände mit Erfolg bekämpfen könne. Derselben Meinung waren auch die Redner, welche in der regen Diskussion das Wort nahmen.

Die Steinseher und Berufsgeosenen hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung bei Rümann, Brunnenstraße, ab, die leider nur mäßig besucht war. Zunächst berichtete der bisherige Vertrauensmann über die Einnahmen und Ausgaben. Auf Listen für die ausgesperrten Arbeiter in Dänemark und für die ausländigen Berliner Steinseher wurden über 500 M. gesammelt. Als Ver-trauensmann wurde sodann A. Grabis und als Revisoren W. Schlegel und Peterik gewählt. Hierauf hielt Genosse A. No 11 einen Vortrag über den Arbeits- und Dienst-vertrag nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Den Bericht über die Lohn-bewegung der Kammer erstattete Hauschild. Danach hat die Kammer es vorläufig abgelehnt, mit den Kammerern vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu verhandeln, aber sich bereit erklärt, zu gelegener Zeit mit den Arbeitern in Verhandlung zu treten. Von den Kammerern wird ein Stundenlohn von 50 Pf. gefordert. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, so soll im nächsten Frühjahr mittels Streiks der Stunden-lohn von 50 Pf. zur allgemeinen Einführung gelangen. Nachdem eine längere Aussprache über die Arbeitsverhältnisse erfolgt und zur gegenseitigen Verhärtigung der Solidarität aufgefordert worden war, berichtete A. No 11 über die Thätigkeit der Gewerkschafts-kommission. In der hierauf folgenden Diskussion bemängelten einige Redner den neuen Abstimmungsmodus, weil durch denselben die kleineren Gewerkschaften in ihren bisherigen Rechten beschränkt werden. Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde A. A. No 11 wiedergewählt.

Im Centralverein der Bureau-Angestellten sprach am 7. d. M. Max Kiesel über die „Verleumdungstheorie“. Redner polemisierte in entschiedener Weise gegen die diese Frage betreffenden Ausführungen Eduard Bernsteins, welcher infolge seines langjährigen Aufenthalts in England zu falschen Schlüssen über die deutlichen Ver-hältnisse gelangt sei. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, in der teils für, teils gegen Bernsteins Auffassung Stellung genommen wurde. Sodann fanden noch einige Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

Die Graveure und Ciseleure hielten am 5. d. Mts. Ver-sammlung ab. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegen-heiten hielt Grill einen kurzen Ueberblick über den nunmehr beendeten Streik der Ciseleure. Er behauptet, das kein glücklicheres Resultat als das vorliegende erzielt worden ist. Es folgt sodann ein interessanter Vortrag des Herrn Grempe über „Technische Er-findungen“. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Keilung giebt noch bekannt, daß am 19. d. M. ein Bibliothek-Abend stattfindet.

Die Konditoren hielten am 3. Dezember abends im „Englischen Garten“ eine Versammlung ab. Sillier referierte über Organisation und Arbeitsweise in unserem Beruf. Danach wurde Habel zum Er-jahmann in die Stellungsvermittlungskommission gewählt.

Die Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter Zahlstelle I hörten am 3. d. M. ein Referat Behrendts. Sodann wurde zu Gunsten eines erkrankten Mitgliedes eine Zellerksamlung vorgenommen, die 19,40 Mark ergab.

Der Konsum-Verein Berlin-Nordost hielt am 6. Dezember bei Lauder in Nordost seine Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl des Vereins von 67 Mitgliedern am Anfang seines ersten Geschäftsjahres auf 299 am Schlusse desselben gestiegen war. Zur Zeit ist die Zahl 400 bereits überstiegen. Der Umlauf betrug 23 977,76 M. Die Ankosten belaufen sich auf rund 11 Proz. des Umlages. Dem Reserve-fonds wurden 5 Proz. des Reingewinns zugeführt und ge-langen 5 Proz. Dividende = 1198,89 M. zur Verteilung. Am Anfang des zweiten Geschäftsjahres hatte der Vor-stand für die ersten vier Wochentage den Achtuhr- und Neunehruhr-löhne vollständige Sonntagsruhe eingeführt. Es hat sich diese Neuerung ganz gut bewährt, wenigstens ist ein Zurückgehen des Umlages nicht zu bemerken. In den Ausschichtat wurden gewählt: Rettungspediteur Thiele, Klempner Müller und Mechaniker Schmidt. Als Ersatzmänner: Schönburg, Waberke und Serida.

Wilmerdorf. Eine leider schwach besuchte Versammlung des socialdemokratischen Vereins tagte am 8. d. M. in „Wittes Volks-garten“, Berlinerstr. 40, und beschäftigte sich mit den bevorstehenden Kommunal- und Gewerbegerichts-Wahlen. Die Genossen beabsichtigen mit größter Energie in die Agitation einzutreten. Der Verein gründete eine Zahlstelle im Rohrstr. Lokal, Porzellan- und Porzellan-strafen-Gesellschaft und machte den Genossen Schramm zum Hilfskassierer. Die Ausgabe von Büchern findet am 17. und 27. Dezember, vor-mittags 9—10 Uhr statt. Die nächste Versammlung findet am 3. Januar statt und ist eine Generalversammlung.

Lichtenberg, Friedrichberg. In einer Volksversammlung am 7. d. M. sprach Stadthalter über das Thema: Was kann die Lichtenberger Arbeiterschaft von ihrer Orts-Krankenkasse verlangen? Redner erörterte die Bestimmungen des Gesetzes über die Kranken-versicherung und geißelte das Bestreben der Verwaltung hiesiger Ortskasse, nur das Mindestmaß der gesetzlichen Leistungen den Mitgliedern zu gewähren, während die Verwaltungsausgaben eine fast ungläubliche Höhe erreichen. In der Diskussion, an welcher sich neben einigen Genossen auch der Rentant der Kasse sowie einige Arbeiter, Vorstands-mitglieder, beteiligten, wurde festgestellt, daß der Rentant eine Tantieme von 6 1/2 pCt. bezieht und von den ca. 13 000 M. Ver-waltungsausgaben des letzten Jahres bei einer Mitgliederzahl von 4000 allein mehr als 7000 M. als seine Entschädigung erhalten hat. Außerdem ist der Rentant unter obigen Gehaltsbedingungen auf Lebenszeit und mit Pension angestellt!

In teilweise recht lebhafter Debatte darüber wurden die Mittel und Wege zur Abhilfe besprochen und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute Versammelten erachten es für eine Pflicht der hiesigen Arbeiter, darauf hinzuwirken, daß die Orts-Krankenkasse für den Gemeinde- und Ortsbezirk Lichtenberg besseres im Interesse der erkrankten Mitglieder leistet und daß eine Generalversammlung mit dem Antrag einberufen werde: Wie sind die Leistungen der Kasse zu erhöhen und die Ver-waltungskosten zu vermindern?“ Der Punkt „Kommunales“ rief einige bürgerliche Gemeindevertreter auf den Plan, die wohl zugaben, daß in der Gemeinde vieles besser sein könnte; aber wenn die Arbeiter schon heute sich über zu hohe Steuern beklagen, so würden doch weitere Verbesserungen und Einrichtungen, wie solche von den Ar-beitern verlangt werden, die Steuerlast noch erhöhen. Einige Ge-nossen übernahmen es, die socialpolitische Weisheit des Herrn ins rechte Licht zu rücken, und wählte die Versammlung nach eingehender Besprechung ein Wahlkomitee von fünf Mitgliedern, bestehend aus Kette, Weispflug, Seitel, Parmann und Grabis, mit der Aufgabe, den Beschluß des socialdemokratischen Wahlvereins, an der Gemeinde-vertreterwahl selbstständig teilzunehmen, zur Ausführung zu bringen.

In der Versammlung der Möbelpolierer Niddorf vom 4. d. M. referierte Schramm über „Die Bedeutung des mensch-lichen Lebens“. Sodann wurde der Streik von Laborenz, Ansebed-strasse, erörtert. Dasselbst sollten die Kollegen, trotzdem der Herr Laborenz ihnen einige Wochen vorher das gegenteilige Versprechen gegeben hatte, wiederum Ueberstunden machen, und zwar mit der Drohung, diejenigen, welche sich dem nicht fügen, nach Weihnachten aufs Plaster zu legen. Auch wollte er außerdem seine Fabrik durch diese lähne That vor weiteren „Hegezeiten“ sichern. Hierdurch fühlten sich die Kollegen veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Es wurde be-schlossen, zunächst die Verhandlungen mit der freien Vereinigung der Holzindustriellen, deren Mitglied Herr Laborenz ist, abzuwarten, ehe weitere Schritte gethan werden.

### Briefkasten der Redaktion.

- Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.  
Noch 39. Druckfache dankend erhalten. Bilder noch nach Wei-nehmen erhältlich.  
Wetteude. Rich unrichtig.  
Z. 72. Auch für Sie ist es angebracht, die Afte auszufüllen und ein-zufenden.  
A. Sch. Wenden Sie sich an den Kinderstuh-Verein, Bureau Wilhelm-strasse 10, Hof I, 2 Tr.  
A. P. 100. Wenn in Ihrer Police nicht das Gegenteil ausgemacht ist, müssen die 84 M. zurückgezahlt werden. — Alter Abonnent G. Die Gehraun hat nur bei etwa bestehender Gütergemeinschaft für ihres Mannes Geschwanden. Wer Berlin als ersten Wohnort nach geschlossener Ehe gewählt hat, lebt außer Gütergemeinschaft. — Niddorf 22. Sie konnten nur auf Heranzugabe klagen; Diebstahl liegt nicht vor. — G. 110. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — Leppla. Sie sind zur Zahlung der Steuer verpflichtet. — G. 24. 58. Sie müssen die Steuern bezahlen. Es ist die Ansicht, daß man innerhalb 24 Stunden von einem Vertrage zurücktreten dürfte eine durchaus unrichtige. — Typo 00. Soweit ersichtlich, könnten Sie ein Patent beantragen. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — G. 6. 1. Sie müssen sich an den Vorstand des Waisenhauses wenden. 2. Sie sind zur vollen Zahlung in Gemäßheit Ihres Vertrages verpflichtet. Der Verkäufer kann auf Heranzugabe klagen. — Kulefischerer Stempel 3. Nein. — M. 21. 1. Gena 20—50 M. 2. Ja, durch einen Rechts-anwalt. 3. Ja. 4. Die Gerichtskosten werden durch die Gerichtskasse, die dem Gegner zu erlegenden Kosten durch einen Rechtsanwaltsbelegter beigetragen. 5. Ein solcher Vertrag wäre eine unglückliche Entscheidung. 6. Ja. 7. Ueber den Umfang der Beweisannahme entscheidet das Gericht durch Beschluß. — A. M. 99. Wenn der Arbeiter will, kann er seinen Lohn selbst-verständlich so lange aufheben lassen, wie er will. Sie wollen wohl aber etwas anderes auskunft haben? Sprechen Sie gelegentlich in der Sprech-stunde zur Klarlegung vor. — G. 24. Auf Antrag des Klägers können Sie, wenn dieser den erforderlichen Vorwand liefert, zwecks Verhängung des Offenbarungsbekandes verhaftet werden. — Z. 24. 59b. Ein Straf-auspruch wegen Verleumdung kann wirksam nur innerhalb drei Monaten nach erhaltener Kenntnis von der Verleumdung gestellt werden. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre. — B. 2. 21. 2. Ein solches besteht hier nicht. — 64215. Es ist unmöglich, den Namen des Gerichtshofes zu entsiffern, über den Sie Auskunft haben wollen. — S. B. 14. Ja. — G. 21. 17. Nein. Die Witwe hat aber ein Recht auf Rückzahlung der Hälfte der Liebesmarke. — M. G. 97. 1. Ja. 2. Nein. 3. Das Weib nennt da seinen bestimmten Betrag; es muß dem Schuldner bei Pfändung wegen Ansprüche aus auferheblichem Beschluß das für ihn und seine Familie Er-forderliche belassen werden. 4. Ja. — Goldberg. Die Polizei ist in Ihrem Falle im Recht, falls sich das Vergehen nicht in der That auf einen be-stimmten Verortenskreis beschränkt haben sollte. Sollte letzteres aber der Fall gewesen sein, so legen Sie Beschwerde ein und erheben eventuell Klage. — B. 2. Ja, zum 1. April 1900 konnte der neue durch Ersetzung in Zwangsabstaktion Eigentümer gewordene Eigentümer sündigen. — P. Hinge. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Sie bedürfen der vollen Konzeption. — A. D. Wallstrohe. Rein.

Heute früh 1/2 Uhr ist mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schnei-dermeister 17406

**Robert Rohde**  
im 50. Lebensjahre nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen.  
Dies zeigt betrübt an  
Frau Auguste Rohde nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 14. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalem-Kirch-hofs, Hermannstraße, aus statt.

Als Vermählte empfohlen sich  
**G. Witzel.** 13415  
**A. Schrinner.**

**Hermann Glaab**  
nach kurzem Krankenlager am Sonnt-ag am Gehirnschlag verstorben ist.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
Familie Glaab, Georg Kling.  
Die Beerdigung findet am 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege (Klavier-Arbeiter)  
**Hermann Glaab**  
am 10. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch-nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
279/31. Die Crdbewaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Hermann Glaab**  
infolge eines Gehirnchlages am 10. d. M. verstorben ist. 13448  
Die Beerdigung findet am 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.  
Die Kollegen  
der Pianofabrik von L. Schmidt.



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.** Dienstag, 12. Dezember. Opernhaus. Don Giovanni. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Emilia Galotti. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Der Professor. Anfang 8 Uhr. Neues. Gegen den Strom. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Busch und Reichenbach. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Kurbad. Centrum. Anfang 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Der Weltumranger. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die Venus von der Markthalle. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Schauspiel des Schiller'schen Bauern. Anfang 8 Uhr. Metrop. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr. Palast. Suisen im Bade. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Stenografie. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Transvaal. Hiermit: Der dunkle Erdteil. Anfang 8 Uhr. Vorkauf: Dr. Nass: „Gold und Silber“.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
Transvaal.  
Vorher: Der dunkle Erdteil.  
Hörsaal: Dr. Nass: „Gold und Silber“.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
Neu!  
Anatomisch.  
Museum.  
Dienstags für Damen.  
Passage-Theater  
Beginn des Konzerts 8 Uhr.  
Vorher: 7 Uhr.  
15. Orchester. Deb.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Präsident von Transvaal  
„Ohm“ Krüger  
und  
General Joubert  
mit kriegsgerüsteten Boeren.  
Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Dienstag, den 12. Dezember:  
Große Jubiläums-Vorstellung.  
Zum 75. u. letzten Male:  
Die allabendlich mit großem Jubel aufgeführte Belagerte Stadt.  
Suisen im Bade.  
Dazu das riesengroße neue Weihnachts-Programm!  
Ein Morgen in Süd-Afrika.  
Große urkomische Pantomime.  
The Alfredo. Olympische Spiele.  
River-Truppe. Angenehme Altkosten.  
Anfang: 7 1/2 Uhr. Deffnung 6 1/2 Uhr.  
Vorverkauf von 11-1 Uhr.  
Vorstellungsgarten gültig.  
Morgen, Mittwoch, zum ersten Male:  
Gente von Heute.  
Große Berliner Lokalposse mit Gesang.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Die Richter.  
Schauspiel in 4 Akten nach Conrad Ferd. Meyer von Roman Börner.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male: Das Käthchen von Heilbronn.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das Käthchen von Heilbronn.

**Central-Theater**  
Direktion: José Forenczy.  
Die Geisha.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:  
Der Bettelstudent. Von G. Müllers.

**Thalia-Theater.**  
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.  
Vorherige Woche:  
Der Platzmajor.  
Thomas, Thiloischer, Helmerding, Junkermann.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Der Platzmajor.  
Freitag, den 15. d. M., zum Selten der Stiftung: „Nationalbank für Veteranen“, einmalige Aufführung von: „Der Millionendauer“, Rolle: Emil Thomas.

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Vorherige Aufführung:  
Der Weltumranger.  
Großes Knackentheater mit Gesang in 3 Akten (15 Bildern) von Dir Carl Weiss und Jof. Pfl.  
Musik von H. Wichter.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorstellungsgarten gültig.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.  
Liane de Vries.  
Das brill. Dezbr.-Specialität-Programm.  
Um 7 1/2 Uhr:  
Rund um Berlin.  
Anfang 8 Uhr.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4 n.  
Dienstag:  
Hoffmanns Norddeutsche Säger.  
Zum ersten Male:  
„Landwehmanns Weihnachten“.

**Maehrs Theater**  
Oranienstr. 24.  
Täglich:  
„Mit vollen Segeln“.  
Lebensbild  
in 3 Akten von Hugo Schulz.  
Vorher: Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Bons wochentags gültig.

**W. Noacks Theater,**  
Schnittenstraße 16.  
Die beiden Reichenmüller.  
Bolkstück mit Gesang in 4 Akten von Anton Kimo.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
Tanzkränzchen.

**Reichshallen.**  
Stettiner Säger.  
Zum Schluss:  
„Tenoristen-Vogel“.  
Tageslosse 11-1.  
Anf. präc 8 Uhr.

**Cirkus Alb. Schumann.**  
Heute, Dienstag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Vorstellung.  
Ganz hervorragendes Programm.  
Aufzutreten sämtlicher neu engagierten Kunstkräfte.  
Vorführung der neuesten Original-Dressuren des Direktors Albert Schumann. Der Schöpfer und Erfinder aller neuen Dressuren.  
Nur noch kurze Zeit:  
Die Original-Transvaal-Boeren.  
Zum Schluss zum 24. Male: Der erste Schläger der Saison. Größtes Ritterkutschentheater.  
**Schwarz und Weiss**  
mit sämtlichen Einlagen

**American-Theater.**  
Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.  
„Berlin ulkt!“  
und 10 erstklassige Debüt.  
In Vorbereitung:  
„Berliner Boulotte“.  
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.  
**Cirkus Busch.**  
Heute, Dienstag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.  
Soirée Equestre.  
Zum 33. Male:  
Die Camorra.  
Von der gesamten Presse als das größte und imposanteste Sensations-Schauspiel des Jahrhunderts anerkannt.  
Außerdem: Frä. Lola Lee, Schulführerin. Die Ritter-Turniere des Mittelalters, geritten mit 25 Schulpferden. Stad u. Milton, Klatschdore auf Hoch. Hoch. Reiterinnen-Botspauri. Miss Clementine, Miss Ann Marie, Miss Darling, Frä. Prohaska u. Frä. Schulz. Clown Daniels als Zauberer.  
Morgen, Mittwoch, den 13. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr: Sports-Abend.  
Am Sonntag, den 24. Dezember (Heiliger Abend): Zwei große Vorstellungen: Nachmittags 3 Uhr und abends 6 Uhr. Ende präc. 8 Uhr.  
Der Cirkus ist sehr gut geheizt und vor Zug geschützt!  
Schönstes Weihnachtsgeschenk.  
Schauspielpferde,  
auch zum Jahren verstellbar, 70 cm hoch, mit Leder eingekleidet, abnehmbar. Lederstiel, Streichholz z. z. u. 6 RM. ab. Bahn hier per Nachnahme oder Vorkaufsendung. Otto Sanderhau, Holz- und Pferdefabrik, Rautenstra. 1. 2.

**Konrad Friese**  
Müllerstr. 4  
am Wedding.  
Großes Lager in  
Uhren, Uhrenteilen, Gold- und Silberwaren,  
Optische Artikel, Brillen, Thermometer, Theatergläser, Musikwerke, Spielzeug, Tausende von Studien spielend, von M. 6.- an, zc. (3161)

**Fritz Linke, Zimmerstr. 33.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Dienstags: Frische Blut, Feder- und Grahmstr.  
25611

**Natur-Heilverfahren.**  
Ich heile  
ohne Berufshilfe alle Nerven- und Frauenleiden, ebenso Rheuma- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung.  
30450

**Fr. C. Henke,**  
Rathenowstr. 49, 1. Ecke  
Perlebergerstrasse.  
Sprechstunden 9-2, 5-9,  
Sonntags 9-2. Bei Vorlegung  
der Verbandskarte 10 Proz.

**Oberbruch-Mast-Gänse**  
erhalten wie täglich frisch geschlachtet und stellen solche zum billigsten Preise zum Verkauf.  
31460

**A. Klein & Co.,**  
Matthias-Wedding, Stand 19.  
Kranzhändler u. Blumenhandlung von (2474)

**Robert Meyer,**  
No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
Wohnungs-Kränze, Garlands, Ballkränzen, Bouquets zc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 135 des mit dem 1. Januar 1900 in Kraft tretenden Invalidenversicherungs-Gesetzes verliert eine Leittungskarte ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte bezeichneten Ausstellungsdatum zum Umtausch eingereicht ist.  
Diese Vorschrift findet auf alle bis jetzt ausgestellt und künftig noch auszustellenden Leittungskarten Anwendung.  
Wir erlauben daher diejenigen Besizerinnen, welche sich noch im Besitze einer vor dem 1. Januar 1898 ausgestellten Leittungskarte befinden, diese Karte sofort und jedenfalls bis zum 30. Dezember 1899 dem zuständigen Polizei-Revier zur Aufrechnung und zum Umtausch vorzulegen.  
In den Jahren 1898 und 1899 ausgestellte Leittungskarten sind spätestens zwei Jahre nach dem Tage der Ausstellung zur Aufrechnung und zum Umtausch zu bringen, z. B. eine am 4. Januar 1898 ausgestellte Karte spätestens am 4. Januar 1900.  
Kosten erwachsen den Inhabern durch die Aufrechnung der alten und Ausfertigung einer neuen Leittungskarte nicht.  
Berlin, den 6. Dezember 1899.  
Der Vorstand  
der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.  
Dr. Freund. Dr. Sträter.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).  
Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117 bei Bräuer:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Warm über: „Das neue Invaliditäts-Gesetz“.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Gäste haben Zutritt. Beiträge und Aufnahmen werden nur vor dem Vortrage entgegengenommen.  
Der Vorstand.

**Achtung! MAURER. Achtung!**  
Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29:  
Mitgliederversammlung der Zahlstellen Berlins u. Umgegend  
des Centralverbandes deutscher Maurer.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen D. Räther über: „Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter in der Gegenwart“.  
2. Berichterstattung über die 5. Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 3. Beschlußfassung über die weitere Sammlung zum Streikfonds sowie über die Abkämpfung der Sammelkarten. 4. Verschiedenes.  
Die Verhandlungsleitung. J. A.: Karl Panser.

**Achtung, Brauer!**  
Der Arbeitsnachweis und die Herberge der Brauer Münchens befindet sich von heute an im Restaurant Fendt, Goethestr. 17, n. d. Centralbahnhofe. 1287b  
Die Herbergskommission.

**Bekanntmachung.**  
Orts-Krankenkasse der  
Meßerschmiede u. Berufstiger  
chirurgischer Instrumente  
zu Berlin.  
Das revidierte Statut ist genehmigt und tritt vom 17. Oktober 1899 in Kraft. Die Zustimmung desselben erfolgt an die Mitglieder durch die Herren Arbeitgeber. 1340b  
Der Vorstand.

**Umsonst erhalten Sie**  
100 Postwitzkarten  
oder 50 Künstlerkarten, wenn Sie 1 Sortiment  
Gratulationskarten, bestehend aus Seiden-, Zug- und Bäckerkarten etc., elegant ausgeführt, für den Preis von 6,50 M. pro 100 Stück, bei Abnahme von 200 Stück 12.- Mark, von mir beziehen. Außerordentlich konkurrenzfähig. Reelle Geschäftsführung Prinzip. Versand gegen Nachnahme. 3141L

**Natur-Heilverfahren.**  
Hent-, Genu- u. Blasenleiden,  
Frauen-Krankheit, heilt sicher  
ohne Berufshilfe. (31882)  
R. Wagner, Galtstraße 23,  
9-25-9, 21-9-2

**5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.**  
H. Albrecht's  
Bäckerei  
Wrangeistr. 9. Krautzstr. 19.  
Kaltensteinstr. 28. Vankstr. 2.  
Wesphale Ofen von 3 M. an;  
Oberbrucher Gänse Pfd. von 45 Pf. an; Selbst eingel. Komposte, anerkt. f. im Gewicht, Pfund 40 Pf.;  
Speck 55 Pf.; 1/2 Feine u. Land-  
Leberwurst Pfd. 75 Pf.; feine u. feine Fleischwaren zu bill. Preisen; Viqueur u. Cognac empfohlen; wert und billig empfiehlt G. Dudda, Admiralstr. 8.

**Neujahrs-Cigarrenspitzen**  
In großer Auswahl, bestehend von 40 Pf. an, auch sozialistische mit Portrait von Lassalle, Marx, sowie jede Desiderata. B. Günzel, Lothringenstr. 82.  
In größter Auswahl.  
Trautinge 2 Tafeln 21 Pf. 21 Pf. Herrentaschen v. 12 Pf. an.  
Schwand  
Leweck, Uhrmacher, Fennstrasse, Währstr. 175.

**Zähne 2 M.**  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schwarzes Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentlich 1 M.  
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.  
Neu eröffnet. Angenehmer Aufenthalt.  
Café-Lokal S. Berger, Schönl. Straße Nr. 17, Ecke Alte Jakob-Str.  
Kaffee 10; Tee, Milch 10; Chokolade 15; Kalte 20; Weiß- u. Bayer. Bier Glas 10; Billard Stunde 40. Große Zeitungsauswahl. Barne Spielen zu jeder Tageszeit. 32652

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Morgen, Mittwoch, den 13. Dezember 1899, abends 8 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75:  
**Versammlung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Friedrichsfelde.  
Donnerstag, den 14. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Dube, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 30:  
**Bezirks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Warnefeld. 2. Bericht der Bezirk-Kontroll-Kommission. 3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. 279/12

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Charlottenburg.  
Dienstag, 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Leder, Bismarckstr. 74:  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung der Ortsverwaltung? 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Gewerkschaftliches. 117/17  
Die Mitglieder sind mitzubringen.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Die Bezirksleitung.

**Centralverband der Maurer Deutschlands**  
(Zahlstelle I. Berlin).  
Mittwoch, 13. Dezember, abends 6 Uhr, in den „Arminenhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
135/4  
Die in diesem Jahre aufzunehmende Statistik und wie wird dieselbe am besten durchgeführt.  
Im Auftrag der örtlichen Verwaltung: Franz Schatz.

**Achtung! Rabitzputzer.**  
Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
der  
Zahlstelle III des Centralverbandes der Maurer u. verw. Berufsg.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu den Verhandlungen bei Schulte und Wagenmeist. 2. Berichterstattung des Delegierten von der Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 3. Verschiedenes. 264/6  
Die örtliche Verwaltung.

**Achtung! Achtung!**  
Sonntag, 17. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Feenpalast (Eingang Wolfsgangstraße):  
**Mitglieder-Versammlung**  
der  
Deutscher Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verwandten Gewerbe.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Wärm: Die im Jahre 1900 in Kraft tretenden Neuerungen des Invaliditätsgesetzes. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für 1900. 3. Verschiedenes. 1337b  
Event. Vorschläge von Kandidaten sind zu richten an Die Orts-Kommission. I. A.: Karl Geisler, Köpenickerstr. 123.

**Holz- u. Bretterträger Berlins**  
und Umgegend.  
Große öffentliche Versammlung  
am Mittwoch, 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralftr. 18c. 84/18  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Lohnkommission.

**Rixdorf, Bauanschläger!**  
Dienstag, den 12. Dezbr., abends 7 Uhr, bei Thomas, Hermannstraße 48:  
Große öffentl. Versammlung.  
Die Kollegen Rixdorf und Umgegend sind hierzu besonders eingeladen.  
10/6  
Die Lohnkommission.



# Sehenswürdigkeit



# Ehe

Die ich für meine Kunden zu Weihnachten umsonst verlosen werde. Jeder Käufer von Mk. 1.- an erhält ein Los umsonst!

**Die Trauringe, Uhren, Goldwaren** kaufen, so beschaffen Sie meine Schaufenster **Brückenstraße 15a.** Jeder Gegenstand ist deutlich mit Zahlen und Buchstaben bezeichnet.

**H. M. Tomechna,** Brückenstraße Nr. 15a, an der Köpnickstraße. Besorger dieser Annonce erhalten beim Kauf 5 Proz. Rabatt.

**Sächsische Strumpf-Fabrik**  
Niederlage, Verkaufsstelle Rixdorf:  
**Georg Jonas, Bergstr. 49.** Auf Wunsch Preisliste.

**Reinhold Wankel,** Brunnenstraße 163, Berlin N., nahe der Anklamerstrasse, empfiehlt sein reichhaltiges Lager **Brillanten, Uhren, Gold-, Silber- u. Alfenidewaren**

**Herrn-Uhren** mit Goldrand 7 Mark,  
**Goldene Damen-Uhren** starke Gehäuse, von 20 M. an,  
**Gold. Herren-Uhren** von 35 Mark an bis zu den feinsten Stücken, unter 3jähr. schriftlicher Garantie.

Grossartige schöne **Schmucks** in Opalen, Smaragden, Türkisen und Perlen.  
**Goldene Ketten,** 8- und 14karätig, nach Gewicht.

**Gegen Gicht.**

**DAS BESTE**  
**"APENTA"**  
OFENER BITTERWASSER

Bei Verstopfung. Bei Fettsucht.

Käuflich bei allen Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort: fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**

**Möbel** auf Teilzahlung Teilmann, Pringensstraße 62. 11676\*

**Möbel, Bar und Teilzahlung,** billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße. 2872\*

**Strohdecken** am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11065

**Vorjährige elegante Winterpaletots** und Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7495

**Westschroth, Schürzen, Damens.** G. Kramer, jetzt Wallstraße 16.

**Schirme,** nur eigenes Fabrikat, billigst. Reparaturen, Bezüge schnellstens. Gutmann, Bräun-Allee 4 und Königstrasse, Bahnhof Alexanderplatz. 12215\*

**Paradegeute** Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7505

**Winterpaletots, Anzüge,** billig. Wandlische Reichenstraße 6.

**Winterüberzieher,** schlanke, 12,00. C. W. Bethel-Allee 57 IV, 12-1. 13426

**Remontirungen, Regulatoren,** Eperngläser, spottbillig. Wandlische Reichenstraße 6. 1397\*

**Betten, Strohdecken, Gardinen** spottbillig. Wandlische Reichenstraße 6.

**Leppiche, Bettvorleger, Vorhänge** spottbillig. Wandlische Reichenstraße 6.

**Empfehlungswert** für jedermann. Kommode 13,50. Kleiderständer, edel mahagoni, 28. Tischspind 24. Sofa 22. Bücherständer 27. Truhen 48, sowie komplette Büchereien sehr billig. Brunnenstraße 30, Widdellager. 13115

**Muschelmöbel, Ruhbaum, Stube,** Küche, spottbillig, auch einzeln. Gartenstraße 32A vorn I. links. 770\*

**Bettstellen mit Muschelaufflag** 18, einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten, sowie aufgebessert mit neuen Bezügen. Möbelgeschäft Anklamerstraße 20.

**Plano, 360 Mark,** verkauft. Bergstraße 58, II rechts. 13215

**Strickmaschinen,** bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Wredeker, Engelstraße 20. 18715\*

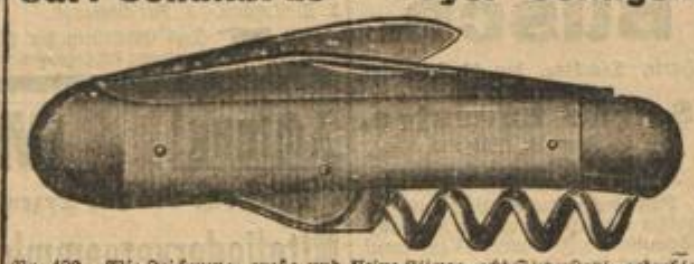
**Fahrräder,** Teilzahlung, mögliche Anzahlung, direkt aus Fabrik. Lager von 400 Maschinen, gebrauchte Fahrräder stets vorrätig. Imperial Fahrradwerke, Diefenbachstraße 33. 18\*

**Harzer Kanarienvogel, Vidschläger** a 5-10 Mark. Versand gegen Nachnahme auf Probe. G. Stedman, Rademühl. 13455

**Kanarienvogel** verkauft. Fr. Weinbaum, Bergmannstraße 21. 11065

# Die schönsten Weihnachtsgeschenke für Jung und Alt zu bekannten billigsten Preisen.

Empfehle allen Genossen mein reichhaltiges Lager in bester Qualität **Zollinger Zigarren, Kataloge gratis und franco.** Zahlreiche Anerkennungen. Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Kassa. Arbeitervereine erhalten auf jede Bestellung 10 Proz. Rabatt.



**Carl Schallbrunn, Weyer-Solingen.**

# Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

**Passende Weihnachtsgeschenke**

in nur guter Ausführung und jeder Preislage. **lange Damen-Uhrketten** sowie Herren-Uhrketten massiv Gold und Weißgold. Gefertigt gefasste Trauringe in jedem Gewicht und Feingehalt. 31482\*

**Passende Weihnachtsgeschenke**  
**Verstellbare Schlafmöbel.**  
Bettsofas ein- u. zweifachteilig, äußerst bequem zu handhaben.  
**Bettstühle, Chaiselonguebett** mit verstellb. Kopf- u. Fußteil mit elast. Sprungfederpolster, von 16,00 M. an, mit Bettdecke bis 55 M. Eisernen Bettstellen für Erwachsene u. Kinder. 30682\*

**Chr. Haasler, Tapezier, Köthenerstraße 27.**

# Schul-Tornister

**Kindleiderne (ohne Kappe) 5,50 M. pro Stück.**  
Notenmappen, Kollegmappen, Frühst.-Taschen etc.  
**C. A. Flemming,** Reuthstr. 11, am Spittelmarkt. Gegr. 1828. 32120\*

# Jede Dame spart Geld.

Um zu räumen **Damenmäntel** bedeutend unter Herstellungspreis.  
**Eine Partie Jacketts** verschärft gestickt, in Pelzbesatz, auf jetzt 4-15 M.  
**Eine Partie Capes** gestickt a. Stoff, Krümmen, hocheleg. jetzt 5-10 M.  
**Eine Partie Abendmäntel** aus Stoff u. Wat. Pelzbesatz 5-35 M.  
**Eine Partie Seidenpaletots** in all. Länge, Sei- fr. 20-45 M. Eine Partie besteht u. Pelzbesatz, jetzt 15-30 M. C. 8 M. im Engros-Lager

**Landsbergerstr. 59 (eine Treppe) Max Mosczytz.** Sonntags geöffnet bis 8 Uhr abends.

# Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

**Fr. C. Schulz,** Landsbergerstr. 41 I, Teilzahlung gestattet.

# Bahnärztliche Poliklinik

**Unbemittelte.** Sprechstunde von 8 1/2-9 1/2, und 12 1/2-1 1/2 Uhr.  
**Chicla, Elisabethstraße 24.** 30340\*

# Berliner Leihhaus!

**Uhrenhandlung, 41, Andreasstr. 41, Uhrenhandlung.** Geöffnet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

# Glaseri u. Vereinsgeschäft

**Max Richter Grüner Weg 65.** Empfehle mein Lager von sämtlichen sozialistischen Büchern u. Västen nebst Einrichtung, auch Kupfer- u. Stahlklischee. Buchillustration. 31582\*

# Carl Schloss

**Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstrasse.**

# MAGGI

**Lösl, Frühstücks-Suppen, Gemüse- und Kraftsuppen, Bouillon-Kapseln, Suppen-Würze**

Nährhaft, wohlgeschmeckend, billig, sofort herstellbar. Empfohlen von **Bruno Wegner, NW, Birkenstrasse 20.** Eignen sich als praktische Weihnachtsgeschenke ganz besonders!

# Wer will

billige Weihnachtsgeschenke kaufen? Durch Einkauf v. großen Posten auf Auktionen und von Konturmassen verkaufe ich hochlegante Winter Paletots von 8 M. 50 Pf. an. **Hohenzollern- und Velerinen-Mäntel** von 5 M. 25 Pf. an. **Kaiser-Mäntel und Joppen** von 6 M. 75 Pf. an. **Hochfeine Rod- und Jodett-Anzüge** von 12 M. 50 Pf. an. **Leber- und Arbeitshosen** von 2 M. 25 Pf. an.

# Gustav Lucke, Gelegenheitskäufe

**Berlin, 131 Oranienstr. 131.**

# Lauscha.

Die Genossen aus Lauscha werden **Glas-Christbaum, Ajmud,** das Wohlthun unter Nachnahme franco für 5 M., enthalten nur höherer, fein verarbeitete und bemalte Rosenkranz, auch kleinerer, Perlengelenk, Glas, Gloden, Baumspitzen und Früchte aller Art usw. Als Beilage eine Vertheilung-Cigarettenspitze aus Glas mit der eingedruckten Photographie von Hebel oder Liebknecht. Für völlige Zurückzahlung des Käufers wird garantiert. Man schreibe an **Guido Müller jun.,** Lauscha i. Th. 31352\*

# Verkaufsstellen für Berlin:

**Fritz Zubeil,** Reichenbergerstraße 182 G. I. I. Konsumverein Berlin-Nord, Vintaplatz 1.

# Für 36 Mark

fertige kleine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark kleine Hosen nach Maß. 31002\*

# Preißfohlen

beste Senfendrucker, verk. zu billigsten Preisen wegen Aufgabe des Platzes Bahnhof Roßhof, Luisenpark 88, Telefon Amt II 254. 12805 Herrmanns Kohlenlager.

# Weihnachts-Ausverkauf!

**Puppenwagen** anseherndent, **Kinderwagen** lieb billig!, **Sportwagen** 12805

# Wannentherapie

Mein Wannenheil wirkt nicht u. schnell nicht, nicht aber wunderbar, wie aus folgenden der Anweisung zu verstehen ist. Zu beziehen von **Paul Koch, Helfferstr. Nr. 41 1/2** Winter-Verkauf in Deutschland.

# Blumenhandlung

und Krautbinderei von **Otto Krabe** 19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Wundmittel, Kräutler, Anilinfarben, Topfgewächse aller Art.

# Kleine Anzeigen.

**Restaurations** fränkischerbader zu verkaufen. Auskunft: Hofwaldt, Wilmersstraße 56, abends 6-8 Uhr.

**Uhren, Goldwaren-Versand,** Teilzahlung, Bestellungen brieflich. P. Bogd, Auguststraße 92.

**Mollerei,** große Zukunft, verkauft billig. Ertragen Neu-Viktoria, Wilhelmstraße 84, Restaurant. 700\*

**Rechtsanwälte, Brodhans, Brehm** und andere wissenschaftliche Bücher verkauft und befreit Antiquariat Kochstraße 55 I. 2572\*

**Zwei Regelmäßig, drei Vereinszimmer** Sonnabends, Sonntags frei. **Bayer, Kreuzbergstraße 43.** 4130\*

**Vereinszimmer** empfiehlt Vier, alte Jakobstraße 119. 2882\*

**Cransichstraße 108,** Bierhaus zum Erlanger, großer Mittagstisch mit Bier 50 und 75 Pf. und Abendstisch zu eckigen Preisen. 2894\*

**Zahl** noch einige Sonnabende frei, **Baderstraße 67, Brauerei-Kaufhaus.**

**Verkauf,** Meyer, Brodhans, Brehm, Bredem, Handweins, Lagerweins, Rumelien, Gold, Silber, Warenposten, Wäsche, Garderoben befreit, taufstabelhaft hoch Grünberg's Weinhaus, Rosenhalestraße 11/12. 791\*

**Milch- und Kolonialwarengeschäft** sofort billig verkaufen, passend für einzelne Leute. Ertragen Reichenbergerstraße 158, Milchgeschäft. 13395

**Zither, Konzert-Zither** billig zu verkaufen. Stiller, Gräfenstraße 33.

**Konturmassen-Kaufverkauf** Potsdamerstraße 69. Gardinen, Fenster 98 Pf., Sofateppiche 4,50, Zimmer-teppiche 7,00, Salonteppeiche 15,75, ganz wollene Strohdecken 2,00, Portierenshose, Meter 35 Pf., hochlegante Vorhänge 2,50, Brocattstüchchen 1,75, 2,25, Plüschdecken 5,10, Dombentisch 14 und 20 Pf., Bettstellen Meter 35 Pf., Bettdecken 42 Pf., Latencissen ohne Rohst 48 Pf., Leinwand Meter 25 Pf., Handtücher 10, 15, 20 Pf., Servietten 15 Pf., Tischdecken 45 Pf., Kaffeetische 68 Pf., Bettbezüge fertig 1,25 und 1,75, Normalhosen 78 Pf., Normalhosen 68 Pf., Normalhosen 58 Pf., seidene Unterröcke 3,50, Wintermieder 88 Pf., 1,10, 1,50, 1,85, Herrensäcke spottbillig, Schlafdecken 1,10, Tisch, Kleiderbrett 2,95, Kaufshoff Meter 21, 25, 30 Pf., Tischdecken 1/2 Doyen 63 Pf., Strumpfwaren spottbillig. Damenhemden 62, 65, 88 Pf., Damenjassen 88, 95 Pf., 1,10, Damenkleider 82, 95 Pf., 1,15, Wirtschäftskörzen 20, 28, 35 Pf., Kleiderkörzen 1,75, 2,10, 2,45, Ganzwollene 6 Meter-Koben 2,88, 3,30, Sommerkleider, 6 Meter, 1,08, 1,75, 1,90, Sommer-Koben, 6 Meter, 1,50, 1,90, 2,10, Balkoben 2,70, 3,60, 4,78. Alles nur, so lange der Vorrat reicht.

**Vereinszimmer** mit Piano zu vergeben. Wilhelmshafenstraße 19.

**Bade-Anstalt** Köpnickstraße 60/61, an der Wilhelmshafenstraße. Bäder jeder Art für künstliche Krankentassen.

# Vermietungen.

**Schlafstellen.** Schlafstelle Bahmannstraße 33, Witwe Gostinad. 1336b

# Arbeitsmarkt.

**Stellenangebote.** Für unsere Stoffhupf-Fabrik in Bernau suchen einen tüchtigen Dreher zum sofortigen Eintritt. Meldungen 12-1 u. 7-8 Uhr bei Levinger & Co., Berlin O., Wolfstraße 4. 1350b

**Tüchtige** Buchbinder, verlangt. Diefenbach, Forsterstraße 47 I. 1343b

**Zu Arbeitsmarkt** durch besondern Druck herausgehobene Anzeigen sollen 10 Pf. pro Zeile.

# Deckenrohre

werden eingeholt bei **Wiese, Stephanstr. 33.**

# Warum sind die Zähne so teuer?

Besonders durch das Abzählungsweisen. Reisende müssen von Hand zu Hand gehen und die Leute zur Herstellung von Zähnen überreden. Jede jeden Knaben erhält der Reisende ca. 10 M. Provision. Ferner bei tourist der Reisende 10 Prozent der einfließenden Gelder. 31302\*

**Wer muß dies alles bezahlen? Doch nur der Patient!**

Damit auch der Unbemittelte etwas für seine Zähne thun kann, berechne ich: **Flouren 1 M.,** schmerzloses Zahnziehen 1 M., Reparatur 2 M., **Zähne 1,50 Mark.**

Die besten Kosten dem Zahnarzt nur ca. 50 Pf., u. zahlst 100 M. Befolgung, wer nachweilt, daß die Zähne für die andere 3. 4 u. noch mehr Mark nehmen, besser sind.

# E. Fuhrmann,

jetzt Rastanien-Allee 75, I. Sprechst. 9-7 Uhr, Sonnt. 9-2 Uhr.

# Möbelstoffe!

auch Beste! alle Qualitäten auf fallend billig.

Calogonheitskauf! Mocquet-Pflanze, 150 Ctm. hoch, p. Metz. 5 M. 35 Pf. Muster 5. näherer Angabe franco. **Berlin S., Emil Lefevre, Oranienstr. 158.**

# Zu Weihnachtsgeschenken selten günstiger

# Gardinenkauf

bei **Bruno Güther** aus Plauen i. Sachsen, Gegr. 1869. (Hofl. Sr. Hoh. Herz. v. Sachs.-Altenb.) 80, Gräner Weg 80, parterre, Eing. v. Flur (Kein Laden); **Engl. Tüll-Gardinen** von den billigsten bis zu den elegantesten. Neueste Gewebe und Muster in Tüll, Tüllspachtel, Mull mit Tüll und Mull-Gardinen (auch Reste). Proben nach ausserschick kostenfrei.

# Fort mit den Warzen!

Mein Warzenmittel wirkt nicht u. schnell nicht, nicht aber wunderbar, wie aus folgenden der Anweisung zu verstehen ist. Zu beziehen von **Paul Koch, Helfferstr. Nr. 41 1/2** Winter-Verkauf in Deutschland.

# Blumenhandlung

und Krautbinderei von **Otto Krabe** 19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Wundmittel, Kräutler, Anilinfarben, Topfgewächse aller Art.



**Lokales.**

**Heinrich Heine in Berlin.**

Der Streit, ob Heine 1707 oder 1709 geboren, nimmt zwar nicht die brüdermörderische Schärfe an, wie der Streit um den Beginn des Jahrhunderts; aber manchen Berliner Dunderdickwäzge hat auch die Erörterung dieser Frage schon verschlungen. Wer verständlich ist, läßt es auf zwei Jahre mehr oder weniger nicht ankommen und giebt dem Schall von Dichter recht, der es für das wichtigste hielt, daß er überhaupt auf die Welt gekommen war. Man hat vor zwei Jahren, je nachdem man den Sieg der Dunkelheit oder des Lichtes wünschte, Heine für den Abschamm der Menschheit erklärt oder ihn als den unvergleichlichen deutschen Dichter gefeiert, und man spricht jetzt, wo die Frage seines Geburtsjahres abermals die Zeitungen und Zeitschriften bewegt, von dem Liebling der Grazien mit derselben Leidenschaft — das sicherste Zeichen, daß sein Geist lebendig ist, wie der seines anderen deutschen Dichters.

Zum 13. Dezember mögen ein paar Broden über Heines Berliner Aufenthalt dem Andenken des Mannes gewidmet sein, der wohl unbekannter der Lieblingsdichter des deutschen Proletariats genannt werden kann.

Ende Februar 1821 bezog Heine die hiesige Universität, nachdem ihm in Göttingen, wegen eines Streites mit einem Kommilitonen auf ein halbes Jahr das *consilium abeundi* erteilt worden war. In Preußen wehte der Wind der Reaktion mit grimmiger Schärfe; ein Pojadowsky hätte damals das Himmelreich in Berlin gefunden. Alle Erörterungen über Politik waren unter dem Eindruck der Karlsbader Beschlüsse verboten; und als einziger Gegenstand öffentlicher Unterhaltung mußten Litteratur und Bühne herhalten. Dichtete sich zu äußeren Vergleichen des Berlins der Postulatszeit mit dem Berlin im Zeitalter der Elektrizität auch kann ein Anholtspunkt, so zeigt ein Blick auf die geistige Verfassung des Berlins jener Tage oft eine fast verblüffende Ähnlichkeit mit dem der Gegenwart.

Heine stellt in seinen Briefen aus Berlin die deutschen Zustände den englischen gegenüber:

„In einem Volke alles öffentliche Leben unterdrückt, so sucht es dennoch Gegenstände für gemeinsame Besprechung, und dazu dienen ihm in Deutschland seine Schriftsteller und Komödianten. . . . Stadt Theater haben wir Bühnenreihen nach der Leipziger Messe. Stadt Bogen haben wir Wälder und Rationalisten, die sich in ihren Pamphlets herumblöden, bis die einen zur Vernunft kommen, und den anderen Hören und Sehen vergeht und der Glaube bei ihnen Eingang findet. Statt Fahnenkämpfe haben wir Journale, worin arme Teufel, die man dafür füttert, sich einander den guten Rausen zerreißen, während die Philister freudig ausruhen: Sieh, das ist eine Hauptfrage! Dem dort schwillt der Kamm! Der hat einen scharfen Schnabel!“

Wiederum frappiert die Schilderung gewisser Bühnenverhältnisse: „Wir haben gewissermaßen auch unsere Parlamentsdebatten und damit meine ich unsere Theaterkritiken, wie denn unser Schauspiel selbst gar häufig das Haus der Gemeinen genannt werden kann, von wegen der vielen Gemeinheiten, die darin blühen, von wegen des plattgetretenen französischen Luftschiffs.“

Wer denkt hierbei nicht an die Herrlichkeiten unseres Residenz-Theaters und ähnlicher Berliner Amüsierstätten?

Heine stürzte sich zu Anfang seines hiesigen Aufenthalts mit Eifer in den Strudel hauptsächlichst Verurteilungen, ohne jedoch von dem vornehmen Berlin besonders hingerissen zu sein: „Unsere Wälle haben nichts Charakteristisches; wie verunendlich es auch oft aussehender mag, wenn ein von seiner Gasse lebender Selbstdenkenant und ein mit Pappchen und Fittchen mosaikartig aufgeputztes Kommissärbrotkrümelchen sich auf solchen Wällen in entsetzlich vornehmen Formen bewegen.“

Auch das Straßenbild der preussischen Hauptstadt schildert Heine: „Berlin ist gar keine Stadt, sondern Berlin giebt bloß den Ort dazu her, wo sich eine Menge Menschen, und zwar darunter viele Menschen von Geist, versammeln, denen der Ort ganz gleichgültig ist; diese bilden das geistige Berlin. Der durchreisende Fremde sieht nur die langgestreckten unformen Häuser, die langen, breiten Straßen, die nach der Schmur und meistens nach dem Eigenwillen eines Einzelnen gebaut sind und keine Kunde geben von der Denkweise der Menge. Die Stadt enthält so wenig Altertümlichkeit und ist so neu, und doch ist das Neue schon so alt, so well und abgestorben.“

Ist der Charakter der Stadt heute ein anderer? Heine fand bald in dem Barnhagenschen Hause Eingang, und hier war es Frau Rahel, die auf den Jüngling einen ganz außerordentlichen Einfluß ausübte. Spät noch gedachte er oft dieser edlen und geistvollen Frau, die das eigenständige und verbitterte Jünglingsherz sanft zu lenken vermochte.

**Der Winter.**

Kun ist er da, der harte Mann. Unaussehlich fallen Schneeflocken der seinen durchdringenden Winterstürze vom dunkelgrauen Himmel hernieder. Den Ohren leitet der Frost schon mächtig zu: Nichts, das Thermometer zeigt zehn Grad Kälte an. Drei Jahre sind es her, daß so etwas dargegeben ist. Der letzte und vorletzte Winter verdient nur im Scherz diesen Namen; will der jetzige nachhaken, was bisher verschämt worden? Im Stadtbahnhof sind die Fenster völlig mit Eisklumpen bedeckt; der Kame der Station muß von den Beamten ausgegraben werden. Auf den Straßen treiben Rollmops und Kutische die dampfenden Pferde an. Alle Augenblicke bildet sich ein Anhauf von Straßenbahnwagen, Droschken, Omnibussen und Kistwagen; es ist unmöglich, bei Schneefall den Verkehr auch nur einigermaßen in Ordnung zu halten. Am vorteilhaftesten zeigt sich noch die Elektrische, die mit ihrer wichtigen Kraft das bishigen Schanze einigemmaßen überwindet und ein ideales Vehikel wäre, wenn sie Menschenleben schonen und den Fahrgästen etwas Wärme spenden möchte.

Während das eigentliche Straßenleben den Eindruck des unendlichen Mühseligens macht, ist auf den Bauteu in Totenstille eingeleert. Die Mauer sind durch die Kälte von der Arbeit vertrieben; das ist noch Terrorismus. Vong überlegt der Proletariat vom Neuhau, ob Wälder und Kaufmann borgen werden und ob durch Schneeschuppen wenigstens ein paar Groschen zu verdienen sind. Vielleicht plükt es, vielleicht auch muß der Schmiedhämmer zu Weihnachten bedeutend enger angezogen werden.

Während alles, was kann, seines Weges reist, um sich warm zu halten, stehen in verkehrsreicher Straße Männer, Frauen und in besonders großer Zahl dünnbelleidete Kinder stundenlang fast unbeweglich auf einem Fleck, um den Vorübergehenden Streichhölzer, Christbaumzweige und Hampelmänner anzubieten. Ein Anblick, um die Faust zu ballen gegen die Schmach unserer Zustände, aber auch um die Hand zu öffnen auf denjenigen, der selber in banger Sorge den kommenden Tagen entgegensteht.

Doch ist jetzt nicht auch die Saison der werklätigen Christen-Liebe? Freilich. Ein Duzend Bagare sind abgeholt. Der letzte am Sonnabend galt allerdings den Verwundeten im Traudvalkriege, aber ist es nicht etwas Schönes um das Christentum derrer von Befehl und Bildung, daß die Herrschaften sich nicht allein zur Veränderung des heimlichen Glens die Nächte hindurchhamstieren, sondern auch zum Behen der Verwundeten in Afrika Sekt trinken? Das kostet Aufregungen und kostet Zeit — sowie Zeit, daß den lieben Leuten nicht einmal Ruhe bleibt, über die Schamlosigkeit eines solchen Wohlthuns nachzudenken.

Der Haupt-Verwaltungsbericht des Magistrats, der Bericht über die allgemeine Magistrats-Verwaltung, trägt die Nummer I, aber er erscheint als letzter von allen Verwaltungsberichten. Vor ein paar Jahrzehnten kam er thatächlich meist als erster heraus und bildete die Einleitung für die lange Reihe der

Einzelberichte. Heute kann man ihn als eine Art Abschluß der gesonten Verichterstattung des Magistrats über das betreffende Verwaltungsjahr gelten lassen. Der Hauptbericht für das Verwaltungsjahr 1897/98 ist soeben, sieben Vierteljahre nach Ablauf der Verichtszeit, erschienen. Er beginnt mit der Versicherung, die in ihm enthaltene Darstellung der hauptsächlichsten Bemühungen und Ergebnisse unserer Kommunalverwaltung in jenem Jahre werde, so kurz der Verichtszeitraum auch sei, doch nachweisen können, daß sich unsere öffentlichen Einrichtungen in erfreulich fortschreitender Entwicklung befinden, daß Berlin an den großen Ausgaben, die die Städte-Ordnung dem Gemeinfinn der Bürger stellt, mit unermünder Kraft teilnimmt und an Bedeutung stetig wächst. Wer harmlos genug ist, dieser Versicherung zu glauben und daraufhin den Bericht durchliest, der dürfte sich bitter enttäuscht sehen. Der verprochene Nachweis wird nirgends geführt oder auch nur zu führen versucht. Der Grund liegt auf der Hand: Dieser Nachweis läßt sich eben überhaupt nicht führen, weil es gar nicht wahr ist, daß sich die von der Kommune geschaffenen und unterhaltenen Einrichtungen in „erfreulich fortschreitender Entwicklung“ befinden usw. Ein gewisser Fortschritt ist natürlich da, aber er ist so gering, daß nur, wer über ein sehr großes Quantum von Genügsamkeit verfügt, schon von einer „erfreulich“ fortschreitenden Entwicklung sprechen kann. Besonders in der Behandlung der zahlreichen socialpolitischen Aufgaben, die den Kommunal-Verwaltungen heute gestellt werden, hat sich Berlin von anderen, viel kleineren Städten überflügeln lassen. Die „Bemühungen“ unserer Kommunal-Verwaltung auf diesem Gebiete sind leider überaus dürftig, und die „Ergebnisse“ sind bisher noch dürftiger gewesen. Man kann dem Magistrat zwar nicht zumuten, daß er in seinen Berichten sich selber und seine „Schweizerbehörde“, die Stadtverordneten-Versammlung, tadelt, aber das darf man am Ende doch erwarten und verlangen, daß er des bekannten Spruches vom „Eigenlob“ eingedenk bleibt.

**Magistrat und Gesundheitspflege.** Eine bureaukratische Wasserleitung, die vorzüglich in das Zeitalter hineinpaßt, wo eine staatliche Behörde die städtischen Turnhallen für Arbeiter-Turnvereine gepflegt haben will, hat sich in der letzten Zeit die städtische Schuldeputation geleistet. Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins wollte der Öffentlichkeit einen Gesamt-Überblick über die Gesundheitspflege bieten und wandte sich deshalb an die Schuldeputation mit der Bitte, die Anken einiger Gemeindefunkeln an Sonntags-nachmittagen zu den von Ärzten gehaltenen Vorträgen zur Verfügung zu stellen. Dies wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß den Schuldienern die Sonntagsruhe nicht verkürzt werden dürfe. Wegen anderweitiger Ueberlassung der Schulräume empfahl die städtische Behörde der Deputation sich mit den Direktoren der Schulen in Verbindung zu setzen und dann etwa mit Einzelanträgen wieder zu kommen. Entgegenwärtig war das Verhalten gewiß nicht. Das Bureau der Schuldeputation hätte bei gutem Willen diese Ermittlung in ein paar Tagen erledigen können. Der Central-Kommission erwuchs damit eine große Last und ein bedauerlicher Zeitverlust, da sie ein Bureau nicht zur Verfügung hat und alle Schreibereien durch Handarbeiter, die in der Führung der Feder wenig gewandt sind, in den Abend- bezw. Nachmittagen erledigen lassen muß. Die Kommission konnte daher auch den ursprünglichen in Aussicht genommenen Anfangstermin — den 1. November — nicht einhalten. Die Antwort der Schuldeputation enthielt dann weiter noch die Mitteilung, daß die Kommission an die Schuldiener pro Abend 1 M. zahlen und außerdem die Kosten von Heizung und Beleuchtung tragen müsse. Das war auch nicht sehr freundlich, denn in dem Anschreiben war gesagt, daß es sich um Vorträge für die Berliner Arbeiterschaft — also für die unbemittelte Bevölkerung — handle, und die Schuldeputation hätte ja wohl von der Gewerbedeputation erfahren können, daß der Central-Kommission Krankenkassenmittel nicht zugewiesen werden dürfen und daß dieselbe somit auf freiwillige Gaben angewiesen ist.

Die Reihe der bureaukratischen Lebenswahrheiten war aber damit noch nicht erschöpft. Da die Bemühungen um geeignete Lokalitäten auch von den Direktoren nicht gerade durch pünktliche Beantwortung gefördert wurden, so war erst am 19. November — zwei Monate nach dem ersten Schreiben — die Kommission in der Lage, ein p e c i f i z i e r t e G e s u c h einzutragen. Der Erfolg war ein verblüffender. Am 27. November — also acht Tage später — antwortete die Schuldeputation: „daß wir nicht in der Lage sind, den Antrag geschäftsmäßig prüfen zu können. Um dieses zu erreichen, ist es erforderlich, daß für jede Schule besonders ein Antrag gestellt wird.“ Es ist schwer, hierauf keine Satire zu schreiben. Es genügt nicht, daß in dem einen Schreiben genau die sieben geforderten Räume und die Tage, zu denen man sie wünscht, bezeichnet sind, nein, es muß für jede Aula ein besonderer Antrag geschrieben werden, gleichgültig, ob infolge dieser neuen Verzögerung auch der nunmehr in Aussicht genommene Anfangstermin wieder verstrichen, und damit der ganze Plan für diesen Winter ins Wasser fällt. — Und zur Erteilung dieses aus rein formalen Gründen erfolgenden Bescheides braucht die Deputation acht Tage. An dieser Behandlung erkennt man deutlich das hohe Maß von Verstandnis, das die städtische Behörde der Förderung der Gesundheitspflege entgegenbringt.

**Die städtischen höheren Lehranstalten** (11 Gymnasien, 7 Realgymnasien, 2 Oberrealschulen, zusammen 20 Anstalten, von denen 18 eine Vorstufe haben) kosteten im Jahre 1897/98 über 3 Millionen Mark. Dieser Summe stand eine Einnahme von knapp 1 1/2 Millionen gegenüber, so daß aus dem Stadtkasse ein Zuschuß von reichlich 1 1/2 Millionen (genauer: 1 644 561 M.) geleistet werden mußte. Da die Schulen von zusammen 12 377 Schülern besucht wurden, so kam auf den Kopf ein Zuschuß von 122,90 M. Der Zuschuß war seit einer Reihe von Jahren ununterbrochen und sehr erheblich gestiegen und hatte im Jahre 1894/95 den Betrag von 129,50 M. erreicht. Nachdem dann Ostem 1895 die Schulgebührehöhung in Kraft getreten war, sank der Zuschuß 1895/96 auf 111,50 M. Er stieg aber schon im nächsten Jahre von neuem und belief sich 1897/98 bereits wieder auf, wie gesagt, 122,90 M. 132,90 M., daß ist das Doppelte von dem, was die Gemeindefunkeln pro Kopf kosten.

**Die 17 Ständedämter Berlins** erforderten im Etatsjahr 1897/98 eine Ausgabe von 276 046,98 M., umgerechnet die Mieten für die aus städtischen Grundstücken untergebrachten Ständedämter, und brachten eine Einnahme von nur 31 849,30 M. Es blieb also eine Mehrausgabe von 244 007,68 M., die durch Zuschuß aus städtischen Mitteln gedeckt werden mußte. Da sich die Zahl aller ständedämterlichen Handlungen (Aufgebote, Gesehstleistungen, Eintragungen von Geburten, Sterbefällen usw.) in dem entsprechenden Kalenderjahr auf 218 493 belief, so erwuchs der Stadt aus jeder ständedämterlichen Handlung eine Mehrausgabe von durchschnittlich 1,12 M.

**Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherung** erklärt eine Bekanntmachung betreffend den Umtausch der Quittungsarten. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem neuen Gesetze alle Quittungsarten ungültig werden, wenn sie längstens zwei Jahre nach dem Ausstellungsstage nicht umgetauscht werden. Inhaber von Quittungsarten, die vor dem 1. Januar 1898 ausgestellt sind, müssen dieselben deshalb sofort, spätestens aber bis zum 30. Dezember d. J., beim zuständigen Polizeirevier zur Aufrechnung und zum Umtausch vorlegen. Kosten erwachsen daraus nicht.

**Die Stadtverordneten-Versammlung** bewilligte in ihrer letzten, nicht öffentlichen Sitzung folgende Unterstühtungen an nicht pensionberechtigte Personen: 1. einem ehemaligen Wärter bei der Irrenanstalt Dalldorf monatlich 35 M.; 2. der Witwe eines Paternu-wärters monatlich 20 M.; 3. der ehemaligen Oberlöchin am Waisen-hause zu Nummelburg monatlich 30 M.; einem früheren Hilfslehrer jährlich 800 M.

**76 557 Berliner Zuspflinge** standen im Jahre 1897/98 in den Zuspflingen, die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. April 1871 und des preussischen Ausführungsgesetzes vom 12. April 1875 geführt werden. Es waren darunter 48 112 junge Kinder und 30 445 Schulkinder. Im Vorjahre hatten 72 140 Zuspflinge, 43 119 junge Kinder und 29 021 Schulkinder in den Listen gestanden. Die Stadtgemeinde gab für das öffentliche Zuspflingewesen 27 276 M., im Vorjahre 25 093 M. aus.

**Dem „Alten Auerbach“**, früheren Turnlehrer und Begründer zahlreicher Turn- und Schwimmvereine, der durch Verlust seines ganzen Vermögens verurteilt in Rot geraten ist, hat die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten geheimen Sitzung — einem Antrage des Magistrats gemäß — einen Ehrenlohn von 800 M. jährlich vom 1. Oktober ab bewilligt.

**Bei der gestrigen Erwahl** für den verstorbenen Stadtverordneten Justizrat Dr. Horwitz wurde in der I. Abteilung des II. Wahlbezirks der alleinige Kandidat der Liberalen, Banddirektor Dr. Karl Gelpke gewählt.

**Aufbeschlags-Lehrschmiede zu Charlottenburg.** Der nächste Kursus an dieser Lehranstalt beginnt am Dienstag, den 2. Januar 1900, vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher, Ober-Royartz a. D. Herrn Brandt zu Charlottenburg, Spreestr. 42, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. der Nachweis über Erlernung des Schmiedehandwerks, 2. ein polizeiliches Führungsattest. Unbemittelte erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

**Für Heilgehilfen** zc. Anfang Januar n. J. beginnt ein neuer Unterrichtskursus der Heilgehilfen- und Massierfähigen im Gebäude des Igl. Polizeipräsidiums. Der Kursus wird zweimal wöchentlich abends von 7 bis 9 Uhr abgehalten und kann von hier und auswärts wohnenden männlichen und weiblichen Personen besucht werden. Meldungen nimmt der Igl. Bezirksphysikus Sanitätsrat Dr. Granier entweder früh 8 bis 9 oder nachmittags 5 bis 6 Uhr in seiner Wohnung, Mohrenstr. 20/30, entgegen. Bei der Meldung ist ein polizeiliches Führungsattest vorzulegen, auch ist das Honorar mit 22 M. einzuzahlen.

Der Sanitätsrat Dr. Granier hat mit Genehmigung des Polizeipräsidenten ein Tagebuch für städtisch geprüfte Heilgehilfen und Masseure herausgegeben. Dieses im Verlage von S. Hauff u. Sohn, Jägerstr. 30/37, erschienene Tagebuch entspricht den Erfordernissen des § 3b der Heilgehilfen-Ordnung vom 25. Juli 1898.

**Die Jahrhundert-Postkarte**, welche von der Postverwaltung vorbereitet wird, wird am 30. und 31. Dezember zur Ausgabe gelangen. Von ihr werden anderthalb Millionen Stück hergestellt. Käufer der neuen Germania-Mark, die von einem Vorbeerkanz unruhig ist, soll die Karte, wie jetzt bestimmt worden ist, in der linken oberen Ecke eine aufgehende Sonne mit der Zahl 100 erhalten, die auf den Socialismus zu deuten wäre. Der gesamte Aufwand der Karte, der Vordruck, die Marke mit dem Kranz und die Sonne mit der Zahl ist einfarbig grün. Die Karte wird unseres Wissens die erste von der deutschen Reichspost herausgegebene Gelegenheitsmarke sein.

**Eine Zwangsummung für das Glaserhandwerk** tritt am 1. März nächsten Jahres in Kraft.

**Die Koffeerkruke** galt von jeher als eine Art Wahrzeichen des Fabrikarbeiters und der Fabrikarbeiterin. Wer mit ihr im Morgen-grauen der Arbeitstätte zirkelte, war geachtet als Proletariat. Nun scheint auch dieser ehrwürdigen Institution das letzte Stündlein geschlagen zu haben. Ein Arbeiter kam vor einigen Tagen zu uns. Er erzählte, wie häufig ihm die Koffeerkruke geworden sei, und wie er in freiwilligen und unfreiwilligen Aufständen auf Abhilfe gekommen habe. Mit der Zeit habe sich sein Sinnes zu einer Erfindung verdichtet, die er und demonstrieren wolle. Darauf zog er aus der Rocktasche eine ovale Blechbüchse hervor, klopfte daran zuerst einen Griff in die Höhe und schob das Instrument dann auseinander, woraus am Fußende ein dichtverschlossener Spiritusgefäß mit Vorstoßen kam. Zu Augenblicke war der Apparat aufgestellt, der Spiritus angezündet und eine genügend starke Flamme vermodete den Inhalt der Büchse, die 1/4 Liter, also ein Weinflasche voll saßte, in kurzer Zeit zu erwärmen. Die ganze Geschichte stellte sich als so einfach und humorvoll dar, daß wir uns im Grunde wunderten, warum nicht schon längst eine derartige Erfindung gemacht worden sei. Da auch der Preis — wenn wir nicht irren, soll der Apparat 1,50 M. kosten — nicht allzu hoch genannt werden kann, so ist wohl anzunehmen, daß der proletarische Erfinder allmählich seine Wähen belohnt sieht. Eines ist allerdings an der kleinen Maschine zu tadeln, nämlich der umständliche Namen. Er heißt: „Herrsfelders Ementransportbehälter mit zusammenschiebbarer Kruke“ resp. „Bamborrichtung, in der Tasche zu tragen. Patentamtlich geschützt.“ Das ist ein bißchen weitläufig.

**Ein Stittenbild.** Ein Skandal liegt der vor einigen Tagen erfolgten Verhaftung zweier Halbweiltdamen zu Grunde. In dem verblüffenden Hinterzimmer eines bekannten Kaffeehauses der Friedrichstraße feierte kürzlich eine Gesellschaft eine eigenartige Soiree, deren *propos de resistance* in den mehr als eigenartigen Tänzen zweier „Damen“ bestand. Die Namen der beteiligten „Kavaliers“ wurden gleichfalls festgestellt.

**Durch Kurzschluß verunglückt** sind zwei Monteurs der „Handelsstraße-Beleuchtung“ in der Friedrichstraße. Die Monteurs waren am Sonnabendabend mit einer Reparatur an den Beleuchtungsanlagen beschäftigt, als ihnen plötzlich helle Flammen entgegen-schlugen. Der 33jährige Friedrich Specht erlitt hierdurch erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Armen, während sein Kollege, der 30jährige Paul Schmidt, Brandwunden an den Händen erlitt. Die Verletzten erhielten in der Unfallstation die erste ärztliche Hilfe.

**Der „kupferne Sonntag“** soll den Geschäftsleuten recht gute Einnahmen gebracht haben. Daß seine Notwendigkeit dadurch über allem Zweifel erhaben ist, möchten wir doch nicht behaupten.

**Nach Traudvaal ausgewandert** ist, wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, der seit Ende September d. J. aus Berlin verschwundene antisemitische Redakteur Sedlaeck. Er nahm an den Kämpfen gegen die Engländer teil. In der Schlacht bei Glencoe wurde er von einem feindlichen Geschöß so schwer an den Beinen verletzt, daß er in das Kriegshospital zu Weloria transportiert werden mußte. Dort liegt er auf den Tod darnieder und dürfte nach einer hier ein-getroffenen Mitteilung kaum wieder genesen, da zu der schweren Verwundung der Wund hinzutrat.

**Der Schneefall** hat Omnibussen und Pferdebahnen und in einzelnen Fällen sogar den Motorwagen im Straßenverkehr atze Hindernisse bereitet. Ein Wagen der Linie Marheimeplatz-Geundbrinnen blieb in der Jerusalemstraße liegen und es dauerte länger als eine halbe Stunde, ehe das Hindernis beseitigt werden konnte. Auch aus der Potsdamer-, Leipziger- und Friedrichstraße wurden gleichartige Betriebsstörungen gemeldet. Daß infolge des Schneefalls auch zahlreiche Fußgänger zu Schaden gekommen sind, bedarf kaum der Erwähnung. Schon am Sonnabend und Sonntag traten Unfälle ein, noch häufiger wurden sie heute morgen. Vor dem Hause Wessellstraße 20 fiel der 31 Jahre alte Schneider Gustav



**Vermischtes.**

**Eine Gadeylosion** ereignete sich, wie uns aus München berichtet wird, Montagmorgen in der Vorstadt Schwabing. Eine Frau wurde getödtet, zwei weitere Personen sind schwer verletzt. Das betreffende Haus ist vollständig demolirt.

**Ueber ein Eisenbahn-Unfall** wird aus San Remo telegraphisch: Am Sonntag fand in einem Tunnel zwischen Vergaggi und Sporno in der Nähe von Savona ein Zusammenstoß zweier durchgehender Züge statt. Der Zusammenstoß war furchtbar. Vier Personen wurden getödtet, zwölf schwer verletzt, darunter fünf vom Fahrpersonal. Zwanzig Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Der Materialschaden ist sehr erheblich. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht aufgeklärt, wahrscheinlich trug unrichtige Signalführung die Schuld. Im Tunnel spielten sich entsetzliche Schreckensscenen ab. Die Panik der Reisenden wurde durch Finsternis, den eindringenden Rauch und Raummangel aufs höchste gesteigert. Gendarmen aus Savona leisteten die erste Hilfe. Es zeigt sich, daß außer den Toten alle Personen in beiden Zügen mehr oder minder verletzt sind. Die vier Toten sind der Maschinenführer, zwei Schaffner und ein Reisender aus Savona. Unter den Schwerverletzten befinden sich ein italienischer Marine-Lieutenant, zwei Engländer, ein Amerikaner aus New York, ein Mailänder Handlungsreisender, Graf Capo, Advokat Barabino, ein Deutsch-Amerikaner William Berger. Weder Reichsdeutsche noch Oesterreicher befinden sich unter den Verletzten.

**Fünf Personen ertrinken.** Aus Zürich wird telegraphisch gemeldet: Während eines fürchterlichen Schneesturmes ist am Sonntagabend auf dem Vierwaldstättersee ein Motorboot mit fünf Personen untergegangen.

**Einsturz bei den Pariser Stadtbahnbauten.** Im Laufe des Sonntags waren, wie man aus Paris berichtet, an der Station der Stadtbahn, bei der l'Étoile am Kreuzungspunkte der Avenue de Friedland Risse in den Schwidbügen und Erdsenkungen festgestellt worden. Um 8 Uhr endlich, da der Zusammenbruch dieses Teils der Arbeiten unvermeidlich schien, wurde der Verkehr erloschen, niemanden mehr über den bedrohten Platz gehen zu lassen. Als die Erde langsam zusammenstürzte, wurden zwei junge Leute, die sich in einem in der Avenue de Friedland aufgestellten Rasero wärmten, in die Tiefe gerissen. Ein fünfzig Meter langer und fünfzehn Meter breiter Loch klappte da auf, aus dem die Bäume wie Inseln hervorragten. Die beiden verunglückten jungen Leute wurden bald schwer verletzt zu Tage gefördert. Man sichtet noch mehr Erdsenkungen an diesem Teile der Stadtbahn, da die unaufhörlichen Regengüsse der verfloffenen Woche den Thonboden durchweicht hatten.

**Vom Winterwetter.** Die Dampfmaschinen zwischen Goyersleuse und Schilt, sowie zwischen Scherdel und Scherdel sind niedrigen Wasserstandes und Eises halber bis auf weiteres eingestellt. — Die Warte geht mit Treibeis. — In Polen herrschen bei anhaltendem Schneefall 8 Grad Kälte. — Bei Deildronn ist der Redar zugefroren. — Wegen starken Treibeises wurde der Verkehr auf der Elbe an den Umschlagplätzen Laube, Schönpriesen und Kuffig eingestellt. — In ganz Serbien herrscht enorme Kälte und gewaltige Schneemassen gehen nieder. Hier ist jeder Straßenverkehr unmöglich; in der Provinz ist jegliche Verbindung abgebrochen. — In Rom ist leichter Schneefall eingetreten in Fiume herrschte eine orkanartige Boa.

**Im Theater zu Murcia** explodierte Sonntag während der Vorstellung eine Bombe. Nach kurzer Zeit brannte das Theater, das zerstört wurde; ein Arbeiter wird verwundet, ein anderer ist schwer verletzt. Von den Zuschauern, die in Ruhe das Theater verlassen konnten, erlitt keiner empfindliche Verletzungen.

**In dem Depot für Explosivstoffe zu Santander** erfolgte eine Explosion. Eine Person wurde getödtet, drei Personen erlitten Verletzungen. Das Gebäude wurde zerstört.

**Ein einschliches Bergwerkunglück** meldet ein Telegramm aus Tacoma (Washington), 10. Dez.: In einem Kohlensticht bei Carbonado fand gestern eine Explosion statt. Etwa dreißig Personen, teils Wäscher, teils Familien, wurden getödtet.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Weg's Verlag) ist soeben das 11. Heft des 18. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Den Artikel über das Hölische etc. — Erklärung der Redaktion. — Die Reform einer Willkür. Von H. Weibel. — Zwei Kritiken meiner „Agrarfrage“. Von R. Kantsch. (Fortsetzung.) — Zeitschrift: Entwicklung der Eisenproduktion in Deutschland. — Feuilleton: Die Tugenden und die Väter. Von R. C. Sollyow-Schildebrun. Aus dem Russischen übersezt von Ida Wilmann.

**Marktpreise von Berlin am 9. Dezember 1899**

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Weizen	14,90	14,--	Schmalz	1 kg	1,60	1,10
Roggen	14,70	13,70	Rohfleisch		1,80	1,--
Futter-Gerste	14,--	13,--	Dammfleisch		1,60	1,--
Hafer gut	15,--	14,30	Butter		2,80	2,--
mittel	14,20	13,50	Eier	60 Stück	6,--	3,--
gering	13,40	12,80	Käse	1 kg	2,20	1,30
Maltstroh	4,--	3,68	Wolle		2,80	2,40
Heu	7,--	4,40	Haber		2,50	1,--
Erbsen	40,--	25,--	Gerste		1,80	1,--
Speisebohnen	45,--	25,--	Bariche		1,60	0,80
Wicken	70,--	30,--	Schilke		2,80	1,40
Kartoffeln, neue	7,--	5,--	Wette		1,20	0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	Arbeits per Schod	12,--	3,--	
do. Bauch	1,20	1,--				

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Kollerningstraße — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. \*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 11. Dezember.** Das mit Beginn der neuen Geschäftsjahre eingetretene scharfe Frostwetter hat nicht in dem Maße stimuliert, wie man eigentlich hätte erwarten können, da einerseits der Schneefall Zweifel an der Dauerhaftigkeit der kaum begonnenen Winterfälle erweckt und andererseits an sich vortheilhaft für die gute Lederunterierung der Sohlen ist, andererseits die Entschärfung Preussens, welche glücklicher als alle letzten Jahre, die Kaufkraft unterdrückt. Nur Roggen verkehrte am Frühmarkt zu hohen Preisen, war jedoch mittags billiger, als vorgehen angenommen. Weizen wurde sehr wenig gehandelt und war im Preise nominell abgekauft. Die Gesamtmenge des Roggens unter der Woche betrug 10,30 Mt. In reiner Kartoffelstärke bis zum 1. Januar-Februar 1900, 19,25—19,50 Mt. In Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 17,50—18,50 Mt. per 100 Kilogramm.

**Eier-Verkehr vom 11. Dezember.** Normale Eier je nach Qualität von 3,95—4,30 Mt. per Schod. Substanziertere kleine Ware je nach Qualität von 3,90—4,10 Mt. per Schod. Kuller je nach Qualität von 3,30—3,45 Mt. per Schod. Tendenz: Sehr fest.

**Witterungsüberblick vom 11. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter						
Eintruden	768	0	3	Schnee	-10	Savarna	776	0	0	Rebel	-14				
Hamburg	767	0	1	Schnee	-7	Petersburg	777	0	0	1	bedeckt	-7			
Berlin	767	0	3	Schnee	-11	Kort	764	0	0	0	3	bedeckt	0		
Wiesbaden	766	0	2	Schnee	-6	Aberdeen	767	0	0	0	0	0	bedeckt	2	
München	762	0	4	bedeckt	-11	Paris	766	0	0	0	1	0	0	0	-9
Wien	764	0	2	Schnee	-9										

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Dezember 1899.** Zeitweise aufklaren, vorwiegend trübe bei mäßigen nordöstlichen Winden, ziemlich strengem Frost und leichten Schneefällen. Berliner Wetterbureau.

**Derlet** aus der Zimmerstraße Nr. 68 und brach sich den linken Unterarm, in der Gassestraße, nahe am Driemenburger Thor, hatte sich der 36 Jahre alte Schuhschneidermeister Paul Henke aus der Wilhelmstraße Nr. 28 eine schwere Quetschung der rechten Hüfte, in der Gassestraße zu Charlottenburg der 16 Jahre alte Knischer Richard Rosin aus der Grolmannstraße Nr. 53/54 einen Bruch des rechten Oberarmes zugezogen. Armbrüche erlitten, indem sie auf dem Wege zur Arbeit angetroffen und stürzten, der Arbeiter Paul Tich aus der Neuen Königstraße Nr. 70 in der Schindhauser Allee, der Vierfahrer Hermann Gombert vor der Brauerei Königsplatz und eine alte Frau vor dem Hause Prenzlauerstraße 43. Der Mechaniker Paul Schröter in der Grotzkystraße und der Finger Karl Kohl in der Brunnenstraße stürzten und erlitten Knochenbrüche.

**Im Glend.** Die 26 Jahre alte Frau Wilhelmine des Arbeiters Paul Jahn wohnte mit ihrem Manne, mit dem sie seit vier Jahren verheiratet war, bis vor neun Wochen in der Lübbenerstraße 29. Häuslicher Unfrieden veranlaßte dann die Eheleute, sich zu trennen. Ein drei Jahre altes Kind wurde bei andern Leuten untergebracht, das zweite, erst anderthalb Jahre alte, fand wegen eines Lungenleidens Aufnahme in der Charité. Jahn bezog eine Schlafstelle, seine Frau war seit neun Wochen obdachlos. Am Sonntagmorgen wollte die Frau ihre Schwiegereltern, Arbeitsleute in der Faldenfeinst. 23, besuchen, kam aber nur bis zum Fluß des Hauses. Entkräftet brach sie hier zusammen und starb nach wenigen Minuten, wahrscheinlich am Herzschlag.

**Versteigerung einer Berliner Zeitung.** Am 8. d. M. sollte auf Antrag des Rechtsanwalts J. Lubjanski für Rechnung eines durch den Direktor des Deutschen Bankvereins, Wendland, Geschädigten in der hiesigen Pfandkammer das „Verlagsrecht“ an der Zeitschrift „Allgemeine Vorkriegszeitung“, die dem Bankverein gehört, meistbietend versteigert werden. Es hatten sich in dem Termin merkwürdigerweise einige Kauflustige eingefunden, die sich bis zum Betrage von — 580 M. überboten, aber keinen Zuschlag erhielten, weil sich der Gerichtsvollzieher mehr versprochen haben mochte.

**Der Doppelmord eines Liebespaars** ist durch die Aufmerksamkeit eines Hotelbediensteten verhindert worden. In einem Hotel in der Nähe des Schlessischen Bahnhofs lebte am Sonnabend nachmittags ein blutjunges Paar ein, das sich im Fremdenbuch als August B. und Frau Luise aus Breslau einzeichnete. Das angebliche Ehepaar, das keine Reife-Effekten bei sich führte, bezahlte das Zimmer für einen Tag und Herr B. erklärte dem Zimmerkellner, daß er nicht gestört sein wolle. Dem Kellner kam es, als er dem Gast den Paletot abziehen half, verdächtig vor, daß in der Umkleekabine ein Revolver stecke. Man beschloß, das Ehepaar zu beobachten. Das geschah dadurch, daß der Kellner sich in das daran stehende Zimmer begab und die Verbindungsthür leise und unbemerkt öffnete. Er hörte aus den Gesprächen der Weiden so viel heraus, daß es sich um einen gemeinschaftlichen Tod handelte. Man drang nun in das Zimmer ein, und der Hotelwirt konfiscierte den Revolver. Die jungen Leute gestanden ihre Absicht, und das Mädchen wurde seinen in der Stallschreiberstraße wohnenden Eltern zugeführt. Der romantische Selbstmordlandidat ist ein Darbiergehilfe.

**Pöblicher Tod.** Auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle, der Schadeschen Buchdruckerei in der Stallschreiberstr. 46, wurde gestern (Montag) morgen um 1/2 11 Uhr der 49 Jahre alte Typograph Johann Wollschaid aus der Dresdenerstr. 36 vom Tode überfallen. Der Mann kramte schon länger, ging aber immer noch seiner Arbeit nach. Gestern morgen brach er an der Ecke der Stallschreiber- und Alexandrinenstraße zusammen. Man brachte ihn auf die Sanitätsstation in der Bräuerstraße, wo er bald nach der Entlieferung starb. — Den 52 Jahre alten Arbeiter Friedrich Kirchner fand am Sonntagabend um 7 Uhr ein Schuttmann bewußtlos vor dem Hause Stallschreiberstr. 62 liegen. Der Beamte führte ihn mit einer Drohke der Sanitäts- und Rettungswache am Götlicher Bahnhofe zu. Hier konnten jedoch die Verzte nur noch feststellen, daß der Kranke bereits gestorben war. Auch in diesem Falle ist wahrscheinlich ein Herzschlag die Todesursache.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 13. Dezember, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Diemel in der Marienkirche ein Orgelkonzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Frau Ellen Bogler-Brachvogel, Frau Käthe Rausch, Frau Anna Corver, Herrn Albrecht Borisch, Wolnik, und Herrn Organist Deuer, in welchem Advents- und Weihnachts-Kompositionen zur Aufführung kommen.

**„Am Reiche des Indra“**, so lautet die neue Aufstellung der Operette, die das Apollo-Theater im Laufe dieses Monats noch demüthigen. Das Libretto stammt von Leopold Ely und Volten-Bücker, während die Musik von Paul Linde komponiert wurde. Mit dieser Schöpfung betritt das Apollo-Theater eine ganz neue Bahn künstlerischer Entwicklung, indem es von nun an sein Hauptgewicht auf die Berliner Operette und Ausstattung legen wird, die seit dem Aufstehen des alten „Victoria-Theaters“ heimatisch geworden ist.

**Circus Schumann.** Dem gewandten Direktor dieses Instituts ist am Sonnabend eine Entgleisung passiert, die wir ihm nicht zugestehen können. Nachdem er, besonders angeleitet, dem Publikum in fast verschwenderischer Fülle die Wunder seiner Dressurkünste vorgeführt hatte, sollte eine eindringlich angelegentlich „Attraktion“ aufgeführt, die als Rehmensch und Centaur bezeichnet wurde. Ein junger Herr betrat zunächst die Manege, stellte sich in englischer Sprache als „Manager“ des Fabelwesens vor und winkte es dann zu sich. Auf allen Bieren wahrheitsgemäß ein Reher heran, ein armer Krüppel, dem die Krone nicht nach vorne, sondern nach hinten gebogen sind, und der deshalb außer Stande ist, aufrecht zu gehen. Unter dem Kommando der Rehrer mußte der Mann zunächst einige Male allein die Runde machen. Darauf trat ein zweiter Krüppel an ihn heran, ein Menschenfisch, das wohl infolge von englischer Krankheit am Wachstum behindert war und in der Höhe nur 33 Zoll maß. Besonders widerwärtig war es nun, als die beiden Personen sich in der Manege bogen. Wenn auch ein Teil des Publikums an dem trostlosen Anblick Gefallen zu finden schien, so lehnte doch die Mehrzahl der Zuschauer die Vorstellung ganz entschieden ab.

**Feuerbericht.** Montagabend 5 1/2 Uhr geriet Friedrichstraße 235 in Quergebäude der Fußboden und die Vallenlage in Brand. Nachmittags 2 Uhr ging Reinickendorferstr. 31 auf einem freien Lagerplatz ein großer Haufen Papier in Flammen auf. Der Sonntag brachte für die Wehr zahlreiche Alarmierungen. Am Schlessischen Thor war ein Wasserrohrbruch entstanden, durch den eine große Menge der elektrischen Gasbahn unter Wasser gesetzt war, das mittels einer Dampfmaschine entfernt werden mußte. Früh 9 Uhr wurde die Wehr nach Klostendstr. 6 gerufen, wo die Vallenlage und Schilde in Erdgebäude des Quergebäudes Feuer gefangen hatte. Bald darauf war Weberstraße 48 ein Kofett in Brand geraten. Klostendstr. 7 war in einer Tischlerei ein Brand abzuweichen, der Kuchholz einscherte. Etwas später ging Melchiorstraße 24 eine Tischlerei und Holzhandlung in Flammen auf. Klostendstr. 26 wurde gegen Abend Papier und Gerümpel durch Feuer zerstört. Gleichzeitig brannte Wickestraße 52 der Inhalt einer Badestube. Gegen 8 Uhr entstand Invalidenstraße 130 durch eine Gasflamme ein Schuppenbrand. Kurz nach Mitternacht erfolgte ein Alarm nach Köpenickerstr. 33, wo ein Wohnungsbrand zu beseitigen war.

**Aus den Nachbarorten.**

**Rixdorf.** Bei den Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht siegten unsere sämtlichen, vom Gewerkschaftsverband aufgestellten Kandidaten.

Das Stimmenverhältnis ist folgendes:

	Soc. Kandidaten	Gegner
I. Bezirk	548 Stimmen	43 Stimmen
II. Bezirk	722	18
III. Bezirk	700	23
IV. Bezirk	702	61

**Rixdorf.** Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zur Nachricht, daß am Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Peters Salon, Kneisebedstr. 113, eine Mitglieder-Versammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Victor Bränel, Rechtsanwalt, über Mietsverträge und Mieterrechte nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zugleich weisen wir darauf hin, daß am Dienstag, den 26. Dezember, zweiten Weihnachtsfeiertag, im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50, unser diesjähriges Weihnachtsbegrüßen stattfindet. Anfang 4 Uhr nachmittags. Billets a 30 Pf. sind in obiger Versammlung sowie in den Zapfstellen zu haben. Siehe später Annonce und Säulenanschlag. Zahlreichen Besuch erwartet.

**Der Vorstand.**

**Den Rechtskonsulenten in den Berliner Vororten** wird, im Gegenzug zu der in Berlin selbst geltenden Praxis, die Befugnis zum mündlichen Verhandeln vor dem Gericht erteilt; so ist z. B. dem Generalagenten Hugo Schröder in Bernau namens der Justizverwaltung vom Präsidenten des Landgerichts II Berlin das mündliche Verhandeln in Prozeßangelegenheiten im Auftrage anderer vor dem Amtsgericht zu Bernau gestattet worden.

**Charlottenburg.** Im städtischen Arbeitsnachweis ist die Zahl der angemeldeten offenen Stellen sowohl für männliche wie für weibliche Arbeiter im Monat November erheblich zurückgegangen. Im Vergleich zum vorigen Monat beträgt der Rückgang für männliche Arbeiter 37, für weibliche 33 Proz. Bei den Arbeitsgesuchen zeigt sich ein Zuwachs von 2 Proz., u. zw. ist die Zahl der männlichen Arbeitsgesuche 4 Proz. gestiegen, die der weiblichen hingegen um 5 Proz. zurückgegangen. Den 530 Arbeitsuchenden (415 männlichen und 115 weiblichen) standen 328 Stellen (244 männliche und 84 weibliche) offen, von denen 263 durch den Arbeitsnachweis besetzt wurden. Auf je 100 Arbeitsuchende kamen also 62 offene und 60 besetzte Stellen. Infolge der Verminderung des Stellenangebots ist die Zahl der besetzten Stellen gegen den vorigen Monat um 19 Proz. zurückgegangen. Ein Vergleich mit dem November des vorigen (ersten Jahres) ergibt, daß auch in diesem ein ähnlicher Rückgang der offenen Stellen, nämlich von 34 Proz., und nur bei den Arbeitsgesuchen eine etwas größere Zunahme von 7 Proz. zu verzeichnen war. Dagegen stimmt in diesem, dem zweiten Monat des Bestehens des Arbeitsnachweises, die Zahl der besetzten Stellen mit derjenigen des Vormonats fast überein.

Für die Kanalisation des Stadtteils jenseits der Spree hat der Magistrat — vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörden — das sogenannte Trennungssystem einzuführen beschloßen. Das Trennungssystem sieht in den Straßen getrennte Leitungen für Regenwasser und für Brauchwasser vor; die Regenwasser-Leitungen werden direkt in die öffentlichen Wasserläufe, die Brauchwasser-Leitungen dagegen zur Pumpstation geleitet und von hier den Rieselröhren zugeführt. Das andere System, das sogenannte Mißsystem, das in ganz Berlin und in dem auf dem linken Spree-Ufer gelegenen Teil Charlottenburgs eingeführt ist, kennt die Trennung nicht; hier wird das Regen- und das Brauchwasser gemeinschaftlich in die Leitungen geführt und gelangt zur Pumpstation bezw. zu den Rieselröhren; nur bei großen Regenfällen führen Notauslässe den Ueberfluß in die öffentlichen Wasserläufe. Das Projekt für die Kanalisation ist bereits fertig ausgearbeitet und vom Magistrat genehmigt worden. Die Kostenersparnis für die Stadt beträgt durch die Einführung des Trennungssystems 1 107 847 M.

**Der erfreuliche Sieg,** den unsere Parteigenossen in Spandau bei den Stichwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung errungen haben, stellt sich bei einer Betrachtung des Zahlenverhältnisses als besonders glänzend heraus. In der Hauptwahl erhielten von den drei gegnerischen Kandidaten, welche jetzt zur engeren Wahl standen, Stephan 724, Dr. Kallstein 720, Krüger (Erstmann) 701, in der Stichwahl dagegen: Stephan 398, Dr. Kallstein und Krüger je 397. Berücksichtigt man noch, daß bei der Hauptwahl etwa 80 weitere Stimmen für andere bürgerliche Kandidaten abgegeben worden sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die bürgerlichen Parteien bei der Stichwahl mit etwa 400 Stimmen gegen die Hauptwahl zurückgefallen sind. Unsere Kandidaten erhielten in der Hauptwahl: Scholz 780, Rieger 774, Kunkel (Erstmann) 745, in der Stichwahl dagegen Scholz 710, Rieger 712, Kunkel 708 Stimmen, sind also gegen die Hauptwahl nur mit etwa 70 Stimmen zurückgeblieben. Niemand hätte vorher an solche Erfolge glauben mögen, weil Spandau mit seinen Militär-Verhältnissen bisher immer eine eigenartige Stellung in der Parteibewegung einnahm. Possentlich wird dies nun eudämonisch anders werden. Die Spandauer Arbeiter dürfen jetzt aber ihre Kräfte nicht erlahmen lassen, sondern müssen stets bereit sein, aufs neue den Kampf für ihre Interessen aufzunehmen und neue Siege zu erringen.

**Einen traurigen Abschluß** fand ein Langzänghen, das der Gesangsverein „Besangesfreunde“ am Sonnabendabend in den Räumen des Wöplerschen Establishments in der Bergstraße zu Rixdorf veranstaltet hatte. Die 17jährige Tochter des Cigarrenhändlers Brillwig aus Rixdorf gab sich dem Tange mit großem Eifer hin. Gegen 1/2 11 Uhr morgens, als sie eben eine Tour beendet und von ihrem Zänzer zu ihrem Plage bei den Eltern geführt worden war, stürzte sie plötzlich bewußtlos vom Stuhl. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte nur noch den infolge eines Herzschlages eingetretenen Tod des jungen Mädchens konstatieren.

**Reinickendorf.** In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung teilte der Vorsitzende mit, daß das von der Gemeinde in der Tegeler Bauern-Helbe erworbenen Grundstück nach einer genauen Vermessung eine Größe von 27 Morgen ergeben hat und die Auflosung demnach erfolgen werde. — Zur Anstellung von Schulärzten bemerkte der Amtsvorsteher, daß Verhandlungen dieserhalb mit den Ärzten gepflogen seien, welche ergeben hätten, daß die Kräfte ein Honorar von 500 M. beanspruchten, so daß man auf 1000 M. pro Jahr rechnen könne. Nach längerer Debatte beschloß die Gemeinde-Vertretung, die Angelegenheit der Schulkommission zu überweisen.

**Gerichts-Beilage.**

**Eine Verichtigung des Grafen Königsmard.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Frankfurt a. M., zur Zeit Hotel Dregel, den 10. Dezember 1899. An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin. In Nr. 274 Ihres Blattes vom Mittwoch, den 22. November 1899, befindet sich die Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung, welche sich mit meiner Person beschäftigt. Ich bitte um Aufnahme folgender Verichtigung: 1. Ich habe von Frau L. Löwe niemals Brillanten entlehnt und verfehlt. Fr. Löwe hat vielmehr, teilweise ohne mein Wissen und zu meinem, die mit meiner Person nichts zu thun hatten, Brillanten im geringen Werte von 300 M. mehrfach auf meinen Namen und auf Grund meiner Legitimationspapiere verfehlt. — Wahrscheinlich weil es ihr an einer Legitimation fehlte. — Nach dem Vorkommnisse in Lichtersfelde hatte ich keine Veranlassung mehr, diese Schmuckstücke einzulösen. 2. Zur Hingabe des Ehrenscheins war ich auf Grund der Täuschung veranlaßt worden, daß meine Beziehungen zu Fr. Löwe nicht ohne Folgen geblieben seien. Als sich die Täuschung als verfehlt stellte, habe ich die Einlösung mit Recht verweigert. 3. Meine Frau ist die Tochter eines Majors v. F. aus Meiningen; sie ist nicht Schauspielerin gewesen. 4. Fr. Löwe hat eine von mir auf meinen Namen gemietete und bezahlte Wohnung in Charlottenburg bewohnt. Sie erhielt bei meiner Trennung von ihr Möbel und Wäsche, sowie bares Geld. 5. Ich bin der Gerichtsverhandlung vom 18. November nicht abwesend fern geblieben, — vielmehr seit dem 24. Oktober auf Reisen gewesen. Ich habe die Ladung zum Termin erst verspätet, am 20. November, erhalten. Ich habe alsbald nach Empfang der Ladung dies dem Gericht angezeigt. Graf v. Königsmard. Daß die Moral des Grafen Königsmard durch diese Zuschrift sonderlich erhöht wird, läßt sich wohl kaum behaupten.